

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Warum wird
WEU reaktiviert?

NEUE ZEIT



DURCHS EIS ZUM POL

**DIE PERLE
CHINAS**

**NORDJEMEN: ZWISCHEN
SCHLEIER UND COMPUTER**

Nr. 24 • JUNI 1987

ISSN 0233-8335

1917-1987

ZEIT UND MENSCHEN

Es war in den Jahren des ersten Fünfjahrplans. Im Juni 1931 wurde auf einem Plenum des ZK der Partei die Entwicklung Moskaus erörtert. Unter den vorrangigen Aufgaben wurde der Bau der Metro hervorgehoben — das Verkehrsproblem war in der sich stürmisch entwickelnden Hauptstadt besonders akut.

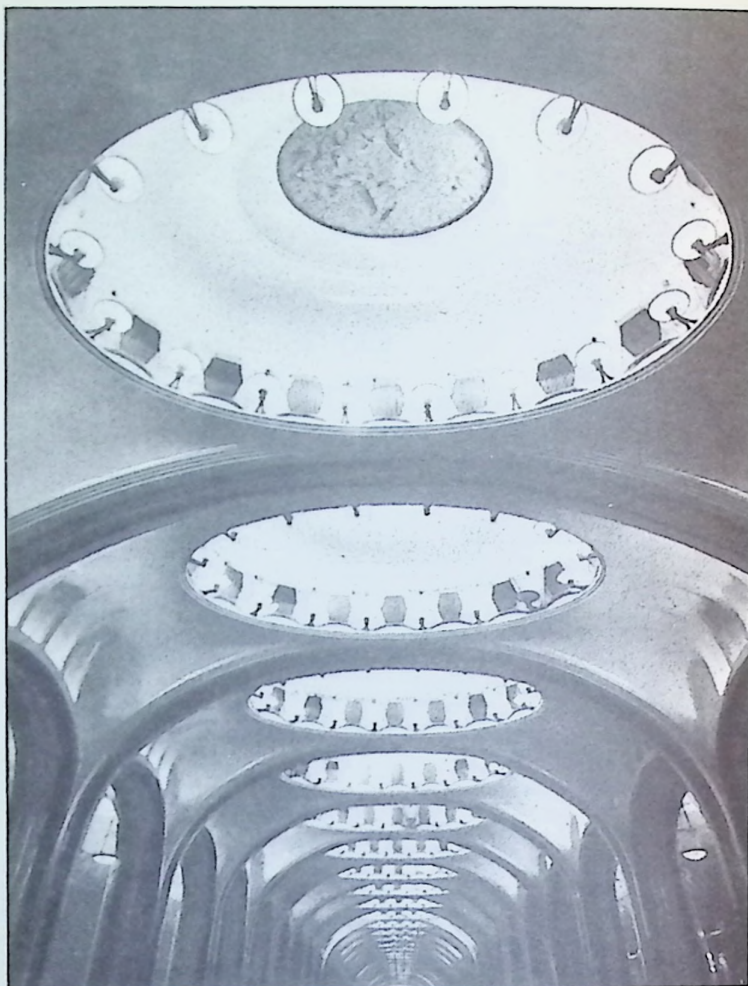
„Das ganze Land baut die Metro!“ Diese populäre Lösung jener Jahre brachte zum Ausdruck, daß das Bauvor-

haben vom ganzen Sowjetvolk getragen wurde. Moskau konstruierte die erste Tunnelfräse, Leningrad lieferte die Rolltreppen, aus Kusnezsk kamen die Gleise, die Ukraine und Karelien lieferten den Granit, die Krim, der Ural und der Kaukasus den Marmor. Erbauer der Metro zu sein, galt als ehrenhaft, und Betriebe in den verschiedensten Teilen des Landes schickten die besten Arbeiter und Fachleute nach Moskau. Ein Rekordtempo wurde eingeschlagen: Die ersten Metrostrecken wurden in drei Jahren verlegt — viel schneller als gleichlange Strecken in Berlin. Die Kutscher, die mit dem neuen billigen und schnellen Verkehrsmittel nicht konkurrieren konnten, verschwanden von Moskaus Straßen. Die Hauptstadt veränderte sich schnell von Grund auf.

Die Metrostation „Majakowskaja“,
Architekt: A. Duschkin 1938

Tatjana Fjodorowa,
eine der ersten Erbauer
der Metro. Später
Held der sozialistischen
Arbeit, Abgeordnete des
Obersten Sowjets der UdSSR,
stellvertretende Leiterin
vom Metrobau

Arbeit im Tunnel



IN DIESEM HEFT:

2
Wort des Redakteurs
GRÜNER FRIEDEN

5
N. Miroshnik, P. Negoiza. DIE
GROSSEN SIEBEN IN VENEDIG

7
Panorama

10
DDR
L. Jeliszejew, N. Sholkwer. BÜRGER
BAUEN IHRE STADT

12
USA--Westeuropa
W. Boikow. WAS MACHT DIE WEU!

13
A. Tolpegin. BONN:
"JA, ABER..."

14
Libanon
J. Korschunow. KARAME HEISST
WÜRDE

16
Diskussion mit dem Leser
L. Besymenski
DAS UNWAHRSCHEINLICHE DING
MIT DEM FLUGZEUG

17
Interview
Charles Wick. IST DAS PUBLIZITÄT!



Worum ging es in Venedig!



Neues altes Berlin



Libanon trauert um
Rachid Karame

18
Abrüstung
I. Malaschenko. OBER VERNÜFTIGE
OBERGRENZEN UND
OBERLEGENHEITS-BLUFF

21
China
G. Arslanow. VERSUCHSFELD
JIANGSU

22
Archiv aktuell
L. Medwedko. SECHS TAGE UND
ZWANZIG TRAGISCHE JAHRE

24
Wissenschaft und Mensch
J. Schewtschenko. ALLE 360
MERIDIANE...

26
Ohne Verjährungsfrist
M. Lewin, N. Kolesnikowa.
DIE LANGE RÜCKKEHR DES HENKERS

28
Länder und Kontinente
D. Sgerski, S. Kalandarow. WENN DER
DOLCH ZUR ZIERDE WIRD

30
Kultur und Politik
N. Tschetwerikow. URHEBERRECHT
IN DER UdSSR

32
Theater
Takehiro Togo. KABUKI IN MOSKAU

Titelbild: Alexander Kotschetkow

NEUE ZEIT

Chefredakteur
V. IGNATENKO
Redaktionskollegium:
L. BESYMENSKI,
S. GOLJAKOW,
J. GUDKOW
(verantw. Sekretär),
A. LEBEDEW,
A. PIN,
B. PISTSCHIK
(stellv. Chefredakteur),
A. PUMPJANSKI
(stellv. Chefredakteur),
V. TSCHERNJAWSKI
(stellv. Chefredakteur)

Verantwortlicher
Redakteur der
deutschen Ausgabe
R. KRESTJANINOW



HANDEL UND
JOINT VENTURES

W. KAMENZEW
z u d e n
Außenwirtschaftsbe-
ziehungen der
UdSSR

Das Solioter Kombinat für Zerspanungsmaschinen (das Foto entstand in einer seiner Abteilungen) und die Werkzeugmaschinenvereinigung von Iwanowo wurden ein gemeinsamer Wirtschaftsorganismus.

POST

Wir leben in bewegten Zeiten — und noch nie war die Menschheit wirklicher Abrüstung so nahe wie jetzt, dank der klugen und verantwortungsvollen Politik der Sowjetunion. Der Erfolg der Umgestaltung, und auch davon bin ich fest überzeugt, wird einen Sozialismus sehen, der seine Vorzüge voll entfaltet. Für mich gilt heute mehr denn je: Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen! Und das ist absolut keine leere Phrase.

Matthias KLIPP
Berlin, DDR

In Frankreich, wo ich lebe, nimmt die Arbeitslosigkeit erschreckende Dimensionen an. Die Kapitalisten vernichten skrupellos ganze Branchen, wollen unsere Industrie ganz auf das Waffengeschäft einstellen. All das geschieht nicht ohne Mithilfe gewisser Politiker aus den USA und Westeuropa. Glücklicherweise gibt es in Frankreich auch progressive Kräfte, die für ein besseres Leben kämpfen. Sie setzen sich dafür ein, daß die Werktätigen unseres Landes selbst über die Produktionsmittel verfügen, selbst ihr eigenes Leben gestalten können.

Jacques POTIER
Saran, Frankreich

Manche westliche Politiker sind der Meinung, Nuklearwaffen seien der eigentliche Abschreckungsfaktor, dem wir nun schon über 40 Jahre Frieden in Europa zu verdanken haben. Wie der UdSSR-Besuch der britischen Premierministerin Margaret Thatcher zeigte, gibt es eine solche Sicht der Nuklearproblematik auch in Großbritannien. Dies dürfte ein großer Irrtum sein. Nicht immer mehr neue Waffen, sondern nur eine kernwaffenfreie Welt kann unsere Rettung sein.

Sergej LAWROW
Murmansk, RSFSR

WORT DES REDAKTEURS

GRÜNER FRIEDEN

Nach Meinung vieler Wissenschaftler ist das Immunsystem der Natur geschädigt und eine ökologische Katastrophe eigentlich schon im Gange. Ihr Ursprung liegt in der oft genug kopflosen - Wirtschaftstätigkeit des Menschen. Er hat die Natur nie übermäßig geschont, aber ursprünglich war sie noch fähig, das immer wieder gestörte Gleichgewicht wiederherzustellen. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aber, als der Mensch seine Umwelt besonders rücksichtslos auszubeuten begann, brach die Widerstandsfähigkeit der Natur praktisch zusammen.

Man überlege sich folgende Zahlen. Um das Jahr 2000 sollen in der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich 90% der Wälder eingehen. In den Niederlanden ist fast die Hälfte der Wälder durch sauren Regen geschädigt. In der Tschechoslowakei ist das Waldsterben auf einer Million Hektar festzustellen. Die ökologische Aids-Infektion, wie erschreckend dieser Vergleich auch wirken mag, hat die Staatsgrenzen längst überschritten. Davor schützen weder Sanitätskordone noch eine supersensible Luftverteidigung, noch ein scharfsichtiger Zoll. Madagaskar und Sardinien, einst Inbegriff der blühenden Natur, sind auf dem besten Wege, leblose Wüsten zu werden. Staubstürme verwüsten Oklahoma und Texas. Der Ob, der Irtysh und der Sewan-See sind vom Untergang bedroht. Großstädte und Industriezentren aller Kontinente ersticken im Smog. Namen wie Seveso, Bhopal, Tschernobyl oder Rhein alarmieren.

Gewiß, der Selbsterhaltungstrieb wirkt noch. In verschiedenen Ländern entstehen Bewegungen der Grünen. Sie vereinen Menschen nicht nach ihren politischen, ideologischen und religiösen Überzeugungen, sondern nach dem einzigen Merkmal: Diese Menschen sind über die Verfassung unseres Planeten besorgt.

Vor kurzem wurde auch in der Sowjetunion eine Kommission der Öffentlichkeit zum Naturschutz -

"Grüner Frieden" - gegründet. Wahrheitshalber sei jedoch gesagt: Wir hätten uns früher besinnen sollen. Ohne die Umstellung, ohne neues Denken hätten wir uns vielleicht sogar total verspätet. Jetzt werden auf Forderung der sowjetischen Öffentlichkeit die Nordflüsse in Ruhe gelassen und endlich das Problem der Betriebe gelöst, die den Baikalsee und den Ladoga-See verschmutzen.

Betrachten wir das Problem in einem größeren Zusammenhang. Ist denn nur die Wirtschaftstätigkeit des Menschen daran schuld, daß die Natur Schaden nimmt?

Tausende Fäden verbinden zwei Probleme: die sterbende Natur und das Wettrüsten. Denken wir an Bikini: Nach den dort durchgeführten Nukleartests ist das Leben auf dem Atoll nicht mehr möglich. Denken wir an Vietnam: Der halbe Waldbestand wurde von US-"Entlaubungsmitteln" vernichtet. Der Militarismus richtet auch zu Friedenszeiten täglich, ja stündlich Schaden an: Militärübungen, Verschwendung wertvollster Rohstoffe, Verschmutzung der Biosphäre. Was erst einen Nuklearkrieg angeht, so würde er die Menschheit von all ihren globalen Problemen schlicht und einfach befreien - wie die Guillotine gegen Schuppen.

Unser Planet ist heute zu klein und zerbrechlich für Kriege und Gewaltpolitik, Kernwaffenarsenale und Nukleartests. Die Erde kann nicht gerettet und erhalten werden, wenn man nicht entschlossen die Denk- und Handlungsweise verwirft, die sich jahrhundertlang auf der Zulässigkeit von Kriegen gründete. Es bedarf neuen Denkens, einer neuen Sicht auf die globalen Probleme. Die UdSSR und ihre Verbündeten demonstrieren eine solche neue Sicht, wenn sie die Konzeption einer kernwaffenfreien Welt vorschlagen oder neue Friedensinitiativen ergreifen.

Das ist der einzige Weg zur Rettung unseres Planeten vor dem ökologischen Untergang. Die Zeit drängt.

HANDEL UND JOINT VENTURES

Reformen in den Außenwirtschaftsbeziehungen der UdSSR

Auf Fragen der "Neuen Zeit" antwortet Wladimir KAMENZEW, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR und Vorsitzender der Staatlichen Kommission für Außenwirtschaft

NZ: Die erste Frage, die unsere sowjetischen und ausländischen Leser interessiert: Wodurch ist die Umgestaltung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit bedingt? Der Sowjetstaat sucht ja zeit seines Bestehens, die Möglichkeiten der internationalen Arbeitsteilung möglichst vollständig zu nutzen.

W. Kamenzew: In der Tat war Wirtschaftsautarkie nie unser Standpunkt, stets setzten wir uns für umfassende Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland ein. Heute aber, da wir uns das Ziel setzen, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu beschleunigen, erlangen diese Beziehungen unvergleichlich größere Bedeutung. Neue Aufgaben diktiert auch neue Formen ihrer Lösung. Daher die Notwendigkeit, den Wirtschaftsmechanismus und folglich auch dessen organischen Bestandteil Außenwirtschaftsbeziehungen umzubauen. Der Außenhandel in seiner traditionellen Form entspricht nicht mehr den Erfordernissen, die Wirtschaft zu intensivieren und ihre Produktionsbasis technisch zu erneuern. Der Warenaustausch muß sich zunehmend aus der Kooperation in der Produktion ergeben, aus dem Ausbau der anderen Formen der Zusammenarbeit, vor allem mit den sozialistischen Ländern. Neue Formen der Außenwirtschaftsbeziehungen sollen erstens unser Wirtschaftspotential aktiver in die internationale Arbeitsteilung einbinden und zweitens den volkswirtschaftlichen Nutzeffekt solcher Beziehungen erhöhen.

Diese Orientierung wird natürlich auch Umfang und Struktur unseres außenwirtschaftlichen Verkehrs verändern; offen gestanden befriedigt uns heute weder der eine noch die andere. Die UdSSR ist eine führende Industrienation, der Anteil der Verarbeitungindustrie an ihrem Export aber unbegründet gering. Das ist eine Folge dessen, daß Industrie und Außenhandel nicht eng genug miteinander zusammenarbeiten,

daß in der Organisation und Verwaltung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit veraltete Methoden bestehen.

Die wichtigste Verbesserungsmaßnahme ist deshalb, Ministerien, anderen zentralen Dienststellen, Industrievereinigungen und -betrieben größere Rechte auf unmittelbare Kontakte mit ausländischen Partnern zu geben. Das muß ihr Interesse an der internationalen Kooperation, an operativer Aneignung neuester wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse erhöhen. Nunmehr liegen die Export- und Importgeschäfte im Kompetenzbereich von 21 Ministerien und anderen zentralen Ämtern sowie von 76 großen Vereinigungen und Betrieben. Viele davon haben bereits ihre mit wirtschaftlicher Rechnungsführung arbeitenden Außenhandelsorganisationen und -firmen gegründet.

NZ: Man muß da an die ersten Jahre des sowjetischen Außenhandels denken. Faktisch greifen wir auf seine Organisationsformen zurück, wobei das staatliche Außenhandelsmonopol die unmittelbaren Produzenten von Exportartikeln und die Verbraucher von Importressourcen nicht ausschloß. Mitte der 20er Jahre wickelte sich der Außenhandel nicht nur über operative Organe des Volkskommissariats für Außenhandel, sondern auch über staatliche Industrietruste und -syndikate sowie über Genossenschaften ab. Begrüßt wurde die Beteiligung von Auslandskapital.

W. K.: Was die Organisation des Außenhandels betrifft, geht dieser Vergleich. Aber heute weisen unsere Außenwirtschaftsbeziehungen wesentlich größere Ausmaße und vor allem ein qualitativ anderes Niveau auf. In den 20er Jahren knüpften Truste und Syndikate, die einige wenige Rohstoffe, bestenfalls Halbfabrikate lieferten, Beziehungen auf Außenmärkten an. Heute handelt es sich um außenwirtschaftliche Geschäfte und direkte Beziehungen von Vereinigungen und Betrieben der verarbeitenden Zweige

zu ausländischen Partnern; auf diese Zweige entfallen ca. 66 Prozent des sowjetischen Exports von Maschinen und Ausrüstungen. Schon im laufenden Jahr werden die Außenhandelsorganisationen der Industrie rd. 20 Prozent der Export-Import-Geschäfte gewährleisten, darunter rd. 40 Prozent an Maschinen und Ausrüstungen.

Noch wesentlicher unterscheiden sich unsere Außenwirtschaftsbeziehungen zu Nachbar-, besonders zu den RGW-Ländern von jenen fernen Jahren. In der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit ihnen gehen wir vom Handel zu einer vertieften Spezialisierung und Kooperation in der Produktion über. Das geschieht im Rahmen des bis ins Jahr 2000 hineinreichenden Komplexprogramms für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt.

1986 schlossen die RGW-Staaten Regierungsabkommen über die Entwicklung direkter Beziehungen und die Gründung von Joint Ventures und internationalen Vereinigungen und Organisationen ab. Heute knüpfen schon 600 Betriebe und Organisationen direkte Kontakte an, später soll ihre Zahl 700 erreichen. Es entstehen über 30 Gemeinschaftsunternehmen, 7 davon auf sowjetischem Territorium. Außerdem sollen rd. 100 internationale Vereinigungen und Organisationen gegründet werden.

NZ: Eine solche Vielfalt der Organisationsformen macht die außenwirtschaftliche Tätigkeit flexibler, zugleich aber auch die Kontrolle und Verwaltung komplizierter.

W. K.: Wenn man unter Kontrolle die früheren bürokratischen Verwaltungsmethoden, das Administrieren „von oben“ versteht, das jede Initiative behinderte, wären Schwierigkeiten natürlich schwer zu vermeiden. Bei der Umgestaltung außenwirtschaftlicher Beziehungen wie auch beim Umbau des Wirtschaftsmechanismus im Lande gehen wir jedoch einen anderen Weg: Wir kombinieren eine größere Selbständigkeit von Ämtern und operativen Stellen, die Export- und Importgeschäfte unmittelbar tätigen, mit den gesamtstaatlichen Interessen, mit der außenwirtschaftlichen Strategie des Sowjetstaates.

Um die Leitung der außenwirtschaftli-

chen Komplexe zu verbessern und die Tätigkeit der dazu gehörenden Ministerien, anderen zentralen Ämter und Organisationen zu vervollkommen, wurde 1986 die Staatliche Außenwirtschaftliche Kommission des Ministerrats der UdSSR gegründet. Ihre Aufgabe besteht darin, die entsprechende Tätigkeit der Ministerien und anderen zentralen Ämter zu leiten. Das Außenhandelsministerium und das Komitee für Außenwirtschaftsbeziehungen haben nunmehr darüber zu wachen, wie im Bereich der außenwirtschaftlichen Tätigkeit die gesamtstaatlichen Interessen gewahrt werden. Das Außenhandelsministerium bleibt für die wichtigsten Rohstoffe und Erzeugnisse gesamtstaatlicher Bestimmung zuständig. Das Staatliche Komitee ist für den Bau von Objekten im Ausland zuständig. Seine neue Aufgabe besteht darin, Objekte auf sowjetischem Territorium unter Beteiligung ausländischer Firmen zu bauen.

NZ: Direkter Zugang führender Industriezweige zu Außenmärkten verbessert nicht nur die Organisation des Außenhandels, er hat auch ökonomischen Sinn.

W. K.: Wir schaffen dadurch neue ökonomische Hebel, die dem Umbau und der Beschleunigung dienen. Solange Industrieministerien und ihre Betriebe nicht direkt in die Außenwirtschaftsbeziehungen einbezogen waren, kümmernten sie sich wenig um die Konkurrenzfähigkeit ihrer Erzeugnisse und bei weitem nicht immer um moderne Tendenzen im Zweig und in ihrer wissenschaftlich-technischen Politik. Heute ist die Lage anders, sie müssen die Weltkonjunktur kennen, die Produktionsbasis des Zweigs gemäß neuesten Technologien schneller erneuern und modernere Erzeugnisse herstellen. Außerdem sind die Zweige und Betriebe jetzt am Exportausbau interessiert, weil sie einen Teil der Deviseneingänge dazu verwenden können, Maschinen, Ausrüstungen und Materialien für die technische Umrüstung und Modernisierung der Produktionsfonds, für zügigere Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im Ausland zu kaufen.

NZ: Neben dem Exportausbau sind die Industrievereinigungen heute an der Anbahnung der Kooperation in Produktion und in Wissenschaft und Technik interessiert.

W. K.: Genau. Ich erwähnte schon, daß die RGW-Länder darangegangen sind, Gemeinschaftsunternehmen, internationale Vereinigungen und Organisationen zu gründen. Das ist heute wohl die höchste Form der Außenwirtschaftsbeziehungen.

Welche Aussichten ein solches Zusammenwirken eröffnet, zeigt das Beispiel zweier sowjetisch-bulgarischer Vereinigungen, an denen sowjetischerseits die Moskauer Fabrik "Krasny Proletari" und die Werkzeugmaschinenvereinigung Iwanowo beteiligt sind. Die sowjetischen

Teilnehmer an den direkten Kontakten, Gemeinschaftsunternehmen und Joint Ventures werden selbständig die Richtungen und Bedingungen der Zusammenarbeit festlegen, sich Partner unter den anderen RGW-Ländern wählen, mit ihnen Wirtschaftsverträge schließen, die Erzeugnisse vereinbaren, Kooperationslieferungen vornehmen u. a. m.

NZ: Wodurch werden sich die Gemeinschaftsunternehmen der UdSSR und anderer RGW-Länder von gemeinsamen Firmen unterscheiden, die auf sowjetischem Territorium unter Beteiligung von Firmen der kapitalistischen Industrie- sowie Entwicklungsländer gegründet werden?

W. K.: Für die Tätigkeit von Gemeinschaftsunternehmen beider Typen sind günstige Bedingungen geschaffen worden, doch, was ihren Rechtsstatus, Steuervorteile, völlige Selbständigkeit betrifft, gibt es hier Unterschiede. Der erste: Die Beteiligungsquote der UdSSR und die eines anderen sozialistischen Landes am statutengebundenen Eigenfonds eines Gemeinschaftsunternehmens werden von beiden Seiten vereinbart. An einem Joint Venture mit einer kapitalistischen Firma darf deren Quote nicht über 49 Prozent des statutengebundenen Eigenfonds liegen. Wenn solche Unternehmen unter Beteiligung sozialistischer Länder ins sowjetische materialtechnische Versorgungssystem eingeschlossen werden, können sie ihre Erzeugnisse zu den Großhandelspreisen unseres Binnenmarktes absetzen. Dagegen werden Unternehmen unter Beteiligung von Firmen nichtsozialistischer Länder Ausrüstungen, Brenn- und Rohstoffe über sowjetische Außenhandelsstellen zu Vertragspreisen unter Berücksichtigung von Weltmarktpreisen erwerben.

NZ: Unter den Geschäftsleuten der westlichen Länder rufen die "sowjetischen Joint Ventures" großes Interesse hervor, man steht jedoch unterschiedlich dazu. Einige meinen, sie seien im voraus zum Mißerfolg verdammt und westliche Firmen an der Entwicklung dieser Form der Zusammenarbeit nicht interessiert.

W. K.: Tatsachen sehen anders aus. Wir haben schon über 250 ernste Offerten aus der BRD, den USA, Japan, Indien, der Schweiz, Frankreich, Italien usw. über Gemeinschaftsunternehmen bekommen. Zu 38 Offerten wurden Protokolle auf den Wunsch der Seiten unterzeichnet, die technische und ökonomische Zweckmäßigkeit einer solchen Zusammenarbeit zu erwägen. Zu den ersten Abkommen gehörten die mit finnischen Firmen über das Verfahren zur Gründung eines Joint Ventures für die Verarbeitung von Sekundärrohstoffen und Polymerabfällen sowie über die Rekonstruktion eines "Tourist"-Hotels in Moskau.

NZ: Meinen Sie hier Gemeinschaftsunternehmen auf sowjetischem Territorium?

W. K.: Ja, vor allem, weil es eine für uns neue Form der Partnerschaft ist. Das schließt selbstverständlich nicht die

Möglichkeit aus, die sowjetische Beteiligung an verschiedenen gemischten Firmen im Ausland, in erster Linie in den sozialistischen Staaten, zu erweitern. Gegenwärtig bestehen im Ausland 120 Aktiengesellschaften, an denen wir beteiligt sind, und ihre Zahl wird zunehmen.

NZ: Die westliche Presse begründet die Zweifel an den Perspektiven von Joint Ventures in der UdSSR damit, daß ausländische Investoren angeblich auf keine nennenswerten Gewinne hoffen dürfen. Ferner heißt es, den westlichen Firmen gehe es um den riesigen sowjetischen Markt, während die UdSSR hoffe, ihren Export zu diversifizieren und aus dem Verkauf von Erzeugnissen der gemischten Firmen auf dem westlichen Markt Valuta zu erhandeln.

W. K.: Bei der Gründung von Joint Ventures rechnen wir natürlich damit, daß sie den sowjetischen Export fördern werden. Ich sehe jedoch keinen Widerspruch zwischen unserem Streben, den Exporterlös zu erhöhen, und dem Wunsch westlicher Firmen, Zutritt zum sowjetischen Markt zu erhalten. Offenbar liegt hier ein Mißverständnis vor. Einige Firmen haben die Sache so aufgefaßt, als könnten sie Gewinne nur aus dem Teil der gemeinsam produzierten Erzeugnisse erzielen, den sie auf dem Weltmarkt absetzen. Dem ist nicht so. Ein ausländischer Investor wird Gewinn aus dem gesamten hergestellten Produkt entsprechend seiner Quote am Grundkapital erhalten. Aber dieser Gewinn in Valuta muß durch den Export eines Teils der Erzeugnisse gedeckt werden.

NZ: Das Mißverständnis beruht wohl auf der irrigen Meinung, daß wir Gemeinschaftsunternehmen nur schaffen, um unseren Erlös in frei konvertierbarer Währung zu steigern.

W. K.: Wer so etwas meint, dürfte nicht ganz verstanden haben, wozu wir überhaupt unsere Außenwirtschaftsbeziehungen erweitern, den Export und den Exporterlös erhöhen wollen. Für uns ist Valuta kein Selbstzweck, vielmehr ein Mittel. Das Ziel besteht darin, durch Ausbau der für alle Beteiligten nützlichen Zusammenarbeit die Modernisierung unserer Volkswirtschaft und die Lösung sozialer Aufgaben zu beschleunigen. Wenn die Gemeinschaftsunternehmen diese Aufgabe erfüllen, d. h. auf der Basis neuester Technologie moderne, hochwertige Erzeugnisse produzieren, kann ihre volkswirtschaftliche Effektivität sogar höher sein als beim Import dieser oder jener Waren. Folglich wird man die Devisenbestände nicht anreißern müssen. Wenn Sie wollen, handelt es sich in diesem Fall um die Schaffung einer importersetzenden Produktion.

NZ: Da wir schon bei Devisen sind: Was wäre zu Behauptungen der westlichen Presse zu sagen, die Sowjetunion lege Wert darauf, dem Internationalen Währungsfonds beizutreten?

W. K.: Diese Frage wurde auch auf

einer in Moskau am 27. März abgehaltenen Pressekonferenz gestellt, wo unsere Haltung zum IWF geläutert wurde. Unseres Erachtens weist diese internationale Kredit- und Währungsanstalt wesentliche Mängel auf, deshalb treten wir ihr nicht bei. So ist der IWF außerstande, die stabile Währungskurse und einen stabilen Bankzinsfuß bei internationalen Anleihen und Krediten zu sichern. Die Tatsache, daß sich das IWF-Währungssystem auf den US-Dollar stützt, bietet Washington die Möglichkeit, sein Zahlungsbilanz- und sogar Haushaltsdefizit auf Kosten anderer Länder zu decken. Anders gesagt hat das IWF-Währungssystem heute keine universale Leitwährung, kein stabiles allgemeines Äquivalent mehr.

Auch die Organisationsstruktur des IWF erscheint uns undemokratisch. Aus diesem Grund erhält nur eine kleine Gruppe der führenden westlichen Länder

einseitige Vorteile, während die Interessen der Entwicklungsstaaten unbeachtet bleiben. Bekannt ist ja, daß der IWF seinerzeit den Ausbruch ihrer Auslandsschuldenkrise nicht abzuwenden verstand, und nun hat sich diese Verschuldung zu einem globalen Wirtschaftsproblem ausgewachsen.

Aus all diesen Gründen beschränken sich unsere Kontakte mit dem IWF vorläufig auf Expertenkonsultationen sowie den Meinungsaustausch über einige Fragen der internationalen Währungslage und über Probleme einer Reform des internationalen Währungssystems.

Die UdSSR, die sich aktiv an internationalen kommerziellen Operationen beteiligt, ist sehr an einer Devisenregelung interessiert, die den Interessen aller Gruppen von Staaten Rechnung tragen, den gleichberechtigten und für alle gleich nützlichen Handel fördern und

die Möglichkeit finanzieller Druckausübung sowie politisch bedingter Währungs- und Kreditrestriktionen ausschließen würde.

NZ: Westliche Kommentatoren sehen einen Zusammenhang zwischen der Haltung der Sowjetunion zum IWF und der Veränderung unserer Position gegenüber dem GATT.

W. K.: Sie sehen das falsch. Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen ist eine universale und multilaterale Organisation, die die Bedingungen des Welthandels zu verbessern vermag. Die UdSSR hat Schritte zur Annäherung ans GATT unternommen, und entgegen dem Widerstand einiger führender Länder des Westens haben wir vor, uns in Zukunft diesem Abkommen als vollberechtigter Teilnehmer anzuschließen.

Übrigens wird der Umbau der außenwirtschaftlichen Tätigkeit auch unsere Handelspolitik tangieren. Ich meine

Die großen Sieben in Venedig

Am 8. Juni, am ersten Tag ihres Wirtschaftsgipfels, kamen die führenden Vertreter der sieben bedeutendsten Industrieländer des Westens — der USA, der BRD, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas und Großbritanniens — auf dem Markusplatz im Dogenpalast zusammen. "Der Augenblick ist gekommen", schrieb die Zeitung "Repubblica" (Rom), "da man von ritualen Beteuerungen zur Annahme konkreter Entscheidungen übergehen muß." Und Lösungen für die Probleme sind nicht leicht zu finden.

Um welche Probleme handelt es sich? Vor allem sind es finanzökonomische Fragen. Nach einem relativ stabilen Wachstum in den letzten Jahren prophezeien Experten eine weitere Rezession. Dafür gibt es viele Gründe. Dazu gehört auch die Schwäche der Position des Dollars, der Hauptverrechnungsmittel im Welthandel bleibt. Die USA, die ihre Konkurrenten schwächen wollen, treiben die Diskontsätze in die Höhe, manipulieren den Dollarkurs. Das ruft natürlich Nervosität und Ungewißheit in den westeuropäischen Ländern hervor.

Zur Instabilität führt auch die Unausgeglichenheit im Außenhandel der meisten Länder der Sieben. So wurde den Japanern vorgeworfen, sie griffen zu protektionistischen Maßnahmen. Tokio, das Einfuhr Güter mit hohen Zöllen belegt, schafft dadurch Hindernisse für das Eindringen der Partner auf seinen Binnenmarkt.

Die Diskussionen begannen mit einer symbolischen Geste. Der US-Präsident

hob plötzlich einen Teil der vor zwei Monaten verhängten drastischen Zölle für japanische Elektronik auf. Das war die Antwort auf die ebenso symbolische Geste der Japaner, die, verpackt als "Zugeständnis" an die Partner, ein Programm zur Stimulierung ihres Binnenmarktes verkündeten. In beiden Fällen ging es allein um Propagandaaktionen, die nur äußerst geringen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik Washingtons und Tokios ausüben konnten.

Der BRD wurde eine gewisse "Trägheit" vorgeworfen. Aus Angst um die "Gesundheit" ihrer Wirtschaft möchte sich die Bundesrepublik mit einem Aufschwung der Produktion und mit der Erweiterung der Binnennachfrage nicht sonderlich beeilen, weigert sich so, zum Wachstum der anderen beizutragen.

Die Widersprüche zwischen den USA, Japan und der BRD erreichten einen besonderen Höhepunkt auch, weil über ihnen, wie über allen Mitgliedern der Sieben, das Damoklesschwert der Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer schwebt. Es droht auch die Kreditgeber, die durch ihre Politik die Schuldner an den Rand des Ruins gebracht haben, zu treffen.

Konnten sich die Führer der Sieben der Lösung dieser Fragen bei ihrem Treffen in Venedig zumindest näher kommen?

Der Augenblick dafür, meinen viele Beobachter, war nicht geeignet. Richard Gardner, Ex-Botschafter der USA in Rom und jetzt Professor an der Universität Columbia, sagte da ein klares Wort.

Reagans innenpolitische Schwäche, erklärte er, ließ ihm offenbar nicht die Zeit, sich intensiver mit Finanzproblemen zu befassen. Nakasone, der auch ohnehin wegen seiner Wirtschaftspolitik kritisiert wird, verläßt in einigen Monaten sein Amt. Und Kohl ... hatte auch so genug Sorgen wegen der Differenzen über die Euroraketen mit den Regierungskoalitionen. In Frankreich herrscht eine Bipolarität der Macht. Der Kanadier Mulroney wußte, daß seine Beliebtheit jetzt auf einem Tiefpunkt angelangt ist. Was Thatcher und Fanfani angeht, so kamen die beiden kurz vor Parlamentswahlen in ihren Ländern nach Venedig.

Niemand wollte also ein Risiko eingehen — und erst recht keine Zugeständnisse an andere Mitglieder der Sieben machen. Von San Giorgio aus, wo die Arbeitstreffen stattfanden, stiegen keine Rauchzeichen des Optimismus auf.

Einen wichtigen Platz auf der Tagesordnung nahmen Fragen der Festigung der Sicherheit ein, die ohne nukleare Abrüstung nicht erreicht werden kann. Michail Gorbatschows Vorschlag ließ die führenden Repräsentanten der Sieben diesen Problemkreis erörtern: Europa von den nuklearen Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen zu befreien, d. h. mehr als die "Null-Lösung" zu erreichen, auf der damals der Westen bestand. Vor Beginn der Konferenz hatte Reagan wiederholt versichert, die USA wollten eine Vereinbarung mit der Sowjetunion. Doch aus den Erklärungen des Präsidenten geht auch hervor, daß es die USA mit der Unterzeichnung eines solchen Vertrages keineswegs eilig haben.

Keine Einigkeit herrscht in dieser Frage auch in Westeuropa. Während einige Staaten zu einer nuklearen Abrüstung in der Alten Welt realistisch stehen, beharrt

eine Erneuerung der Zollpolitik, die größere Rolle von Zöllen als Preisbildungsfaktor und die Einführung einer nichttarifären Importregelung. Außerdem wollen wir Handelsstatistiken nach einer vereinheitlichten Warennomenklatur erheben, die im Welthandel ab 1988 zur Anwendung kommen soll.

Die UdSSR wird verschiedene Instrumente der Handelspolitik natürlich auf Vereinbarung mit den anderen RGW-Ländern einsetzen. Ihnen allen liegt es an einer allgemeinen Außenhandelsregelung, die dazu beiträgt, einen für alle Beteiligten nützlichen und von jeglichen Beschränkungen und jeglicher Diskrimination freien Außenhandelsumsatz mit der nichtsozialistischen Welt zu erweitern.

NZ: Ja, sprechen wir von Beschränkungen und Diskrimination. Viele westliche Firmen, die mit der UdSSR zusammenzuarbeiten wünschen, klagen, daß die von der NATO errichteten politischen Schranken

sie in der aussichtsreichsten Richtung - im Austausch moderner Hochtechnologien - behindern.

W. K.: Wir sehen das einfach: Das ist nicht unser Problem, sondern jener, die mit uns Kontakt aufnehmen wollen. Die UdSSR ist zur Zusammenarbeit mit allen bereit, die in die geschäftlichen Beziehungen etwas Neues bringen wollen. Weder uns noch unseren Partnern liegt es daran, eine gemeinsame Produktion auf technologisch veralteter Basis einzuleiten. Gibt es überhaupt einen Grund, in einen Betrieb mit solcher Technologie zu investieren? Das wäre ein klarer Mißerfolg. Wir wollen ja, daß eine solche Produktion Gewinn bringt. Das aber ist nur unter Anwendung neuer Technologien möglich. Deshalb basieren die Offerten, die wir durcharbeiten, auf eben solchen Technologien.

Wenn wir Ihre Frage etwas umfassender betrachten, möchte ich abschließend

einen einfachen Gedanken betonen. Wirtschaftliche Zusammenarbeit setzt auf Gegenseitigkeit voraus, bedeutet eine genaue Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen und den restlosen Verzicht auf alle Import- und Exportrestriktionen, Boykotte und Embargos.

In der heutigen Welt dürfen die Geschäftsbeziehungen nur auf Gegenseitigkeit und Vertrauen beruhen. In der Praxis kommt es jedoch noch vor, daß einige westliche Länder bei den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen egoistische politische Ziele im Auge haben. Diese negativen Tendenzen in den Weltwirtschaftsbeziehungen bestätigen, wie aktuell der auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU unterbreitete Vorschlag ist, ein internationales System der wirtschaftlichen Sicherheit zu schaffen und in seinem Rahmen alles zu überwinden, was die Weltwirtschaftsbeziehungen heute belastet.

die BRD z. B. darauf, daß auf ihrem Territorium die Pershing-1A-Raketen, die als der Bundesrepublik gehörend gelten, doch mit US-Nuklearsprengköpfen versehen sind, belassen werden. Frankreich und Großbritannien wollen nicht, daß der BRD ein solches Privileg eingeräumt wird, da sie nicht ohne Grund vermuten, daß die Bundesrepublik so den Status einer Quasi-Nuklearmacht erhalten würde. Doch über die eigenen Atomwaffenpotentiale schweigen sie sich lieber aus.

Es gibt in Westeuropa auch nicht wenige Leute, die eine "sowjetische Oberlegenheit" bei Panzern, Flugzeugen und bei der Truppenstärke fürchten. Doch viele Militärexperten haben es wiederholt anhand von Zahlen bewiesen: Die angeblich erdrückende Oberlegenheit der UdSSR ist eine Erfindung, die von gewissen Medien und Verteidigungsministerien, die mehr Gelder für die Rüstung lockermachen wollen, verbreitet wird. Einerseits stimmen sie zumindest grundsätzlich der Beseitigung der Nuklearraketen in Europa zu, andererseits aber rufen sie dazu auf, die Produktion konventioneller Waffen zu steigern. Die NATO jedoch gibt, wie der "Boston Globe" (USA) zu Recht bemerkte, auch ohnehin jährlich 100 Md. Dollar mehr für militärische Zwecke aus als der Warschauer Vertrag.

Formell konnten die Führer der Sieben keine endgültige Entscheidung über die Euroraketen treffen. Sie verbleibt in der Kompetenz der NATO und soll in Reykjavik ausgearbeitet werden, wo nach dem Treffen von Venedig die Außenminister des Nordatlantikpakts zusammentreffen werden. Doch es wäre ein Fehler zu meinen, die Minister würden die Meinung der Führer der Sieben nicht berücksichtigen.

Sie verstanden sehr wohl, daß das

Abrüstungsproblem neben dem militärpolitischen auch einen ökonomischen Aspekt hat. Und das, wo das Rekorddefizit des USA-Bundeshaushalts von 220 Md. Dollar sich vor allem durch die astronomischen Rüstungsausgaben erklärt.

Leidenschaftlich wurde in Venedig über "regionale Fragen" diskutiert. Im Mittelpunkt stand dabei Washingtons Politik in der Golfregion. Am Vorabend des Treffens hatte das Pentagon offiziell eine Meldung bestätigt, daß eine Gruppierung der U. S. Navy, angeführt vom Flugzeugträger "Saratoga", dorthin entsandt wurde. Die Amerikaner taten alles, um auch die Verbündeten in das gefährliche Spiel hineinzuziehen.

Hier fand die Konferenz der Sieben statt
Foto: TASS



Die erste Reaktion der Teilnehmer des Treffens aber dürfte Washington nicht sonderlich erfreut haben. Der italienische Außenminister Giulio Andreotti sprach von der Notwendigkeit, Schritte zur Beendigung des irakisch-iranischen Krieges zu unternehmen. "Damit muß sich die UNO befassen", betonte er. Nakasone und Kohl z. B. aber sagten Reagan direkt, daß derartige Operationen von den Verfassungen ihrer Länder nicht geduldet werden.

Washington mußte den Rückzieher antreten. Auf einer Pressekonferenz erklärten Frank Carlucci, Sicherheitsberater des US-Präsidenten, und der Stabschef des Weißen Hauses, Howard Baker: Die USA hoffen nur auf "diplomatische Unterstützung seitens der Sieben, um mit Hilfe der Vereinten Nationen den iranisch-irakischen Krieg schneller zu beenden. Das soll auch der von den Amerikanern in Venedig vorgelegte Resolutionsentwurf zum Ziel haben.

Am Vorabend des Wirtschaftsgipfels war von Politikern zu hören gewesen, selbst ein Fortschritt um ein Millimeter hin auf eine Annäherung der Positionen würde ein gutes Ergebnis sein. Die Journalisten zogen ihre Bilanz des Treffens in Venedig: Die Führer der Sieben erklärten nur den Wunsch, sich in Politik und Wirtschaft um Millimeter einander anzunähern, doch Europa und Nordamerika entfernen sich weiter voneinander um über 2 Zentimeter jährlich.

Die Teilnehmer des Treffens befaßten sich auch mit anderen Fragen — insbesondere mit der Bekämpfung von AIDS, mit dem neuen biotechnologischen Forschungsprogramm der Japaner und mit ökologischen Fragen.

N. MIROSHNIK, P. NEGOTZA

Venedig

PERSISCHER GOLF

Vor fremden Küsten

● DREI KRIEGSSCHIFFE LIEFEN ENDE DER ERSTEN JUNI-WOCHE AUS HÄFEN DER OSTKÜSTE DER USA AUS UND NAHMEN KURS AUF DEN PERSISCHEN GOLF. SIEBEN SCHIFFE KREUZEN DORT SCHON SEIT LANGEM. VOR DER EINFART IN DEN GOLF WIRD AUCH EIN US-FLUGZEUGTRÄGER PATROUILLIEREN.

"Das Risiko für die USA im Persischen Golf wächst", und "In Washington herrscht Besorgnis" — so kommentierten Beobachter die Schritte der Reagan-Administration zur Verstärkung der amerikanischen Militärpräsenz in dieser hochexplosiven Region.

Die besondere Besorgnis der Öffentlichkeit wie des Kongresses riefen Meldungen hervor, das Pentagon und das Weiße Haus prüften ernstlich die Möglichkeit eines "Präventivschlages" gegen den Iran, sollte dieser einen weiteren Raketenkomplex an seiner Küste aufbauen. Nach Meinung vieler wäre eine solche Aktion gleichbedeutend mit einem "Oberfall der Vereinigten Staaten auf ein souveränes Land" und würde das "Ende der Neutralität der USA im iranisch-irakischen Krieg" bedeuten.

Zur gleichen Zeit, als die U. S. Navy weitere Schiffe und Flugzeuge in die Golfregion zu verlegen begann, gestand der Vorsitzende des Komitees der Stabschefs der USA, Admiral Crow, ein, diese Mission könne teuer werden. "Es gibt absolut keine Gewähr dafür, daß eine solche Operation ohne Opfer ablaufen wird", sagte er im Kongreß. Und schließlich haben sich die Amerikaner immer noch nicht von dem Schock durch den Tod von 37 Seeleuten der Fregatte "Stark", die von einem irakischen Flugzeug angegriffen wurde, erholt.

Im Grunde hätte die Tragödie der "Stark" die Administration zwingen müssen, über die Folgen ihrer Handlungen in den Golfgewässern nachzudenken. Doch das Gegenteil geschieht. Nur schwer kann man sich des Eindrucks erwehren, daß Washington in dem tragischen Untergang der Fregatte nur den gewünschten Vorwand für eine verstärkte Einmischung sieht.

Welche "Lebensinteressen des amerikanischen Volkes" lassen eigentlich die Administration ein derart riskantes Spiel spielen?

Regierungsvertreter, einschließlich des Präsidenten, verweisen darauf, daß sich die USA für die "Freiheit der Schifffahrt" und die Sicherung einer ungestörten Erdölfuhr an den Westen, für die "Sicherheit verbündeter Länder" verantwortlich fühlen. Doch die Vereinigten Staaten selbst beziehen aus dieser Region nur ca. 5 Prozent des von ihnen eingeführten Erdöls. Die NATO-Verbündeten aber, um deren Interessen es sich Washington so angelegen sein läßt, begrüßen keineswegs die Anstrengungen der USA und versuchen trotz allen Drucks ihre Unterstützung auf symbolische Gesten zu beschränken. Die Staaten der Region, die enge Verbindungen zu den USA unterhalten — wie Saudi-Arabien und Oman — bekunden ihrerseits ebenfalls nicht den Wunsch, die eigenen Territorien und Flugzeuge zur Verfügung zu stellen, um der amerikanischen Kriegsmarine Flankenschutz zu geben.

Als völliger Anachronismus nimmt sich dieser Tage auch das Gezeifer der Administration von einer "sowjetischen Bedrohung" aus. Gerade unter diesem Vorwand sucht man nun schon seit 1949, die US-Militärpräsenz in der Region zu rechtfertigen. Das Weiße Haus kratzt es dabei nicht im geringsten, daß diese Version in den vergangenen Jahrzehnten keine Bestätigung fand. Statt dessen ist das wahre Ziel der USA deutlich — die Zuspitzung der Lage im Golf zu nutzen, um dort so stark wie möglich militärisch mitmischen zu können. Eine derart verstärkte Militärpräsenz im Golf würde es den USA

ermöglichen, auch jenen Ländern der Region zu drohen, deren politischer Kurs Washingtons Unzufriedenheit auslösen könnte.

Was aber die Freiheit der Schifffahrt und eine Regelung des iranisch-irakischen Konflikts angeht, so ist daran tatsächlich die gesamte Völkergemeinschaft, darunter die Sowjetunion, interessiert. Waffengeklirr und wüste Drohungen aber verhindern nur, daß diese Ziele erreicht werden. Um sie zu verwirklichen, ist eine umfassende Zusammenarbeit auf der Grundlage der Normen des Völkerrechts und unter Berücksichtigung der legitimen Interessen aller Seiten erforderlich.

A. OSTALSKI

VR CHINA — JAPAN

Besuchsprogramm gekürzt

● DER CHEF DES NATIONALEN VERTEIDIGUNGSAMTES JAPANS, JUKO KURIHARA, HIELT SICH IN CHINA AUF. ES WAR DER ERSTE BESUCH DES CHEFS DES TOKIOTER VERTEIDIGUNGSAMTES IN PEKING.

Kurihara steht Kiichi Miyazawa, dem jetzigen Finanzminister und einem wichtigen Anwärter auf das Amt des Premierministers, nahe. Sein China-Besuchsprogramm war umfangreich: Er sollte den Militärbezirk Chengdu, einen Luftwaffenstützpunkt in Hangzhou und Schiffe der Kriegsmarine in Qingdao besuchen, u. a. bei Schießübungen und beim Granatwerfen zugegen sein, mit dem Verteidigungsminister der VR China, Zhang Aiping, und dem Chef des Generalstabs der chinesischen Volksbefreiungsarmee, Yang Dezhi, zusammentreffen...

Außerdem hatte Kurihara um eine Zusammenkunft mit Deng Xiaoping, dem Vorsitzenden der Zentralen Beraterkommission der KPCh und Vorsitzenden des Verteidigungsrates des ZK der KPCh, nachgesucht. Doch, wie der "Tokyo Shimbun" konstatiert, verzichtete Deng Xiaoping auf eine Begegnung...

In Tokio hatte man dem Besuch große Bedeutung beigemessen: Kurihara sollte die Befürchtungen der Chinesen über das Wiederaufleben des japanischen Militarismus zerstreuen. In Peking hatten sich Pressemeldungen zufolge auch andere Gründe für Unzufriedenheit angehäuft: Ein japanisches Gericht sprach die Eigentumsrechte an einem Wohnheim chinesischer Studenten in Kyoto nicht der VR China, sondern Taiwan zu. Und das, wo Tokio verkündet hatte, die Politik der "zwei Chinas" betrachte es als nicht mehr verbindlich... Die "New York Times" schreibt: China sei unzufrieden sowohl mit dem anhaltenden Defizit im bilateralen Handel (1986 — 4,2 Md. Dollar) als auch damit, daß japanische Firmen Waren schlechter Qualität an die Chinesen verkaufen.

Kurihara mußte sich also in Peking ständig rechtfertigen. Dort wurde Japan scharf wegen seiner Verletzung der Obergrenzen für Rüstungsausgaben (1 Prozent des Bruttosozialprodukts) kritisiert. Angesichts der tragischen Lehren der Geschichte sagte Verteidigungsminister Zhang Aiping, dürfen die "Selbstverteidigungskräfte" nur begrenzt verstärkt werden, um bei den Nachbarländern nicht Besorgnis hervorzurufen. China und andere asiatische Staaten sind ernstlich beunruhigt über die Wiedergeburt des Militarismus in Japan, über chauvinistische und nationalistische Tendenzen in den herrschenden Kreisen. Und während Tokio die jüngste Geschichte dem Vergessen anheimgeben will, was selbst in Schulbüchern zu erstaunlichen Fälschungen führte, kann und will man sie in China nicht vergessen.

Die japanische Regierung möchte da die Spannungen etwas dämpfen. Premierminister Yasuhiro Nakasone

erklärte, er werde als Zugeständnis an China in diesem Jahr den schintoistischen Yasukuni-Schrein — die geistige Hochburg des Militarismus, wo alljährlich am 15. August für das Seelenheil jener gebetet wird, die den Krieg im Pazifik entfesselten — nicht besuchen. Doch solche rein symbolischen Schritte reichen offenbar nicht aus. China und die anderen Nachbarländer Japans wollen nicht zulassen, daß Nippon zu einer "militärischen Großmacht" wird.

L. MLETSCHIN

SÜDASIEN

Hilfe aus der Luft

● INDISCHE FLUGZEUGE BRACHTEN DER TAMILISCHEN BEVÖLKERUNG IM NORDEN SRI LANKAS HUMANITÄRE HILFE. COLOMBO VERURTEILTE DIESE AKTIONEN INDIENS ALS "VERLETZUNG DER SOUVERÄNITÄT" DER INSELREPUBLIK.

Bald nachdem die Armee Sri Lankas Ende Mai eine Großoffensive gegen die überwiegend von Tamilen bewohnte Halbinsel Jaffna im Landesnorden begonnen hatte, forderte Indien Colombo zu einer friedlichen Regelung des ethnischen Konflikts auf.

Das überhängige Problem der Beziehungen zwischen der tamilischen Minderheit, die etwa ein Fünftel der Bevölkerung Sri Lankas bildet und vor allem im Norden und Osten der Insel lebt, sowie der singhalesischen Mehrheit wird seit 1983 mehr oder weniger intensiv ausgetragen. Anfang des Jahres kam es erneut zu schweren Zusammenstößen, als die Regierung Sri Lankas auf die Forderung der Tamilen, ihnen Autonomie zu gewähren, eine Art Wirtschaftsblockade gegen die Halbinsel Jaffna verhängte. Dies wurde damit begründet, daß sich dort auch

„Läuft hier die Irangate-Verhandlung! Leichenwagen zur Stelle!“

Zeichnung: Wsewolod Arsenjew

militante tamilische Extremistenorganisationen eingenistet hätten. Die Ende Mai eingeleitete Offensive der regulären Armee gegen diese Region war von Bombardements und Artilleriebeschuß begleitet. Zu den 130 000 Flüchtlingen, die sich in den letzten Jahren über die schmale Wasserstraße in den benachbarten indischen Bundesstaat Tamil Nadu abgesetzt

hatten, kamen weitere Hunderte hinzu. Ohne Nahrungsmittel und Brennstoff waren Zehntausende in einer ausweglosen Situation. Seuchen brachen aus.

In dieser Lage konnte die indische Regierung nicht gleichgültig gegenüber dem Schicksal der Tamilen von Jaffna bleiben. Das erklärt sich vor allem durch die Solidarität der

60 Millionen Tamilen in Indien mit ihren Landsleuten. Bei den Vorgängen in Sri Lanka haben äußere Kräfte ihre Finger im Spiel. Einige Einheiten der Armee Sri Lankas wurden von pakistanischen Ausbildern gedrillt. Spezielle Kommandotrups, die "Strafoperationen" im Norden der Insel durchführen, wurden von Agenten des israelischen Ge-



heimdienstes Mossad geschult. Über diese "Partner" will Washington den Volksgruppenkonflikt schüren, um sich Positionen auf dieser strategisch wichtigen Insel zu sichern.

Der Kurs Colombos auf eine "Endlösung" des Volksgruppenkonflikts machte die Vermittlungsbemühungen Indiens zunichte und führte nur dazu, daß unschuldige Menschen leiden mußten.

Am 3. Juni wurden 19 Fischerfahrzeuge von der indischen Regierung angeheuert und unter der Flagge des Roten Kreuzes mit Lebensmitteln und Medikamenten Richtung Jaffna in Bewegung gesetzt. Sie

waren ohne militärischen Begleitschutz.

Die im Geist der Gewaltlosigkeit Mahatma Gandhis gestartete Mission wurde von Kriegsschiffen Sri Lankas etwa auf halbem Wege gestoppt. Die Spannung unter den Journalisten, die an diesem Tag den Pressesaal im Außenministerium kaum zu verlassen wagten, von wo aus sie die Verhandlungen auf hoher See zwischen Vertretern Indiens und dem Kapitän des srilankischen Zerstörers verfolgen konnten, erreichten den Höhepunkt, als der Leiter der Presseabteilung Parthasarathi gegen Mitternacht bekanntgab: Die indische

Schiffskarawane mußte angesichts der unverhohlenen Drohung, das Feuer zu eröffnen, umkehren.

Am 4. Juni starteten fünf unbewaffnete Transportmaschinen der indischen Luftwaffe mit Lebensmitteln und Medikamenten, begleitet von vier Jagdmaschinen, von Bangalore aus Richtung Jaffna. Die ausländischen Journalisten konnten sich erneut davon überzeugen, daß es sich um Güter handelte, die das Los der tamilischen Bevölkerung erleichtern sollen. Indien hatte zuvor Sri Lanka von seiner Absicht informiert, die Hilfsgüter an Fallschirmen abzuwerfen.

Journalisten, die in einer

Maschine mitflogen, berichteten, daß sich Hunderte von Menschen auf die Fallschirme stürzten. Indiens humane Tat war erfolgreich, wenn das auch einen Protest Colombos auslöste.

Delhis strategisches Ziel, erklärte der indische Staatsminister für Äußeres Natwar Singh in einem Interview für die NZ, bleibt es, zu einer friedlichen Lösung des ethnischen Konflikts auf Sri Lanka unter Respektierung der Einheit und der territorialen Integrität der Inselrepublik beizutragen.

L. SHEGALOW
NZ-Korrespondent

Delhi

Bücher für den Frieden

Der Drushba-Laden ist eines der größten Buchgeschäfte der sowjetischen Hauptstadt. Hier werden Bücher aus den sozialistischen Ländern angeboten. Dieses Geschäft hat mehr Stammkunden als zufällige Besucher. Hier werden vor allem Bücher in Fremdsprachen verkauft. Der Drushba-Laden entstand im Juni 1954. Heute nimmt Drushba drei große Geschäftsräume im Herzen Moskaus an den belebtesten Verkehrsadern ein — zwei Läden in der Gorki-Straße und ein Geschäft am Kusnezki Most. Drushba hat 145 ständige Mitarbeiter, von denen viele Fremdsprachenkenntnisse haben. Mehrmals jährlich werden die Schaufenster neu gestaltet. 1986 erhielt Drushba mehr als 3 Millionen Bücher aus 12 sozialistischen Ländern.

In den Drushba-Läden herrscht stets reges Treiben. Und oft schauen die Bücherfreunde einfach nur so vorbei, um sich die neuesten Bücher, Ansichtskarten und Bildbände anzuschauen. Oberhaupt fühlt man sich im Drushba-Laden an eine Buchausstellung erinnert. Dabei fällt auf, daß in den Abteilungen der Mongolei, Vietnams, Rumäniens und Kubas poli-

tisch-gesellschaftliche und belletristische Bücher dominieren. In Publikationen aus Jugoslawien, Ungarn, Polen und der DDR wird der künstlerischen Gestaltung der Bücher besondere Bedeutung beigemessen, hier sind Bildbände über bedeutende Künstler, Bildhauer und Meisterwerke der Architektur vertreten.

In letzter Zeit treffen immer mehr Bücher aus der VR China ein. Doch die Nachfrage nach ihnen kann zur Zeit noch nicht befriedigt werden, da bislang Bücher aus diesem Land noch nicht systematisch angekauft werden. Besser bestellt ist es da um die Buchproduktion anderer sozialistischer Länder, mit denen die Zusammenarbeit in diesem Bereich bereits Tradition hat. Im Frühjahr fand in Tallinn eine Verkaufsausstellung von Büchern aus der DDR und aus Kuba statt, auf der ein Drushba-Vertreter neue Bücher orderte. Einige Muster neuer Bücher kann man schon jetzt im Drushba-Laden sehen. Die DDR-Abteilung dürfte die umfangreichste sein. Dort findet sich Literatur für jeden Geschmack. Viele Fachbücher werden in dieser Abteilung angeboten — Werke von Klassikern des Marxismus-Leninismus, Dokumente von Parteita-

gen, von Konferenzen der SED und der KPdSU, Reden der führenden Vertreter von Partei und Regierung beider Bruderländer. Die prachtvoll gestalteten Schutzumschläge der Bildbände über Flora und Fauna, die reich bebilderten Reiseführer durch Städte der DDR und der UdSSR sind ein wahrer Augenschmaus. Großer Nachfrage erfreuen sich Bücher von Brockhaus aus dem Leipziger Seeman-Verlag.

Besonders viele Menschen besuchen bei den regelmäßig veranstalteten Dekaden der Bücher sozialistischer Länder den Drushba-Laden. Im April fand eine solche Veranstaltung

in der ungarischen Abteilung statt. Zur Zeit läuft eine Dekade der Bücher aus der CSSR.

In allen Abteilungen von Drushba hat bereits die Vorbereitung auf den 70. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begonnen, werden Bestellungen zum Jubiläum entgegengenommen, für neue Bücher und Bildbände aus der DDR, der CSSR und den anderen Bruderländern, wird das Angebot an politisch-gesellschaftlicher Literatur erweitert.

Der Moskauer Drushba-Laden leistet eine wichtige Arbeit — mit Hilfe des Buches bringt er die Völker der sozialistischen Gemeinschaft einander noch näher.

Fotos: W. Panow



Bürger bauen ihre Stadt



Auf das Datum des Treffens von Bürgermeistern aus allen Kontinenten, das Anfang Juni in der Hauptstadt der DDR, Berlin, stattfand, wird auf Seite 76 des Festkalenders zum 750. Jahrestag der Stadt hingewiesen. Insgesamt weist er mehr als 2200 Begegnungen, Versammlungen, Meetings, Ausstellungen und andere Festveranstaltungen auf.

Die Bürgermeister sind dabei von dem, was sie gesehen haben, sicher sehr beeindruckt gewesen. Die Berliner können wirklich stolz auf das Erreichte sein. Nicht viele Städte unserer Erde gibt es, wo die Devise einer bürgernahen Kommunalpolitik so konkreten Ausdruck findet.

Der Neubeginn

Genaue läßt sich das Alter Berlins nicht beziffern. Ende des 12., Anfang des 13. Jh. ließen sich an der Stelle, wo sich die Spree in zwei Arme teilt, Handwerker, Händler und Bauern nieder. Längs des Flusses entstanden zwei Siedlungen — Cölln und Berlin. Sie sollen zwischen 1230 und 1250 das Stadtrecht erhalten haben. Doch offiziell läßt man die Chronik 1237 anno Domini beginnen, dem Datum der ersten schriftlichen Erwähnung Cöllns, das sich später mit Berlin vereinigte.

Viel hat die Stadt in ihren 750 Jahren gesehen. Blütezeiten wechselten mit schwarzen Jahren ab, als die Reaktion, die Kräfte des Krieges Oberhand gewannen über die Kräfte des Fortschritts, des Friedens.

Doch wenn sich Berlin auch nicht genau an seine Geburtsstunde erinnern kann, so läßt sich doch der Tag seiner Wiedergeburt eindeutig nennen — der 8. Mai 1945. An diesem Tag versank das "Dritte Reich", und mit ihm zusammen seine Hauptstadt in Schutt und Asche. Zweieinhalb Millionen Berliner hatten den zweiten Weltkrieg überlebt — ohne Wasser, ohne Gas, ohne Strom, unter der ständig drohenden Gefahr von Hunger und Seuchen, in einer Atmosphäre des moralischen Zusammenbruchs, der Ausweglosigkeit. Viele ließen den Mut sinken. Doch für die meisten unerwartet kam derjenige zu Hilfe, der noch gestern für die Nazi-Propaganda der "Untermensch" schlechthin war — der sowjetische Soldat.

Aus seinen Händen empfingen die Berliner das erste Stück Brot in Friedenszeiten. Dankbar erinnert sich Berlin heute an General Bersarin, den ersten sowjetischen Stadtkommandanten. Nicht von ungefähr trägt einer der schönsten Plätze seinen Namen. Zusammen mit den "Aktivisten der ersten Stunde" — deutschen Kommunisten und Antifaschisten, die aus den Konzentrationslagern befreit waren und aus dem Untergrund traten —, verhalfen die Soldaten der ruhmreichen Sowjetarmee der Stadt wieder zum Leben.

In gewissem Sinne läßt sich wohl auch das Datum der dritten Geburt des demokratischen Berlin nennen — der 13. August 1961. Sofort nach Beendigung des Krieges betrieben die Westmächte — die ehemaligen Verbündeten der UdSSR in der Antihitlerkoalition — die Teilung Berlins. Im Juni 1948 weiteten sie die separate Währungsreform auf die Westsektoren aus, und im September zog die reaktionäre Mehrheit der Vertreter des Abgeordnetenhauses demonstrativ aus dem sowjetischen in den britischen Sektor um. Im Oktober folgte ihrem Beispiel ein Großteil der Mitglieder des Magistrats. Die kommunalen Dienste — der städtische Nahverkehr, die Strom-, Gas- und Wasserversorgung — sollten gespalten werden.

Im Haus des Lehrers auf dem Alexanderplatz sprachen wir mit Dr. Rolf Liebold, dem Leiter der Presse-Abteilung des Magistrats von Berlin, der zugleich das Organisationskomitee für die Jubiläumsfeierlichkeiten leitet.

"Mit der Teilung der Stadt", berichtet Dr. Liebold, "war der Wirtschaftsorganismus Berlins zweigeteilt. Hierbei sollte ein Großteil der Betriebe im Westen der Stadt sein, und einige Industriezweige mußten wir buchstäblich neu aufbauen. Das war nicht einfach, besonders angesichts der ökonomischen und psychologischen Kriegsführung gegen unsere junge Republik. Ihre Grenze war ja so gut wie

völlig ungesichert. Erst nach dem 13. August 1961, als die Regierung der DDR die Schutzmaßnahmen an der Grenze ergriff, konnte eine planmäßige Entwicklung der Wirtschaft beginnen. Und das Ergebnis sehen Sie selbst..."

Aus dem Fenster seines Arbeitszimmers bot sich uns das Panorama einer modernen Stadt dar, die zugleich aber den unverwechselbaren Zauber, den Geist ihrer großen Geschichte, bewahrt hat.

Berlin heute — das ist eine leistungsstarke Industrie.

Berlin heute — das ist eine Stadt der Wissenschaft und der Kultur.

Doch das wohl Wichtigste: Das heutige Berlin ist eine Stadt für ihre Menschen.

132 Neubauwohnungen täglich

Nur fünf Wochen nach Beendigung des Krieges erklärte die Kommunistische Partei Deutschlands den Bau von Wohnungen in Berlin zur vorrangigen Aufgabe. 1946, als die Straßen noch voller Trümmer waren, wurde die erste neue Wohnung im ersten neuen Wohnviertel übergeben. 1971 beschloß der VIII. Parteitag der SED: Bis 1990 muß jede Familie eine eigene Wohnung haben, in der jedes Familienmitglied ein eigenes Zimmer haben wird.

Und so sieht die Statistik aus: 1970 wurden in Berlin täglich 19 neue Wohnungen übergeben, 1980 waren es 49. Heute aber beziehen an jedem Werktag 132 Familien eine neue Wohnung. Insgesamt haben die Berliner seit 1971 300 000 neue komfortable Wohnungen erhalten. So leben etwa eine Million Berliner in neuen Wohnungen. Eine enorme Zahl, wenn man berücksichtigt, daß die Bevölkerung Berlins insgesamt 1 240 000 ausmacht.

"Berlin ist heute eine Stadt, wo überall gebaut wird", sagt uns Dr. Liebold. "Sie werden das sicherlich bemerkt haben."

Nehmen wir einmal das Viertel, in dessen Mitte sich die Nikolaikirche erhebt. Einst war hier die Wiege der Stadt. Jetzt sind im Umkreis neue Wohnhäuser gebaut, doch das sind keine Betonkästen. Jedes Haus wurde im architektonischen Stil des 17. und 18. Jh. errichtet. Hinter den Gotik- und Barockfassaden finden sich über 700 moderne Wohnungen für 1500 Menschen. Im Erdgeschoß sind kleine Geschäfte, Läden, gemütliche Cafés und Imbißstuben eingezogen, wo man stets, so beliebt diese Plätze auch sind, einen freien Tisch findet...

Auch andere historische Stätten entstehen wieder: der Platz der Akademie, die Friedrichstraße, die seit Ende des 19. Jh. als kommerzielles und kulturelles Zentrum der Stadt galt. Auf einer Länge von zweieinhalb Kilometern werden über 3000 Wohnungen, Kinder-

garten und Schulen, 150 Geschäfte und Restaurants, ein Filmtheater, eine Bühne für das Variete "Wintergarten", Galerien und Diskotheken hochgezogen.

Bei der Bebauung der Stadt betonen die Stadtväter drei Hauptrichtungen: erstens den Bau neuer Trabantenstädte an der Peripherie. Am östlichen Stadtrand sind bereits drei neue Trabantenstädte entstanden. Doch der Bau von "Schlafstädten" — die Erschließung des neuen Geländes, die Verlegung von Kommunikationslinien und Verkehrsadern, die Schaffung der erforderlichen Infrastruktur für die Bewohner — all das kommt teuer. Neben dem ökonomischen gibt es auch einen moralisch-psychologischen Aspekt: Das Band der Zeiten, die historischen Traditionen und der Charakter der Stadt gehen verloren. Vorzuziehen ist da, wie man in der DDR meint, ein anderer Weg — neue Häuser im Stadtzentrum, an Stelle der vom Krieg zerstörten, zu erbauen.

Das Viertel um die Nikolaikirche und die Friedrichstraße sind Beispiele für die Bauleistungen im Zentrum. Die Fassade jedes neuen Hauses fügt sich organisch in den historisch gewachsenen Stil des Viertels.

"Warum hat man es so lange vorgezogen, an neuen Stätten, nicht aber im Stadtzentrum zu bauen?"

"Erstens, weil nur die Massenfertigstellung von Wohnungen Abhilfe für viele Menschen schaffen konnte. Und zweitens waren die Baukombinate lange Zeit auf die Großblockproduktion orientiert. Für den Bau von ein oder zwei Häusern im Zentrum aber braucht man aber eine flexible Technologie, originelle Lösungen. Heute sind dafür kleine Betriebe geschaffen, die solche Produktion in kleinen Partien liefern. Wenn das auch bisweilen

etwas teurer wird, so lohnt es sich doch insgesamt. Und das Stadtbild gewinnt davon nur."

"Was kostet die Stadt eigentlich eine neue Wohnung?"

"Das ist unterschiedlich. Doch durchschnittlich bei einer Gesamtfläche von 60–65 Quadratmetern — 110 000 Mark. Ich möchte daran erinnern, daß die Mieten bei uns auf einem stabil tiefen Stand gehalten werden — von 80 Pfennig bis 1,20 Mark pro Quadratmeter, je nach Komfort. Durchschnittlich zahlt eine Familie 5 Prozent ihres Monatseinkommens für die Miete. Das deckt nur ein Drittel der Betriebskosten.

Eine weitere Richtung des Wohnungsbauprogramms von Berlin ist die Rekonstruktion alter Häuser, darunter der "Mietskasernen" mit ihren Hinterhöfen. Ein Beispiel von vielen: die zwei Kilometer lange Wilhelm-Pieck-Straße. Die meisten Häuser hier wurden vor ca. 100 Jahren gebaut. Heute bleiben hier nur die Grundmauern erhalten. Hinter ihnen entstehen neue Wohnungen mit allen Annehmlichkeiten. Die Hinterhöfe werden erweitert, Grünanlagen und Kinderspielplätze angelegt.

Wie viele Berliner warten heute auf eine neue Wohnung? Dr. Liebold nannte die Zahl von 75 000.

Diese 75 000 sind keine Obdachlosen. Sie sind entweder mit der Qualität ihrer Wohnung nicht zufrieden oder aber sie stört das Fehlen des erforderlichen Komforts, die Notwendigkeit, in Untermiete zu leben. Irgendwelche strengen Wohnraumnormen gibt es in Berlin wie in der ganzen DDR nicht. So kann jeder Bürger über 18 Jahren, unabhängig davon, ob seine Eltern viel oder wenig Wohnraum haben, eine eigene Wohnung beanspruchen. Wenn sich aber bei einem jungen Paar ein Kind eingestellt hat, dann können sie innerhalb einiger Monate, wenn nicht Wochen, mit einer eigenen Wohnung rechnen — mit einem eigenen Zimmer für jedes Mitglied der Familie. Obigens entfallen schon heute auf jeden DDR-Bürger, ob jung oder alt, 26 Quadratmeter Wohnfläche (1970 waren es 20,3). Im Vergleich zu vielen Ländern ist das Wohnungsproblem in der DDR also schon seit langem gelöst.

„781 Jahre Dresden“

Diesen Aufkleber an der Windschutzscheibe eines Trabanten entdeckten wir in Dresden. Der Wink wurde verstanden: Alles dreht sich um Berlin, so ein Rummel um den 750. Geburtstag, unsere Stadt aber ist übrigens älter. Man kann zwar den verletzten Lokalstolz dieses Autofahrers verstehen — natürlich wird im Jubiläumsjahr besonders viel in Berlin getan. Auch in anderen Städten tut sich jedoch nicht wenig — darunter auch in Dresden. Oder nehmen wir das unweit gelegene Meißen. Heute ist es nicht nur durch sein Porzellan weltberühmt, sondern es hat sich auch

einen Namen durch die Rekonstruktion alter und den Bau neuer Häuser gemacht.

Die malerische, steil zur Elbe abfallende kleine Stadt am Abhang eines Hügels mit ihrem alten Schloß ist so erhalten geblieben, wie sie sich den Betrachtern vor Jahrhunderten darbot. Der Krieg hatte sie verschont. Doch die Zeit nimmt das Ihre. Und so wurde beschlossen, mit der Wiederherstellung des historischen Gesichtes von Meißen zu beginnen.

Betriebsdirektor Gottfried Herrlich vom VEB Kreisbau Meißen ist ein geborener Meißner, begeistert für sein Fach. Er führte uns auf den Marktplatz, zum Rathaus, zeigte die Häuser, deren Basreliefs, Giebel und ganze Fassaden sorgsam restauriert wurden. In Meißen ist fast jedes Haus ein Architekturdenkmal, ein Kunstwerk. Alles, was bewahrt werden kann, zu bewahren ist die Aufgabe von Herrn Herrlich und seinem 650köpfigen Team. Sie haben vor nur drei Jahren damit begonnen, doch die Ergebnisse sind schon zu sehen. Die Arbeitsmethoden sind ähnlich wie die in Berlin. Auf die noch festen Mauern alter Häuser werden komfortable Wohnungen gebaut, absolut nicht mehr zum Wohnen geeignete Häuser werden abgerissen, doch das neue Haus entsteht an der gleichen Stelle nach erhalten gebliebenen Archivunterlagen.

"Während der Rekonstruktion müssen die Einwohner das Haus verlassen. Wann können sie wieder zurückkehren?"

"Die Rekonstruktion dauert je nach dem ein halbes Jahr bis zu anderthalb Jahren. Eine Modernisierung, d. h. der Einbau von WC und Dusche oder Bad ohne vorübergehenden Auszug der Mieter, dauert 14–28 Tage."

Herr Herrlich ist da optimistisch. Er meint, daß bereits zum 40. Jahrestag der DDR, d. h. bis 1989, das Wohnungsproblem in Meißen vollständig gelöst sein kann.

Doch auch diese Stadt ist keine Ausnahme. Alles spricht dafür, daß die vom VIII. Parteitag der SED gestellte Aufgabe — im Zeitraum 1971–1990 in der Republik 3,5 Millionen Wohnungen für 10,5 Millionen Bürger zu bauen — erfolgreich gelöst werden wird.

Die strenge Kontrolle über die Verteilung der Wohnungen obliegt den örtlichen Organen. Die Öffentlichkeit erfährt, wer eine neue Wohnung erhalten soll. Zwei Drittel der Wohnungen gingen in den letzten 15 Jahren an Arbeiterfamilien, jede vierte Wohnung erhielt eine junge Familie, in jede zehnte Wohnung konnten kinderreiche Familien mit drei und mehr Spröblingen einziehen.

Bereits heute kann man wohl sagen, daß die DDR zum Jahre 1990 das erste Land der Welt sein wird, das auf sozial gerechter Grundlage das Wohnungsproblem gelöst hat. Es wird genug Wohnungen geben, und, was nicht weniger wichtig ist, sie werden für alle erschwinglich sein.

L. JELISSEJEW, N. SHOLKWER
NZ-Korrespondenten
Berlin–Dresden–Meißen–Moskau

Das neue Gesicht des alten Berlin

Foto aus: NBI(DDR)



Was macht die WEU?

"Der alte Wagen, der lange ungenutzt in der Garage herumstand, fährt wieder" -, mit diesem Gleichnis will Alfred Cahen, Generalsekretär der Westeuropäischen Union (WEU), sagen, daß diese wieder flott ist. Warum haben die sieben WEU-Staaten Frankreich, Großbritannien, die BRD, Italien und die Benelux-Länder den Motor wieder angekurbelt? Wozu wird das alte Vehikel modernisiert, und wohin rollt es?

Die Euro-NATO

Die 1955 gebildete WEU saß 30 Jahre fest. Vor 30 Jahren zogen ihr die Spitzenpolitiker der Alten Welt die NATO-Limousine vor. Sie hielten sie für leistungsstärker und weniger aufwendig. Da nahmen aber die Amerikaner das Lenkrad des NATO-Wagens fest in die Hand, und die Westeuropäer mußten sich mit der Rolle fügsamer Insassen abfinden. Bei Haarnadelkurven Washingtons schwiegen sie und schlossen die Augen. Als sie aber allmählich zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit und zu politischem Ansehen gelangt waren, griffen auch sie nach dem Lenker. Washington ließ durchblicken, daß man sich nicht vom Steuer verdrängen lassen werde.

John Palmer, der Europaredakteur des britischen "Guardian", schrieb: "Amerikaner und (West-)Europäer haben nicht nur in Handel und Wirtschaft, sondern auch im Hinblick auf Außenpolitik und Sicherheit immer mehr Differenzen... Die Politik der USA und die Art, wie sie die Westliche Allianz lenken, versetzen die Westeuropäer in immer größere Besorgnis." Das zunehmende Mißtrauen dem NATO-Seniornpartner gegenüber ist ebenfalls ein Grund zur Wiederbelebung der WEU.

Der britische Außenminister Geoffrey Howe begründete seine Aufforderung zu einer umfangreicheren militärischen Zusammenarbeit im Rahmen der WEU damit, daß man sich für den Fall absichern müsse, daß die strategischen Interessen der USA und ihrer Bündnispartner auseinandergehen und daß sich z. B. die USA von der Alten Welt abwenden und sich mehr der Pazifikregion zuwenden sollten.

Anfangs löste die Absicht, die WEU wiederzubeleben, in den USA große Besorgnis aus. Man betrachtete sie als schnöden Undank und als die drohende Spaltung der NATO. Im April 1985 erklärte die US-Regierung den Spitzenpolitikern der sieben WEU-Staaten unumwunden, die Wiederbelebung der WEU sei überflüssig, man könne die Probleme der Europäer in der NATO erörtern. Die Entgegnung lautete, es gehe nicht darum, die NATO zu ersetzen, sondern um eine zusätzliche militärische

Beisteuer der sieben Staaten, um eine Art Eurofiliale der NATO.

Die Initiative der Alten Welt entsprach einer langjährigen Forderung der USA, den europäischen Flügel der NATO zu stärken. Washington hatte das schon mit verschiedenen Mitteln versucht, angefangen von der "sowjetischen Bedrohung" bis zur notorischen Erpressung. So regte US-Senator Samuel Nunn Anfang 1984 eine Debatte über eine teilweise Reduzierung des US-Militärpersonals in Europa an, falls die Bündnispartner nicht mehr als bisher zur NATO beisteuern sollten. Im Juni 1984 lehnte der Senat Nuns Antrag ab, warnte aber die Bündnispartner, er könne darauf zurückkommen, falls sie ihre Militärausgaben nicht wesentlich erhöhen.

Im Januar d. J. hatte Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Sicherheitsberater des Präsidenten, vorgeschlagen, 100 000 Mann aus Europa abzuziehen und aus ihnen eine Landungsdivision für Einsätze im Persischen Golf oder in Mittelamerika aufzustellen. Solche Projekte wurden immer mit der Begründung abgelehnt, daß sie den Interessen der USA zuwiderliefen. Den jüngsten derartigen Entscheid fällte das US-Repräsentantenhaus am 8. Mai. Diese Pläne und Debatten haben aber die Politiker Westeuropas mit Sicherheit unter Druck gesetzt. Jedenfalls nennen sie die Eventualität einer reduzierten US-Präsenz in Europa einen Hauptgrund für die Wiederbelebung der WEU.

Mit dem Rücken zum atomwaffenfreien Europa: Kohl, Weinberger, Wörner in GI-Begleitung auf einem Truppenübungsplatz in der BRD

Foto: "Stern" (BRD)

Noch aufregender für die Spitzen der Alten Welt ist die Aussicht einer Reduzierung der Nuklearwaffen in Europa. Manche Politiker sind sogar in Panik verfallen. Andre Giraud, der französische Verteidigungsminister, hat die Resultate von Reykjavik als nukleares München bezeichnet. Auch viele andere Gegner der nuklearen Abrüstung haben Alarm geschlagen. Der belgische Politiker De Decker, der in der Westeuropäischen Assemblée der liberalen Fraktion vorsteht, schrieb im "Soir": "Die Europäer müssen erwachen. In Reykjavik hat uns Herr Reagan damit, daß er Herrn Gorbatschow die Zurücknahme der Euroraketen vorschlug, im Stich gelassen. Bald wird Europa fast nackt dastehen. Es muß seine Verteidigung selbst in die Wege leiten." De Decker forderte die Führung der "Sieben" auf, zur Festlegung dringender Gegenmaßnahmen ein Gipfeltreffen anzuberaumen.

Um ihre in Panik geratenen Kollegen zu besänftigen, erinnerten nüchtern denkende westeuropäische Politiker sie daran, daß die Null-Lösung nicht aus Reykjavik stammt, daß sie vielmehr auf eine von sämtlichen Mitgliedstaaten gebilligte Initiative der NATO zurückzuführen ist. Die Vernichtung der amerikanischen und der sowjetischen Mittelstreckenraketen bedeute nicht, daß Europa nun nackt und bloß dastehen werde. Es bleibe auch so hochgerüstet. Diese Argumente zogen aber bei den "Wachsamen" nicht. Inzwischen stieg die WEU-Fahne am Mast immer höher.

Bei der Wiederherstellung der WEU haben neben der begründeten oder unbegründeten Angst nicht zuletzt auch wirtschaftliche Beweggründe mitgespielt. Die Rüstungsindustriellen Westeuropas hatten jahrelang geklagt, wegen der nationalen Schranken und der "kleinen Serien" könnten sie mit ihren US-Partnern nicht konkurrieren. Die Westeuropäer



kaufen zur Zeit in den USA achtmal soviel Waffen und Kriegstechnik, wie sie selbst verkaufen. Um von gleich zu gleich vorgehen zu können, muß man sich gemeinsam darum bemühen. Dank der Integration konnten die Westeuropäer den Amerikanern ihren eigenen — westeuropäischen — Rüstungsmarkt abgewinnen. Das könnte sie auch dafür entschädigen, daß der Waffenexport in Entwicklungsländer in den letzten Jahren wesentlich abnahm.

Spannungs-Charta

Die Väter der westeuropäischen Rüstungsintegration behaupten, sie solle die Sicherheit erhöhen. Manche sehen darin sogar eine Handhabe zur Beschleunigung der wirtschaftlichen und politischen Integration der EG-Länder. Aber das ist sozusagen Reklame. Was geschieht in Wirklichkeit?

Der Sicherheitsbegriff setzt sich aus zahlreichen Komponenten zusammen. Die WEU wird größtenteils auf militärischer Grundlage wiederhergestellt. Eigentlich handelt es sich um eine "europäische Verteidigungsgemeinschaft". Die Idee ist nicht neu. Am 27. Mai 1952, also vor 35 Jahren, wurde sogar ein Vertrag über die Gründung einer solchen Gemeinschaft unterzeichnet. Die französische Nationalversammlung lehnte jedoch seine Ratifizierung ab, und das Vorhaben wurde für "bessere Zeiten" zurückgestellt.

Vor einigen Jahren hielt man in Paris, Bonn und anderen Hauptstädten die "besseren Zeiten" für gekommen. In der Aktivierung der WEU sah man den ersten Schritt zur "Euroverteidigung". Man plant, nach den sieben WEU-Ländern auch

andere EG-Staaten in die militärische Zusammenarbeit einzubeziehen. Wie stellen sich die Baumeister einer modernen "Euroverteidigung" diese vor? Die Grundsätze für die "europäische Sicherheits-Charta", wie der französische Ministerpräsident Jacques Chirac sie genannt hat, stehen noch zur Debatte. Man erkennt aber schon eine Grundlinie.

Es wird vorgeschlagen, aus dem Militärpotential Frankreichs und Großbritanniens einen westeuropäischen Atomschirm zu bilden. Man will nicht nur das Vorgehen koordinieren und Aufgaben und Zielsetzungen aufteilen, sondern eventuell auch gemeinsam Kernwaffen entwickeln und bauen. Als der britische Verteidigungsminister G. Younger im März in Paris war, einigte man sich darauf, eine Expertengruppe zu bilden. Der Verteidigungsausschuß im französischen Parlament schlug vor, mit Großbritannien über die Entwicklung einer weitreichenden Flügelrakete zu debattieren.

Der westeuropäische Nuklearschirm kann beachtlichen Umfang annehmen. "Newsweek" zufolge werden London und Paris bis 1991 1000 nukleare Sprengköpfe haben, die die UdSSR treffen können. Das würde eine fast fünffache Vergrößerung ihres Potentials bedeuten.

Nach Ansicht gewisser Strategen wird auch die Bundesrepublik Deutschland mit der Zeit an europäische Atomwaffen herankommen.

Man schlägt vor, den Nuklearschirm durch konventionelle Waffen zu ergänzen. Zu deren Verstärkung müsse auf allen Ebenen, angefangen von den Entwicklungen bis zur Erzeugung von Waffen und Kriegstechnik, eine Kooperation beitragen. Mit einer solchen hat man schon Erfahrung.

Länder Westeuropas verhandeln zur Zeit über ungefähr 30 gemeinsame Militärprojekte, darunter über ein Programm für eine dritte Generation von Panzerabwehrwaffen — Kurzbezeichnung Trigat —, über neue Boden-Luft- und Luft-Boden-Raketen sowie über Kampfhubschrauber. Die Bildung einer Euro-SDI — eines bodengestützten Raketenabwehrkomplexes — wird erwogen.

Kurz, die noch ungeborene "europäische Sicherheits-Charta" ähnelt schon jetzt einer Charta für die Aufhebung von Spannungen.

Gegen den Strom

Die meisten Spitzenpolitiker Westeuropas, die ihre Bemühungen im militärischen Bereich intensivieren, legen im Friedensbereich eine enorme Unentschlossenheit an den Tag. Der niederländische Außenminister van den Broek sagte über das Verhalten dieser Spitzenpolitiker zu den neuen Vorschlägen der UdSSR, außer der Vernichtung der Mittelstreckenraketen Europa auch von operativ-taktischen Raketen zu befreien: "Wir sind uns noch immer vollkommen unschlüssig." Beim Luxemburger Treffen der WEU-Außen- und Verteidigungsminister versuchten sie einen gemeinsamen Standpunkt zu finden, vergebens.

Den Reportern, die über das Treffen in Luxemburg schreiben sollten, wurde erklärt, die Teilnehmer hätten sich noch nicht auf einen Standpunkt festgelegt, weil sie keine Gelegenheit gehabt hätten, das sowjetische Projekt im Detail zu erwägen. Das hat aber kaum jemand für bare Münze genommen. Die Reporter haben konstatiert, daß sich die westeuropäischen "Sieben" nicht einig geworden sind.

Bonn: „Ja, aber...“

Am 4. Juni sprach sich der Bundestag nach langem Tauschen für die "Null-Lösung" bei den amerikanischen und den sowjetischen Mittelstreckenraketen größerer Reichweite (LRINF) sowie bei den Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (SRINF) in Europa aus.

Die Rechten, die so der "doppelten Null-Lösung" zustimmten, haben damit aber keineswegs ihre Einwände zurückgenommen. Strauß erklärte, mit der Beseitigung der Raketen werde ein Schritt hin auf eine Loslösung der USA von Europa getan. Und auch Kanzler Kohl ließ sich in der Regierungserklärung lang und breit über die Gefahren aus, die die Raketenabrüstung für die BRD mit sich bringe. Deshalb könne die "doppelte Null-Lösung" nur dann akzeptiert werden, wenn die 72 Pershing-1A-Raketen (Reichweite bis zu 740 km) ausgeklammert werden.

Das Streben, um jeden Preis diese Systeme beizubehalten, wird von Politikern der CDU/CSU damit "begründet", sie gehörten zum "Drittstaatenpotential" und dürften deshalb nicht Gegenstand der

amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen sein. Doch in Genf werden unter "Drittländern" die europäischen Nuklearmächte Großbritannien und Frankreich verstanden. Die BRD gehört nicht dazu. Die Nuklearsprengköpfe zu den Pershing-1A gehören den Amerikanern. Ob da nicht gewisse Leute in der BRD dadurch, daß sie sich die Trägerraketen erhalten, durch die Hintertür in den Klub der Nuklearmächte eindringen wollen?

Die Pershing-1A werden bald ausgedient haben. Im BRD-Verteidigungsministerium liegen bereits Pläne parat, sie durch die verbesserten Pershing-1B-Raketen zu ersetzen.

In der Regierungskoalition ist man sich in dieser Frage nicht einig. Politiker der CDU/CSU behaupten, die Bundeswehr dürfe nicht auf die Pershing-1A verzichten. Die Freien Demokraten hingegen unterstreichen, daß die Beibehaltung dieser Systeme keine Vorbedingung für die Zustimmung Bonns zur "doppelten Null-Lösung" ist.

Die Regierungserklärung gab Kohl die

Möglichkeit, auf die Friedensinitiativen der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zu antworten. Offenbar ist die BRD-Regierung jedoch zu einer solchen Antwort noch nicht bereit. Kohl berührte nur einige der in Berlin unterbreiteten Vorschläge. Er äußerte sich lobend über das Streben der sozialistischen Länder "nach einem umfassenden System des internationalen Friedens und der Sicherheit, das sowohl den militärischen und politischen als auch den ökonomischen und humanitären Bereich umfassen sollte". Auf Moskaus neues Denken versprach Kohl mit Schritten, die zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit führen, zu reagieren. Doch er behauptet nach wie vor, zur Konzeption der "nuklearen Abschreckung" gebe es "auf absehbare Zeit keine Alternative". Und deshalb, sagte er, "können Bestrebungen, die die völlige Abschaffung von Nuklearwaffen in Europa zum Gegenstand haben, von uns nicht geteilt werden". Wie wir sehen, ist es noch zu früh, von einer neuen sicherheitspolitischen Haltung Bonns zu sprechen.

Der Kanzler äußerte die Erwartung, ein Abkommen über die LRINF werde eine Abrüstung einleiten, die alle Waffenarten

Selbst Vertreter ein und desselben Landes seien uneins gewesen. So haben Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner und sein französischer Kollege, Andre Giraud, zur Vernichtung der operativ-taktischen Raketen entschieden nein gesagt. Dagegen ließ Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher durchblicken, daß er im Prinzip für die "doppelte Null-Lösung" sei. Danach sprach sich London im Prinzip für die doppelte Null-Lösung aus.

Der belgische "Libre Belgique" schrieb über die Meinungsunterschiede: "Während in Luxemburg die einen von einem Rüstungsabbau sprachen, wollten die anderen der Abrüstung Schranken setzen." Diese Einstellung hat auch im Schlußkommunique ihren Niederschlag gefunden.

In puncto operativ-taktische Raketen haben sich zahlreiche Beobachter mit Recht gewundert. Viele Politiker Westeuropas waren ziemlich lange auf dieser Frage herumgeritten und hatten sie als das größte Hindernis für eine Einigung über die Mittelstreckenraketen bezeichnet. Als die UdSSR eine Null-Lösung aber auch für diese Waffenklasse vorschlug, verstummten die Kritiker plötzlich, und einige machten sogar einen Rückzieher.

Die Politiker und Strategen der Alten Welt können nicht unbeachtet lassen, daß eine überwiegende Mehrheit der Westeuropäer für die Erlösung von den Kernwaffen ist. Es ist schwer, gegen so einen mächtigen Strom zu schwimmen. Deshalb suchen gewisse Leute nach Ausweichmöglichkeiten.

Amerikanische und westeuropäische Strategen haben auch den Gedanken nicht aufgegeben, Pershing-2-Mittelstreckenraketen in Pershing-1B umzubauen. Dabei könne die eurostrategische Infrastruktur

aufrechterhalten bleiben. Es wäre nicht schwierig, die entfernte Stufe wieder einzubauen. Jetzt wird in der Alten Welt die neue Idee erörtert, die 72 Pershing-1A aus dem vorgeschlagenen Abkommen über operativ-taktische Raketen herauszuhalten. Wie? Der "Nouvelles atlantiques" schreibt, ihre Vernichtung sei für den Westen inakzeptabel. Sie seien Eigentum der BRD, die USA und die UdSSR könnten aber "Nuklearsysteme von Drittländern" nicht in ihre Vereinbarungen einbeziehen. Soviel man weiß, ist die BRD aber noch keine Nuklearmacht. Auch die USA scheinen auf die Sprengköpfe auf diesen Raketen nicht verzichten zu wollen.

Solche und ähnliche "Kompensationsvarianten" standen in den jüngst in Norwegen und Belgien abgehaltenen Sitzungen der Außenminister der NATO zur Debatte. Das unverkennbare Widerstreben, mit der Vernichtung der Kernwaffen zu beginnen, erregt bei der Öffentlichkeit Westeuropas zunehmende Besorgnis. In diesem Sinne hat eine der größten dortigen Massenorganisationen — der Europäische Gewerkschaftsbund (44 Millionen Mitglieder) — an "ihre" Regierungen appelliert, einen konstruktiven Standpunkt zu beziehen. Westeuropa dürfe einer sowjetisch-amerikanischen Einigung nicht länger im Wege stehen. Eine endgültige Entscheidung über die Liquidierung von Mittelstrecken- und operativ-taktischen Raketen in Europa soll auf der NATO-Ratstagung, die am 11. Juni in Reykjavik eröffnet wurde, fallen. Von den Westeuropäern hängt jetzt viel ab.

W. BOIKOW

Brüssel

erfassen werde. Für erforderlich und möglich hält er: erstens eine 50prozentige Reduzierung der strategischen Offensivpotentiale beider Seiten, zweitens den schnellstmöglichen Abschluß einer Konvention über ein weltweites Verbot chemischer Waffen und drittens die "Schaffung eines stabilen Kräfteverhältnisses konventioneller Streitkräfte auf niedrigerem Niveau in ganz Europa". Die von Kohl genannten Schritte würden zweifelsohne einen enormen Fortschritt bedeuten. Die Frage ist nur, wie sie zu verwirklichen sind. Und da wird erneut die Inkonsistenz der Bonner Haltung deutlich. Der Bundesregierung ist wohl bekannt, daß die Frage einer Reduzierung der strategischen Offensivwaffen von einem anderen Problem nicht zu trennen ist: von der Verhinderung eines Übergreifens des Wettüstens auf den Weltraum. Kohl aber schlägt vor, "für das Verhältnis von Offensiv- und Defensivwaffen eine kooperative Lösung" bei den Verhandlungen in Genf sowie der Frage der Anwendung des ABM-Vertrages zu finden. Zugleich müßte, wie er sagte, eine "drastische Reduzierung der Offensivwaffen zwangsläufig Einfluß auf Notwendigkeit und Umfang von Defensivsystemen haben". Solche absichtlich verschwommene

Formulierungen lassen sich nach Belieben interpretieren.

Die Bundesregierung, die ihr Interesse an einem weltweiten Verbot der C-Waffen unterstrich, weigert sich zugleich, den ersten Schritt zu tun — der Schaffung einer C-Waffen-freien Zone in Mitteleuropa, wie sie von der DDR und der CSSR vorgeschlagen wird, zuzustimmen. Nur schwer lassen sich Anzeichen von Realismus in Bonns Haltung gegenüber den konventionellen Waffen entdecken. Kohl begrüßte die im Kommuniqué der Warschauer Vertragsstaaten bekundete "Bereitschaft, die entstandene Ungleichheit bei einigen Elementen im Verlauf der Reduzierungen... zu beseitigen". Doch er zitierte absichtlich nicht weiter, wobei er den Teil fortließ, wo davon die Rede ist, daß die Beseitigung des Ungleichgewichts durch entsprechende Reduzierungen "jener, die vorn liegen", zu erfolgen hat, mit anderen Worten, daß beide Seiten Zugeständnisse zu machen haben.

Ist es da ein Wunder, daß viele Bundesbürger an der Aufrichtigkeit der Erklärungen der Regierung zweifeln?

A. TOLPEGIN

NZ-Korrespondent

Bonn

Erbitterte Kämpfe seit einer Woche an der Grünen Linie, die Beirut in einen westlichen, von den national-patriotischen Kräften und einen östlichen, von den christlichen Rechtsmilizen kontrollierten Sektor teilt. Alle Wege, die Westbeirut mit dem übrigen Land verbinden, abgeschnitten. Alle — bis auf die "Karame-Straße". Patrioten haben sie in kurzer Zeit in den Bergen gebaut, und zwar so, daß Felsen und Steilhänge sie vor den Geschützen der Rechtsmilizen schützen. "Karame" bedeutet auf Arabisch soviel wie "Würde", und die Erbauer gaben der Straße diesen Namen, um zu betonen: Weder Israel noch seine Agenten und Verbündeten werden sie um ihre nationale Würde bringen.

Jedes Mal, wenn ich über diese in den Fels gehauene Straße fuhr, stellte sich die Assoziation zum Familiennamen des hervorragenden libanesischen Politikers ein. Seit 1955 bis in unsere Tage hinein war er zehnmal Premierminister der Republik Libanon inne. Die Straße heißt nicht nach ihm, der gleiche Klang ist Zufall, doch auch gewissermaßen symbolisch: Gerade an den Familiennamen Karame wurden in den letzten 30 Jahren so oft die nationale Würde Libanons geknüpft.

Ich erinnere mich an den 6. Februar 1984. Damals erhoben sich die Einwohner Westbeiruts und vertrieben mit der Waffe in der Hand die christlichen Milizen aus ihrem Sektor, als diese sich dort, von israelischen Okkupanten und von Geschützen der im Golf von Beirut kreuzenden 6. US-Flotte geschützt, einnisten wollten. Es war klar: Die damalige libanesische Regierung, die mit den Okkupanten den "Vertrag vom 17. Mai 1983" geschlossen und dem Einzug der "multinationalen Kräfte" der USA und ihrer NATO-Verbündeten in Libanon zugestimmt hatte, würde in den nächsten Wochen, ja Tagen fallen.

Von den Gefechten des Vortages noch aufgewühlt, sagten die bewaffneten Einwohner von Beirut, als sie die Barrikaden wegräumten und ihre Toten begruben:

"Nur Rachid Karame kann unser Land retten. Wenn er die Regierung übernimmt, könnte sich alles verändern!"

Präsident Gemayel beauftragte den im nordlibanesischen Tripoli lebenden Rachid Karame mit der Bildung einer Regierung, der dieser populäre Politiker auch vorstehen sollte. Das frühere Kabinett war zurückgetreten.

Man kann sagen, daß Rachid Abdul Hamid Karame den Posten des Premierministers zum letzten, zehnten Male von der Mehrheit des Volkes erhielt. Die Libanesen kannten ihn gut, von seinem Come back erhofften sie sich die Einstellung des fast zehnjährigen fürchterlichen Bürgerkriegs, der israe-

"NEUE ZEIT" 24.87

Karame heißt Würde

lischen Aggressionen und der imperialistischen Einmischung.

Rachid Karame, 1921 in Tripoli als Sohn eines Sunniten, eines in der Öffentlichkeit bekannten Geistlichen, geboren, war mit 30 Jahren Parlamentsabgeordneter und mit 34 Premierminister.

1957 gehörte er zu den aktivsten Gegnern der "Eisenhower-Doktrin" und der Einbeziehung Libanons in den proimperialistischen Bagdadpakt. Ebenso entschieden trat er im Sommer 1958 gegen eine Landung von US-Truppen in Libanon auf. Der damalige Präsident Camille Chamoun hoffte, mit ihrer Hilfe die antiimperialistischen Proteste der Patrioten zu unterdrücken. Nach der Vertreibung der Amerikaner wurde Rachid Karame, noch populärer geworden, wieder Premierminister.

Es steht außer Zweifel, daß Washington ihn damals als Feind der "vitalen US-Interessen" im Nahen Osten auf die Liste setzte. Auch Israel sah einen Feind in ihm, denn im Kampf für die nationalen Interessen Libanons unterstützte er konsequent die nationalen Rechte auch des palästinensischen Volkes und setzte sich für Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Libanesen und Palästinensern, für ihre gegenseitige Hilfe und Unterstützung ein. Diesen Kurs steuerte er auch 1982 weiter, als Israel mit unverkennbarer Billigung der USA in Libanon einfiel und die blutige Belagerung Westbeiruts sowie das Gemetzel in den palästinensischen Lagern Sabra und Shatila veranstaltete. Damals enthüllte Rachid Karame die amerikanisch-israelische Abmachung und erlegte Washington die Verantwortung für die Verbrechen der zionistischen Eindringlinge auf libanesischem Boden auf.

1958 wurde Karame nach der Niederlage der US-Intervention Premierminister. 1984 gab er seine Zustimmung zu diesem Posten erst, nachdem die zurücktretende Regierung den "Vertrag vom 17. Mai 1983" gekündigt hatte und die "multinationalen Kräfte" aus dem Land gewiesen worden waren.

Karame Gegner im In- und Ausland störten ihn damals auf jede Weise bei der Bildung der Regierung. Als die Regierung doch unter Dach und Fach war, unterließen sie nichts, um ihre Tätigkeit zu sabotieren. Nur dank Karames Staatsklugheit, seinen großen Erfahrungen, seiner Geduld und Beharrlichkeit konnte Libanon drei Jahre lang keine Regierungskrisen. Das war für die Wie-

derherstellung einer Atmosphäre des nationalen Einvernehmens und die Vorbereitung entsprechender Reformen überaus günstig. Bekannt ist auch, wie sehr sich Karame darum bemühte, den brudermörderischen "Krieg der Lager" einzustellen: zwischen den Sturmabteilungen der schiitischen "Amal" und den Palästinensern. Er unterstützte die südlibanesischen Patrioten, die für die Vertreibung der israelischen Okkupanten kämpften. All das gehört als organischer Bestandteil zum politischen Porträt des Verstorbenen.

Dieses Wort, dieses Drama will mir, der ich ihn während der stürmischen Ereignisse in Libanon häufig getroffen habe, nicht in den Sinn. Die Mitteilung hat mich zutiefst betrübt: "1. Juni. Radio Beirut meldet den Tod von Premierminister Karame infolge einer Explosion im Hubschrauber, mit dem er von Tripoli nach Beirut geflogen war." Sofort mußte ich daran denken, wie leicht so etwas



Rachid Abdul Hamid Karame

eingefädelt werden konnte. Jedes Wochenende verbrachte er in seinem Vaterhaus in Tripoli. Er flog von Beirut aus mit einem Hubschrauber dorthin und kehrte an bestimmten Tagen, immer zu derselben Zeit zurück. Er überflog Bezirke, die von den christlichen Milizen kontrolliert werden, sie aber sind mit der Vorbereitung seiner radikalen politischen Reformen und mit der Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zum benachbarten Syrien unzufrieden. Sein Hubschrauber war leicht abzuschießen.

Daheim, in Tripoli, wo er zahlreiche Besucher, darunter sowjetische Journalisten, empfing, gab es so gut wie keine Wachen. Zwar gehören politische Morde in Libanon leider schon längst zum

Alltag, doch schien es aus irgendeinem Grunde (oder ich hatte wenigstens das Gefühl), daß es einen Anschlag auf Karame nicht geben könne. Und da...

Die Feinde des libanesischen Volkes wagten nicht, offen vorzugehen. Ihr Agent bzw. ihre Agenten konnten eine Sprengladung unter den Sitz des Premierministers im Hubschrauber legen. Das Attentat war ein Präzisionswerk, nur der, der sich im verminten Sessel niederließ, sollte getötet werden. Der Verteidigungsminister und die Offiziere der Begleitung wurden dabei nur verwundet, auf jeden Fall konnte der Hubschrauber landen. Sofort setzte die Untersuchung ein, mit der die Armee betraut worden ist.

In den acht Jahren, die ich als Korrespondent in Libanon verbracht habe, erlebte dieses Land mehrere politische Morde. Kein einziger wurde endgültig untersucht und vollständig geklärt. Viel zu starke Kräfte und einflußreiche Figuren waren jedesmal an der Wahrung des Geheimnisses interessiert. Gewiß ließen sich manchmal die Erfüllungsgehilfen fassen. Wird es aber diesmal gelingen, ihre Hintermänner zu entdecken?

Heute antworten die demokratische Öffentlichkeit Libanons, führende Politiker und die Presse anderer arabischer Länder auf die Frage "Wer ermordete Rachid Karame?" eindeutig: Tel Avivs Agenten. Israel, an einem "politischen Vakuum", an einer Zuspitzung der Lage in Libanon interessiert, will die komplizierte Situation zum Vorwand nehmen, um eine erneute Invasion in Südlibanon einzuleiten und die patriotischen Kräfte und die Palästinenser zu schlagen. In den letzten Tagen konzentrieren sich israelische Truppen an der Grenze zu Libanon.

Die bürgerliche westliche Presse unkt, nach dem Mord an Rachid Karame seien neue tragische Ereignisse in Libanon nicht abzuwenden. Auch an Hetze mangelt es nicht. So wird daran erinnert, daß der verstorbene Premierminister am 4. Mai seinen Rücktritt einreichte, Präsident Gemayel ihn jedoch offiziell nicht annahm, obwohl die Rechtsextremisten ihn unter Druck setzten. Es wird darauf angespielt, daß diese Kreise das Problem auf eine solche Weise gelöst haben könnten.

Besagte Kreise wie auch Tel Aviv und Washington hatten ihre Gründe, mit dem Patrioten unzufrieden zu sein. Man könnte sagen, daß ihre Gründe die gleichen waren. Die klassische Frage "Wem nützt es?" wird bestimmt helfen, auch die Frage nach dem Mörder Rachid Karames zu beantworten. Sollte die Untersuchung je etwas zutage fördern, so werden es nur konkretisierende Details sein.

J. KORSCHUNOW

DISKUSSION
MIT DEM LESER

Es diskutiert
unser politischer
Kommentator
Lew BESYMENSKI

Wie konnte es passieren, daß ein Flugzeug aus der BRD am helllichten Tage mitten im Moskauer Stadtzentrum landen konnte! Bei uns ist dies das Gespräch des Tages, wobei die verschiedensten Vermutungen geäußert werden. Und was denkt man in Moskau dazu!

Karol LESNICZEK
Warschau

werden wollte? Ich möchte da sagen: Wir wissen noch nicht, was alles hinter dem Flug von Mathias Rust steckt. Vielleicht bin ich zu sehr der Vergangenheit verhaftet und kann mich nicht von ihren drohenden Lehren freimachen. Mag sein. Doch ich frage mich, ob der 28. Mai nicht der Tag des Ausbruchs des dritten Weltkriegs hätte sein können?

Das ist er nicht geworden. Doch ich bin davon überzeugt, daß jeder der unzähligen westlichen Autoren, die so gern einen künftigen Krieg ausmalen, eine durchaus logische Kette von angenommenen Ereignissen hätte aufbauen können, bei denen ein solch dummer Zwischenfall, eine solche Verletzung des Luftraums einen Krieg ausgelöst hätte.

Eben deshalb stellt dieser "Abenteuerflug" alle — in Ost und West vor folgende Frage: Wie weit sind wir alle vor solchen Zufällen sicher, vor einem

Luftverteidigung im Raum Kohtla-Järve. Bekannt sind die verschiedenen Maßnahmen, mit denen für Ordnung gesorgt wurde — das ist natürlich unsere eigene Angelegenheit. Doch auch etwas anderes wurde deutlich: Wie wichtig ist doch die Weltlage insgesamt, wie wichtig sind die Stimmungen der Menschen, auch die der Angehörigen der Streitkräfte, und das geistige Klima der Gesellschaft! Bei solchen Zwischenfällen muß in Sekundenschnelle reagiert werden. Es sind aber Menschen, die reagieren. Hier haben wir ihn wieder, den menschlichen Faktor, diesmal unter einem anderen Aspekt...

Ein Vorfall unterscheidet sich von dem anderen. Mathias Rust kam zufällig mit seiner Maschine durch, doch sein Flug selbst war wohl kein Zufall. Er hatte sich zuvor Flugkarten und Reservekanister besorgt. Konnten er und diejenigen, bei

DAS UNWAHRSCHEINLICHE DING MIT DEM FLUGZEUG

Wie Sie wohl wissen, lieber Genosse Lesniczek, ist eine beliebte populärwissenschaftliche Sendung des sowjetischen Fernsehens dem Phänomen des absolut Unwahrscheinlichen, des fast Unglaublichen gewidmet. Sie wird hervorragend von dem bekannten sowjetischen Wissenschaftler Sergej Kapiza moderiert. Und so hätte man im Grunde den Vorfall, der sich am 28. Mai im Zentrum Moskaus abspielte, in diese Sendereihe aufnehmen können. Doch, Spaß beiseite, wenn man mich gefragt hätte, ob so etwas möglich sei, dann hätte ich, dann hätten auch andere, darunter Militärexperten, das kategorisch verneint.

Mir selbst fielen da sofort historische Parallelen und Präzedenzfälle ein. Eine Grenzverletzung, darunter auch des Luftraums, kann grundsätzlich als "casus belli" betrachtet werden. Zudem wurden Grenzprovokationen wiederholt benutzt, um Kriege zu entfesseln: Erinnern wir uns nur an den von den Nazis inszenierten Überfall auf den Reichssender Gleiwitz im August 1939. Oder an die Schein-Bombardierung von Freiburg im Breisgau im Mai 1940. Hitler, der die alliierte Luftwaffe bezichtigte, wollte freie Hand für den Bombenterror gegen englische und französische Städte bekommen.

Sie könnten da einwenden: Soll man wirklich solche Parallelen bemühen, wenn es sich möglicherweise nur um das tollkühne Abenteuer eines jungen Mannes handelt, der mal eben weltberühmt

unheilvollen, natürlich andersgearteten Zusammentreffen von Umständen als am 28. Mai? Leider gibt es da wenig Garantien. Genauer gesagt, nicht genug, gibt es ja außer Garantien auch genug entgegenwirkende Faktoren. Der erste Faktor ist die forcierte Hochrüstung, die Tatsache, daß die Waffensysteme immer komplizierter werden und folglich die mathematische Wahrscheinlichkeit von Computerfehlern oder Irrtümern des Bedienungspersonals zunimmt. Also müssen wir hier ein weiteres Mal über die eindringliche Notwendigkeit einer entschiedenen Wende in der Weltentwicklung, einer Wende hin zur vollständigen Abrüstung bei allen Waffenarten nachdenken.

Das zum ersten. Und zweitens: Die Reaktion hätte adäquat sein können. Am 28. Mai endete alles friedlich. Doch ich bin alles andere als überzeugt, daß man ebenso z. B. in Washington auf das Erscheinen eines Flugzeuges mit dem Roten Stern als Erkennungszeichen auf dem Rasen vor dem Weißen Haus oder aber in Bonn auf die Landung einer solchen Maschine im Park des Palais Schaumburg reagieren würde. Hätte da nicht vielleicht doch einer der Soldaten oder Offiziere, erzogen im Geist der panischen Angst vor der "roten Gefahr", auf den verhängnisvollen Knopf gedrückt?

Natürlich übt die sowjetische Öffentlichkeit berechnete Kritik an der

denen er Rat holte oder die ihn instruierten (ich lege die Hand ins Feuer, daß dies geschah!), sich denn nicht denken, was er (und folglich sie) riskieren? Was er aufs Spiel setzt, indem er sich als Flieger eines Landes, — das übrigens als Startrampe für amerikanische Pershings und Cruise Missiles dient —, als ungebetener Gast in unser Land aufmachte? Wir sind natürlich gastfreundlich, doch was zu viel ist...

Die eine Vermutung aber sollte sicherlich verworfen werden: die, all das sei nur ein Dummerjungenstreich gewesen.

Mathias Rust mußte wissen, was er tat. Oberdies: Wie die bundesdeutsche Presse mitteilte, erklärte Rust gegenüber dem Vertreter der BRD-Botschaft in Moskau, er habe "aus politischen Motiven" gehandelt. Aus welchen Motiven genau, erklärte er nicht — doch auch dieses Eingeständnis reicht. Politische Motive waren es, und auch die Folgen sind politisch: die Verletzung des Völkerrechts, von Gesetzen der UdSSR (sowie Finnlands, von wo aus er startete) und — nicht zuletzt — der erwünschte (vielleicht auch geplante?) Vorwand für antisowjetische Ausfälle gewisser westlicher Medien, die offenbar nur auf einen solchen Anlaß gewartet hatten.

Insbesondere mußten Rust und seine Instruktoren wissen, daß der UdSSR-Besuch von Bundespräsident Richard von

Ist das Publizität?

Interview mit Charles Wick

Charles Wick, Direktor der Informationsagentur der Vereinigten Staaten (USIA), war nach Moskau zur Eröffnung der Ausstellung "Information USA" gekommen. Der USIA-Direktor führte sich gegenüber Journalisten sehr merkwürdig auf. Ein Interview für den "Iswestija"-Korrespondenten endete damit, daß Wick die Tür zuknallte, wobei er drohte, er werde sich, wo erforderlich (!!), beschweren. An eine solche Behandlung sind die Moskauer Journalisten im Grunde nicht gewöhnt. Etwas Ähnliches widerfuhr auch dem Korrespondenten der Zeitung "Sowjetskaja Kultura", verstimmt endete ein Gespräch in Presseagentur Nowostj... Bleibt nur zu rätseln: Was soll das! Neue Tendenzen in der amerikanischen Informationspolitik! Oder eine Lehre in Publizität a la Wick! Unsere Korrespondenten hatten da größeres Glück. Der USIA-Direktor war friedlich gestimmt, was natürlich vorzuziehen ist.

"Im Westen ist viel von den Reformen in der Sowjetunion die Rede. Die einen behaupten, das sei eine Bedrohung für die westliche Welt, andere begrüßen sie, wieder andere bezweifeln, ob sich da wirklich Wesentliches ändert. Sie sind schon zum zweiten Mal in den letzten anderthalb Jahren in der UdSSR..."

"... Und ich sehe große Veränderungen. Das Wort 'Glasnost' in Verbindung mit Versprechen, einen Abbau der Spannungen im militärischen Bereich zu erzielen, besitzt Anziehungskraft. Der Umbau wird es erlauben, das zu verwirklichen, was in den kommenden 5-7 Jahren unbedingt erfolgen muß: eine Infrastruktur zu schaffen, die eine erfolgreiche Konkurrenz mit der übrigen Welt ermöglicht. Die Sowjetunion ist eine Großmacht, sie besitzt enorme Ressourcen, viele fähige Leute und enorme Möglichkeiten, um mit den führenden kapitalistischen Ländern in einen Wettbewerb zu treten. Noch größere Erfolge könnte man durch eine Senkung des Teils der Staatsausgaben erreichen, die in die Verteidigung gehen."

"Es besteht ein großes Ungleichgewicht bei dem, was die sowjetischen Menschen über die USA und die Amerikaner über die UdSSR wissen. Wie ließe sich das Ihrer Meinung nach beseitigen?"

"Ich meine, durch die Verstärkung eines ehrlichen Austausches von Filmen und Informationen, wobei nichts schöngefärbt, doch auch nicht versucht werden sollte, die einen oder anderen negativen Aspekte des Lebens unserer Länder herauszstreichen. Leider sind wir bislang nicht frei von einer gewissen tendenziösen Haltung."

"Sowjetischen Journalisten und ihren Kollegen aus sozialistischen Ländern wurde die ständige Akkreditierung beim State Department entzogen... Warum?"

"Unserer Meinung nach haben die Journalisten aus den Warschauer Paktländern in Washington größere Rechte als die amerikanischen Korrespondenten in den sozialistischen Staaten. So befinden sich in Moskau das Pressezentrum des UdSSR-Außenministeriums und das Ministerium selbst an verschiedenen Stellen. Anders gesagt, die bis vor kurzem geltende Praxis, Journalisten aus Ländern des Warschauer Pakts in den Sitz des State

Department zu lassen, geriet in Widerspruch zu den Prinzipien der Sicherheit und der Wahrung einer gewissen Geheimhaltung."

"Bekanntlich sendet die 'Voice of America' im Kurzwellenbereich. Die weitaus meisten Amerikaner aber hören Radio auf Mittelwelle. Wie stehen Sie zu der Möglichkeit, ein gewisses Gleichgewicht in diesem Bereich herzustellen? Zum Beispiel durch den Aufbau einer sowjetischen Rundfunkstation in unmittelbarer Nähe der USA, z. B. auf Kuba?"

"Ich habe den sowjetischen Vertretern erklärt, daß zwischen den USA und Kuba die Frage der Nutzung einiger Mittelwellenfrequenzen schon diverse Jahre nicht gelöst werden konnte. Einige juristische Probleme sind der Grund dafür. Ich hoffe, daß Ihre zuständigen Leute zum jetzigen Zeitpunkt dafür Verständnis aufbringen werden."

(Auf der Pressekonferenz in der USA-Botschaft in Moskau gab der USIA-Direktor eine andere Antwort. "Ich verwies darauf, daß wir ständige Rundfunksendungen im Mittelwellenbereich vom kubanischen Territorium aus gegen die USA nicht zulassen werden.")

"Erörtern Sie in Moskau Fragen einer intensiveren Zusammenarbeit bei den Massenmedien?"

"Ja. So sprachen wir einige Stunden mit dem Vorsitzenden des Staatskomitees der UdSSR für Fernsehen und Rundfunk, Alexander Axjonow, darüber. Wir tauschten viele Ideen aus und erzielten Vereinbarungen, die ich als ermutigend bezeichnen würde."

"Und welche konkret?"

"Wir sprachen über die Möglichkeit, Interviews sowie Diskussionen mit den führenden Repräsentanten unserer Länder über Satellit zu organisieren, über die Aussichten einer Zusammenarbeit bei TV-Dokumentarfilmprogrammen. Das wird, wie ich meine, die Möglichkeit eines besseren gegenseitigen Verständnisses zwischen unseren Völkern schaffen. Unsere Länder haben dafür alles Erforderliche. Nötig ist vor allem guter Wille. Und den haben wir hier im Übermaß gefunden."

J. ANDRIANOW
W. GALIN

Weitzacker vorbereitet wird, ein Besuch, den alle, die an einer Verbesserung der sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen interessiert sind, sehr wünschen. Und nun ist die Beschörung da: Schon sind in der BRD verantwortungslose Behauptungen laut geworden, die einen Schatten auf den Besuch werfen. Die Springer-Presse entfesselte eine Kampagne zur "Befreiung von Rust". Ihr schloß sich sogar der bayrische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß an, der sich laut "Bild" für die schnellstmögliche Freilassung von Rust einsetzte.

Natürlich kann Herr Strauß als kompetent gelten — er besitzt schließlich einen Pilotenschein und fliegt gut. Doch ich halte, daß es ihm nicht in den Sinn kommt, der Sowjetunion (wo er noch nie war, von den Kriegsjahren abgesehen) ohne Einleitung mit seinem Privatflugzeug einen Besuch abzustatten. Er könnte dann übrigens auch dem jungen "Abenteurer" und der ganzen bundesdeutschen Öffentlichkeit erklären, wie gefährlich und riskant das ganze Unterfangen war.

Es gibt auch andere Stimmen in der BRD: Sie sprechen davon, daß sich Rust natürlich schuldig gemacht hat, rufen uns zur "Humanität", zu einer "großzügigen Geste" usw. auf. Ich weiß nicht, wie es für diesen jungen Mann weitergehen wird — das Gesetz verlangt im Grunde eine Haftstrafe. Doch mich beunruhigt etwas anderes. Warum ist im Westen eine so dumme Mode eingerissen: Bei den schmutzigsten und uns gegenüber gemeinsten Handlungen ständig an unsere Großmut zu appellieren? Wäre es da nicht einfacher, alles zu tun, damit es keine Anlässe gibt, um "Großmut" zu bitten? Unwillkürlich denkt man an das Schicksal unseres Moratoriums: Die ganze Zeit wurde die UdSSR bekümmert, ihr Moratorium zu verlängern, doch aus irgendwelchen Gründen wurde nichts getan, die Ursache für dessen Beendigung zu beseitigen...

Und schließen möchte ich mit einem weiteren Gedanken. Wir sind daran gewöhnt, im "Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution" zu leben, gewöhnt, wahre Wundercomputer zu besitzen... Und da verletzt nicht irgendein Superflugzeug eine fremde Staatsgrenze und fliegt bis zur Hauptstadt, sondern eine Sportmaschine, gesteuert von einem Piloten mit drei Monaten Flugfahrung.

Ich sehe die Dinge natürlich von der Warte eines Vertreters der Kriegsgeneration aus. Auch mir wäre es lieber, alles dem Zufall, irgendeiner Spinnerei oder der Ruhmgier zuzuschreiben, ihnen und den anderen NZ-Lesern nicht mit düsteren Gedanken zuzusetzen. Doch ehrlich gesagt, übersteigt das meine Kraft.

Über vernünftige Obergrenzen und Überlegenheits-Bluff

Igor MALASCHENKO

Auf der Beratung in Berlin erklärten die Warschauer Vertragsstaaten erneut, daß ihre Militärdoktrin defensiv ist und von der Notwendigkeit ausgeht, das militärische Kräftegleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Stand aufrechtzuerhalten und die Rüstungspotentiale auf ein für die Verteidigung ausreichendes Niveau zu senken.

Nicht selten hört man die Meinung, die nukleare Abrüstung könne die Weltlage destabilisieren und das in Jahrzehnten zustande gekommene Gleichgewicht stören. Denkt man an die Spannungen und Verdächtigungen, die sich in diesen Jahrzehnten in den zwischenstaatlichen Beziehungen angestaut haben, so sind solche Befürchtungen begreiflich. Die UdSSR teilt diese Besorgnis ebenfalls: Ihr liegt am wenigsten daran, daß die Weltlage durch unausgewogenen Rüstungsabbau destabilisiert wird. Deshalb spricht Michail Gorbatschow nicht nur von Etappen auf dem Wege zu einer kernwaffenfreien Welt, sondern betont auch: In jeder Etappe muß das Gleichgewicht auf einem für die Verteidigung ausreichenden Stand gehalten werden. Wie ist zu bestimmen, welche Rüstungen ausreichend und welche überschüssig sind? Wie kann das Wettüben anhand dieses Prinzips zurückgedreht werden?

Strategische Erpressung

Experten suchen danach, bei welchen konkreten Ausmaßen und Strukturen der strategischen Kräfte die Stabilität nach radikalem Abbau der Kernwaffen möglich wäre. Eine Arbeitsgruppe des Komitees der sowjetischen Wissenschaftler zum Schutz des Friedens, gegen die nukleare Gefahr erforschte dieses Problem und legte die Ergebnisse dem Moskauer

Forum "Für eine kernwaffenfreie Welt, für das Überleben der Menschheit" vor (der Bericht wurde im April veröffentlicht). Anhand neuester Analysemethoden und Computermodelle kam die Gruppe zu dem Schluß, daß es mehrere optimale Varianten für einschneidende Reduzierung von Kernwaffen gibt, die die Stabilität nicht stören, ja sie in jeder Abrüstungsetappe festigen würde. Die Wissenschaftler haben bewiesen, daß die Anwendung des Prinzips eines für die Verteidigung ausreichenden

Rüstungsstands die Schaffung einer kernwaffenfreien Welt fördern kann.

Alles hängt davon ab, wie man an die Lösung der Frage des ausreichenden Standes herangeht. Vor kurzem behandelte auch US-Verteidigungsminister Weinberger in seinem Jahresbericht an den Kongreß die Frage, was als ausreichendes Rüstungspotential zu betrachten sei. Nun, ihm "reicht" es aus, u. a. in den nächsten Jahren die Zahl der neuesten strategischen B-1B-Bomber auf 100 zu bringen, die Stationierung von 50 MX-Raketen abzuschließen, weitere 5 Trident-U-Boote zu bauen, parallel dazu die nächste Generation von Kernwaffen zu entwickeln und darüber hinaus die beschleunigte Entwicklung eines großangelegten Raketenabwehrsystems zu betreiben, das dazu angetan ist, dem Wettüben einen neuen Impuls zu geben.

Ein solches "ausreichende" Niveau hat



Zeichnung: N. Stscherbakow

natürlich mit der Aufgabe, Kernwaffen stufenweise zu liquidieren, nichts gemein, obwohl in Reykjavik noch gegenseitiges Verständnis erzielt wurde. Die Worte des Pentagonchefs sprechen für das Streben, politische Ziele unter Zuhilfenahme der Kernwaffen zu erreichen. Man sollte meinen, von der Erreichung politischer Ziele mittels Kernwaffen könnte keine Rede sein. Selbst die Reagan-Administration, die ihre Tätigkeit mit Erklärungen von der Gewinnbarkeit eines Nuklearkrieges begonnen hatte, mußte zugeben, daß ein solcher Krieg nicht führbar und nicht gewinnbar ist.

Es sieht jedoch so aus, als verstünden das in den USA bei weitem nicht alle. Anders sind Weinbergers beharrliche Erklärungen, darunter in jüngster Zeit, nicht zu deuten, im Falle eines nuklearen Konfliktes werde das Ziel der USA darin bestehen, "den Frieden zu für die Vereinigten Staaten günstigen Bedingungen wiederherzustellen". Das ist nur eine heuchlerische Umschreibung für die gradlinige Forderung nach dem "Sieg" im Atomkrieg.

Aber ihre größten Hoffnungen knüpfen US-Politiker nicht an einen eventuellen Kernwaffeneinsatz. Vor allem rechnen sie auf Kernwaffen als Mittel der psychologischen Druckausübung und Erpressung.

Weinberger bestimmt die Aufgaben der nuklearen US-Strategie mit durch und durch "defensiven" Phrasen: "nicht nur eine reale Aggression eindämmen, sondern auch einem Druck auf die USA, ihre Bündnispartner und Freunde durch Aggressionsgefahr vorzubeugen". Welche "Aggressionsgefahr"? Die UdSSR hat ja nie gedroht, Kernwaffen oder Militärgewalt überhaupt einzusetzen.

Wie in solchen Fällen oft, sind die Beschuldigungen an die Adresse der UdSSR nur ein Spiegelbild von Washingtons Zielsetzungen. Lassen wir jedoch einen amerikanischen Theoretiker sprechen. Der "Falke" C. Gray braucht sich im Unterschied zu Weinberger nicht ans diplomatische Protokoll zu halten und leistet sich Offenheit: "Die Aufgabe der strategischen US-Kräfte wäre mit Abschreckung nur ungenügend bestimmt... Die Außenpolitik erlegt diesen Kräften eine ganze Reihe möglicher Aufgaben der Druckausübung" (auf die UdSSR) „auf. Anders gesagt“, setzt Gray fort, "sind Situationen möglich, da es für die USA zu einer dringlichen politischen Notwendigkeit werden könnte, die UdSSR zu etwas, was sie nicht wünscht, zu veranlassen bzw. zu zwingen". Klarer geht es wohl nicht:

Es kümmert die Anhänger solcher Definitionen wenig, daß sich die UdSSR nie erpressen ließ, auch nicht durch Nuklearwaffen, daß sie nie um eine adäquate Antwort verlegen war. Gewiß, selbst die amerikanischen "Falken" verstehen, daß viele Drohungen aus der Zeit der erdrückenden nuklearen Oberlegenheit der USA jetzt in der Situation der strategischen Parität, jeden Sinn verloren

haben. Dennoch geben sie die Hoffnung nicht auf, die UdSSR doch mit einer Bedrohung zu konfrontieren, die sie dem Druck der USA nachzugeben veranlassen könnte.

Eben davon geht man in Washington bei der Beantwortung der Frage aus, wieviel Rüstungen dem Pentagon "ausreichen": soviel, wie nötig ist, um Oberlegenheit zu erlangen und die UdSSR zu einer Kursänderung gemäß den amerikanischen Forderungen zu zwingen.

Heutzutage, da man schon vom „Overkillpotential“ der Kernwaffen spricht, ist der Begriff Oberlegenheit entwertet. Selbst der Einsatz eines geringen Teils dieses Potentials würde unvermeidlich zu einer Weltkatastrophe führen. Von welcher Oberlegenheit ist also die Rede?

Denkklišees

Leider denken die meisten Menschen auch heute noch in den alten Kategorien von "Oberlegenheit" und "Sieg". Um aber zeitgemäße Mittel zur Gewährleistung der Sicherheit zu finden, gilt es, auf überholte militärpolitische Stereotypen zu verzichten und neues politisches Denken zu entwickeln. Bei ihrem Programm einer kernwaffenfreien Welt ließ sich die UdSSR von eben dieser Auffassung der Dinge leiten.

Die Diskrepanz zwischen tradierten, im Bewußtsein der Menschen fest verankerten Stereotypen und den heutigen Realitäten wird jedoch von gewissen Kräften zu Spekulationen genutzt. Wenn schon eine reale militärische Oberlegenheit, die den Sieg in einem Nuklearkrieg sichern sollte, nicht zu erreichen ist, könnte vielleicht eine Illusion der Oberlegenheit geschaffen werden, die greifbare politische Vorteile zu bringen vermag.

In Washington weiß man sehr wohl: Nicht nur der eigentlich militärische, sondern auch der politisch-psychologische Aspekt der gegenwärtigen strategischen Situation fällt ins Gewicht. Die Lösung der Aufgaben der nuklearen US-Strategie hänge, betont Weinberger, "nicht nur von realen militärischen Mitteln ab. Sie hängt auch davon ab, wie unsere Gegner diese Mittel sehen."

Eine so große Beachtung des psychologischen Faktors ist kein Zufall. Die Leute, die die US-Politik formulieren, gehen davon aus, daß die subjektive Beurteilung der sowjetisch-amerikanischen strategischen Balance politische Entscheidungen in verschiedenen Ländern und den Ausgang von Konflikten in verschiedenen Teilen der Welt wesentlich beeinflussen kann. Deshalb sei selbst die Illusion einer Oberlegenheit dazu angetan, die US-Positionen in der Welt zu stärken, meint man in Washington.

Wie wird eine solche Illusion hervorgeufen? Die zahlenmäßige Oberlegenheit einer Seite, die Entwicklung von Waffen,

über die der Gegner nicht verfügt, oder eine vollkommenere und raffiniertere Strategie gelten traditionsgemäß als Beweis für militärische Oberlegenheit.

Als das sowjetische nukleare Potential noch beträchtlich hinter dem amerikanischen zurückblieb, waren die USA bestrebt, ihre Oberlegenheit in der Quantität und Qualität der Waffen oder im Bereich der nuklearen Strategie zu verankern. Nach Herstellung der strategischen Parität mußte Washington einsehen, daß die USA durch weitere Erhöhung der Zahl strategischer Trägermittel keine ernst zu nehmenden Vorteile erzielen konnten. Also verlegten sie sich darauf, den Eindruck zu erwecken, ihr nukleares Potential sei dynamischer und qualitativ überlegen.

Ihrer Meinung nach wirken in ständiger Entwicklung begriffene, dynamische strategische Kräfte vorteilhafter, "stärker" als ein statischeres Potential.

Deshalb stimmte Washington gewissen in den SALT-Verträgen fixierten quantitativen Einschränkungen des Wetrüstens zu, war jedoch bemüht, die Hände frei zu behalten für die Entwicklung und Perfektionierung von Waffensystemen, die ihm nicht nur militärische, sondern auch spürbare politisch-psychologische Vorzüge bringen sollten. Es handelte sich um Versuche, die amerikanische "technologische Oberlegenheit" zu realisieren, von der Washington wohl sehr überzeugt war. Um sie zu demonstrieren, wurden Cruise Missiles stationiert, immer treffgenauere Gefechtsköpfe und immer "exotischere" Waffen entwickelt. Wenn eine Seite ein grundsätzlich neues Waffensystem entwickelt, über das der Rivale nicht verfügt, so sagt doch der gesunde Menschenverstand klipp und klar: Sie hat eine Oberlegenheit erlangt (daß betreffendes System vom militärischen Standpunkt aus vielleicht nicht nötig ist, steht auf einem anderen Blatt). Um diese Oberlegenheit wettzumachen, müsse die UdSSR eine ebensolche Waffe entwickeln, die USA aber würden in der Zwischenzeit wieder das Sagen haben.

Die nukleare US-Strategie muß einestheils die Gewißheit der amerikanischen Strategen (die viele von ihnen in Wirklichkeit nicht haben) vor Augen führen, daß ein Nuklearkrieg "rationell", begrenzt und kontrolliert werden könne. Zum anderen wird die UdSSR von der Drohung der USA in Kenntnis gesetzt (für den Fall, daß sie die Spielregeln der US-Strategen ablehnt), die sozial, politisch und ökonomisch wertvollsten Objekte zu vernichten. Die Kombination dieser unheilverkündenden Faktoren müsse, glaubt Washington, einen Druck auf Moskau ausüben.

Stereotypen gelten nicht mehr

Was setzt die UdSSR dieser Politik entgegen? Im Unterschied zu Washington

gedenkt sie nicht, auf die USA mittels Kernwaffen zu "drücken", hat jedoch auch nicht vor, Versuche amerikanischer Druckausübung hinzunehmen.

Die einfachste und auf den ersten Blick "natürlichste" Methode, den Versuchen der nuklearen Erpressung entgegenzutreten, ist, die Handlungen des Gegners, die Struktur seiner strategischen Kräfte und seine Strategie nachzuziehen. Besorgniserregend ist jedoch, daß die USA seit Entstehung der Parität darauf bedacht sind, eine Umstrukturierung der sowjetischen strategischen Kräfte in Richtung ihrer maximalen Annäherung an die Amerikanische zu erwirken. Solche Forderungen blockierten jahrelang das Zustandekommen von SALT-Vereinbarungen. Auch scheute Washington keine Mühe, um die Gestaltung der sowjetischen Strategie zu beeinflussen und zu erreichen, daß die UdSSR die strategischen Prinzipien der USA akzeptiert.

Das ist alles andere als Selbstlosigkeit. Wären die sowjetischen strategischen Kräfte ein "Spiegelbild" der amerikanischen, dann könnte das nach der Meinung der USA ihre eigene "technologische Überlegenheit", "größere Dynamik" und "bessere Qualität" mehr zur Geltung bringen und ihnen bedeutende moralische Vorteile sichern. Entlehnte die UdSSR die strategischen US-Postulate, hätten die Amerikaner endlich einen "berechenbaren" Gegner vor sich, den sie vom Standpunkt der "rationalen" nuklearen Strategie so sehr brauchen. Das größte Hindernis für die Erhöhung der politischen Wirksamkeit der US-Strategie sehen die amerikanischen Strategen bezeichnenderweise in der Weigerung der UdSSR, zuzugeben, daß ein nuklearer Konflikt zu begrenzen sei.

Jahrelang mußte die UdSSR auf die in den USA entstehenden Waffensysteme eine symmetrische Antwort geben, d. h. ähnliche Waffen entwickeln und stationieren. Auf diesem Wege konnte sie den politisch-psychologischen US-Druck wirksam neutralisieren. Jetzt versuchen die USA, der UdSSR eine neue Runde im Wettüben aufzuzwingen: Die quantitativen Obergrenzen der SALT-Verträge wurden demonstrativ verletzt, eine neue Generation amerikanischer Angriffswaffen ist im Anzug, am Star-War-Programm, das ungeheure Gefahren für die internationale Sicherheit in sich birgt, wird beschleunigt gearbeitet. Muß die Sowjetunion demnach auch künftig in etwa gleiche Waffensysteme wie die USA entwickeln?

Moskau übt Zurückhaltung und ist bestrebt, sich vom Prinzip der für die Verteidigung ausreichenden Waffenmenge leiten zu lassen und keine Waffen über einen solchen notwendigen Stand hinaus zu schaffen. Wie die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags auf der Berliner Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses erklärten, werden sie sich strikt an einen für die Verteidigung, für die Zurückweisung einer möglichen Aggression ausreichen-

den Stand halten. Die UdSSR respektiert die in den SALT-Verträgen festgelegten Obergrenzen und hat erklärt, daß sie das amerikanische "Sternenkriegs"-Programm nicht imitieren, vielmehr eine asymmetrische Antwort darauf geben wird. Darüber hinaus ergreift die UdSSR kühne Initiativen im Abrüstungsbereich, u. a. zu einer radikalen Lösung des Problems der Mittelstreckenraketen und operativ-taktischen Raketen in Europa.

Kann uns eine solche Zurückhaltung unter den Verhältnissen, da die meisten Menschen die strategische Balance mit altem Maß messen, nicht benachteiligen? Die USA könnten ja die Kluft zwischen den nuklear-kosmischen Gegebenheiten und dem tradierten Denken benutzen, um auch wirklich die Illusion militärischer Überlegenheit zu erwecken und so gewisse politisch-psychologische Vorteile für sich zu verbuchen.

Ja, eine solche Gefahr besteht. Auch heute kann man zu dem Schluß kommen: Wenn die USA neue Angriffswaffen bauen und sie auch im Weltraum stationieren wollen, dann liegen sie also vorne, sind überlegen.

Der UdSSR geht es nicht nur darum, zeitweilige Lösungen zu finden, die das Niveau der Konfrontation senken. Mit ihrer Weigerung, der "allgemein anerkannten" Logik der Konfrontation zu folgen, will sie diese Logik selbst entwerfen und den Teufelskreis des Wettübens durchbrechen.

Die USA verfolgen mit ihrem demonstrativen Verstoß gegen die quantitativen Obergrenzen der SALT-Verträge eindeutig das Ziel, die UdSSR zu provozieren und dem amerikanischen Beispiel folgen zu lassen. Käme es wirklich dazu, würden die überholten Vorstellungen, die keinen quantitativen "Vorsprung" des Gegners zulassen, bestätigt: Das bezweckt ja die Illusion der Überlegenheit. Aber selbst wenn jemand heute diese Illusion hegen sollte, zeigt die UdSSR durch ihre Zurückhaltung in der Praxis, daß die Überwindung der alten Stereotypen möglich ist, und demonstriert neues Denken.

Washington will die UdSSR um jeden Preis zur Rivalität bei der Entwicklung großangelegter Raketenabwehrsysteme mit Weltraumkomponenten zwingen. Das bezeugen die Angebote der USA, der Sowjetunion Einblick in die "Sternenkriegs"-Technologie zu gewähren oder solche Systeme "parallel" zu entwickeln und zu stationieren. Selbstverständlich ist das nur Rhetorik, die die amerikanische Position versüßen soll. Dahinter steckt jedoch die Hoffnung, daß die UdSSR denselben Weg gehen und SDI zu kopieren versuchen werde. Wenn sie das tut, dann ist die alte Vorstellung richtig, daß neue Waffen nur durch ähnliche Waffen auszugleichen seien, sonst erlange der Gegner Überlegenheit. Dann wären die USA in ihrem Element, mitten in der Rivalität um die Entwicklung grundsätzlich neuer Waffensysteme, dann könnten sie sich wieder auf ihre

"technologische Überlegenheit" stützen. Eben deshalb reagierte Washington so gereizt und enttäuscht, als die UdSSR erklärte, sie werde auf SDI eine wirksame, aber asymmetrische Antwort geben, die nicht das Vorgehen der amerikanischen Seite wiederhole.

Die von der UdSSR vorgeschlagene Lösung des Problems der Mittelstrecken- und operativ-taktischen Raketen in Europa ist ebenfalls ein Bruch mit fest verwurzelten Stereotypen. Die UdSSR ist bereit, mehr Waffen zu verschrotten als die USA. Vom Standpunkt der traditionellen Logik ist das ein großes Zugeständnis, freiwilliger Verzicht auf ein wichtiges politisch-psychologisches Plus. Es geht der UdSSR nicht darum, ihre Nuklearwaffen als Druckmittel zu benutzen, sondern darum, sie zu beseitigen. Viele im Westen haben die sowjetische Initiative recht kühl aufgenommen. In den USA und unter ihren Bündnispartnern spricht man jetzt davon, daß ein Teil der US-Raketen in Europa doch beibehalten werden müßte. Der Grund ist immer noch der Wunsch, Kernwaffen dort als Mittel politischer und psychologischer Druckausübung zu belassen, also immer noch das alte, stereotype militärische Denken.

Indem die UdSSR entgegen den gewohnten Klischees handelt, bringt sie die Logik des tradierten Denkens merklich ins Wanken. Es ist kaum anzunehmen, daß die Leute, die die US-Politik festlegen, nach der Erkenntnis der Imperative neuen Denkens streben. Aber früher oder später werden sie erleben müssen, daß Versuche, aus militärisch verzichtbaren, doch psychologisch "vorteilhaften" Rüstungen und aus endloser "Perfektionierung" der nuklearen Strategie politische Dividenden zu schlagen, immer seltener gelingen. Das wird nach Maßgabe dessen geschehen, wie sich immer mehr Menschen die Spanne zwischen ihren Vorstellungen und den Gegebenheiten der nuklear-kosmischen Ära vergegenwärtigen und sie zu überwinden trachten. Selbstverständlich wird das nicht von allein gehen. Diesem schwierigen Prozeß müssen neue Initiativen der UdSSR einen Impuls geben, denn sie ist wirklich bestrebt, sich an das Prinzip des für die Verteidigung ausreichenden Niveaus zu halten und die falsche Konfrontationslogik zu unterminieren. Das wird jedoch Zeit in Anspruch nehmen.

Wenn sich nur die sowjetische Seite vom Prinzip einer für die Verteidigung ausreichenden Obergrenze leiten läßt, wird das in nächster Zeit keine radikale Gesundung der militärpolitischen Weltlage bringen. Dazu gehören immer zwei. Je früher die USA die Haltlosigkeit der Hoffnungen erkennen, politische Vorzüge aus der Illusion der militärischen Überlegenheit zu erlangen, desto schneller werden wir die Möglichkeit erhalten, das Prinzip des für die Verteidigung ausreichenden Niveaus anzuwenden und die Kernwaffen etappenweise wirklich einschneidend zu reduzieren - bis hin zu ihrer völligen Beseitigung.

Versuchsfeld Jiangsu

Grigori ARSLANOW

Unsere IL 18 startete in Peking von einem Militärflugplatz, auf dem gegenwärtig Transport- und seit einiger Zeit auch Passagierflugzeuge der chinesischen Luftstreitkräfte basiert sind. Diese haben ihre eigene Fluggesellschaft gegründet und bewältigen also einen Teil des zivilen Verkehrs.

Wir wollen uns in der Provinz Jiangsu umsehen, die hier die Perle Ostchinas genannt wird. Die Nähe des Meers, zwei der größten Süßwasserseen des Landes - Taihu und Hongzehu -, fruchtbare Böden, gute Wasserwege und selbstverständlich der Fleiß der Bauern haben die Provinz zu einem der wichtigsten Wirtschaftsgebiete der VR China gemacht. 62 Millionen leben hier auf einer Fläche von 100 000 Quadratkilometer, dennoch versorgt Jiangsu nicht nur die eigene Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, sondern liefert auch dem Staat nicht wenig Getreide, Reis und Ölkulturen.

Aus Gesprächen mit hiesigen Chinesen gewannen wir den Eindruck, daß diese Provinz im Unterschied zu den anderen nicht vom Drang nach Privatunternehmertum erfaßt ist. Hier denkt man eher an die Planmäßigkeit in der sozialistischen Wirtschaft.

Auf dem flachen Land

In den meisten chinesischen Dörfern wird in der Regel der Familien- bzw. Hofwirtschaftsvertrag eingeführt. In Jiangsu dagegen, mit seiner recht hoch entwickelten Landwirtschaft hat es nach der Meinung der dortigen Leiter keinen Sinn, die Methode der Hofwirtschaften anzuwenden, bei der ein Grundstück jahrelang von ein und derselben Familie bestellt wird. In der Provinz ist mehr die Methode des Kollektivvertrags verbreitet. Er dient, so He Kang, Minister für Landwirtschaft, Viehhaltung und Fischerei der VR China, als ökonomische Grundlage der Landwirtschaft der Provinz.

Zu den Ergebnissen. Von der gesamten bestellten Fläche (4,6 Mio ha) wurden in

Jiangsu im vorigen Jahr 33,4 Mio t Getreide eingebracht: etwas über 500 kg pro Einwohner der Provinz. Bedeutend zugenommen hat die Produktion von Tee und Obst, die Geflügelproduktion und die Fischwirtschaft kommen gut voran.

Weit verbreitet ist in Jiangsu der Bau sogenannter Ortschaftsbetriebe (gegenwärtig an die 70 000). Sie haben ein Grundkapital von 10 Md. Yuan und 6,2 Millionen Beschäftigte (über 30 Prozent aller Berufstätigen). Hauptsächlich produzieren sie Erzeugnisse, die für die Entwicklung der Landwirtschaft notwendig sind. Doch die Bedeutung solcher Betriebe besteht auch darin, daß sie die im Dorf überschüssigen Arbeitskräfte einzusetzen helfen.

Leitende Funktionäre der Provinz sagten uns, daß die Entwicklung der Landwirtschaft dort auch auf gewisse Schwierigkeiten stößt. So nannten sie das Problem der Abhängigkeit der Produktion

Mit diesen Motorsensen erntet man in China die kleineren Privatfelder ab.

Foto: TASS



von den Aufkaufpreisen. Als diese Preise bei Baumwolle herabgesetzt wurden, gingen die damit bestellten Flächen stark zurück. Die Selbstkosten, sagte der Bauer Chen Yongjin, nahmen von Jahr zu Jahr zu, während die Aufkaufpreise niedrig blieben. Bei den Selbstkosten von 290 Yuan mache der Erlös nach dem Verkauf einer Tonne Getreide nur 380 Yuan aus. Deshalb bleiben vornehmlich Bauern über 50 auf ihrer Parzelle, während Jugendliche in die Städte abwandern oder in den Industriebetrieben der Ortschaften unterkommen.

In der Stadt

Seit jeher bestellten die Männer von Jiangsu den Boden, die Frauen dagegen besorgten den Haushalt und saßen in der übrigen Zeit an ihren Webstühlen.

In den letzten Jahren hat sich vieles verändert. Die Textilfabriken der Provinz haben neueste Ausrüstungen nicht nur chinesischer, sondern auch westdeutscher oder französischer Provenienz. Moderne Technologien werden angewandt, so daß Erzeugnisse mit der Marke "Made in China" guten Ruf auf den Weltmärkten erlangen. Die Leichtindustrie der Provinz erzeugt über 20 000 Artikel, darunter weltbekannte: Stickereien in Seide, Porzellan, Lackwaren, Kleidung. Allmählich beginnt die Textilindustrie der VR China ihre traditionellen Konkurrenten Südkorea, Taiwan und Hongkong zu verdrängen. In diesem Konkurrenzkampf gibt die billige Arbeitskraft den Ausschlag. Da stehen die chinesischen Produzenten zweifellos vorne.

Die Erneuerung des fixen Kapitals in der Industrie, die Modernisierung des Heimgewerbes, der Bau neuer Industrie-

betriebe fördern den Maschinenbau von Jiangsu. Etwa 20 Prozent der Bruttoindustrieproduktion der Provinz entfallen auf den Maschinenbau. Er beschäftigt über eine Million Arbeiter und Angestellte. Besonders stolz ist die Provinz auf das Dieselmotorenwerk Changzhou.

Ein neuer Zweig ist die elektronische Industrie. Schon stellt die Provinz über 1000 Artikel der elektronischen Ausrüstungen her, darunter für Computer, Meßgeräte, Weltraumtechnik und automatische Wetterwarten. Die Leitung der Provinz denkt an eine erweiterte Zusammenarbeit dieses Zweiges mit Auslandsfirmen, vor allem amerikanischen. Unlängst wurde ein Betrieb zur Produktion von Lochstreifen für die Computertechnik seiner Bestimmung übergeben. Das ist ein chinesisch-amerikanisches Unternehmen in Wuxi. Geplant ist eine mit amerikanischer Technik ausgerüstete Kunstfaserfabrik. Die neue Wirtschaftspolitik, die auch erweiterte Beziehungen zum Ausland vorsieht, trägt Früchte. 1986 erzielte die Provinz einen Exporterlös von 1,7 Mio Dollar. Gegenwärtig hat Jiangsu direkte Handelsbeziehungen zu 130 Ländern. Vor kurzem erhielten mehrere Großbetriebe das Recht, direkt internationale Märkte zu beliefern. Die Behörden der Provinz bestätigten 765 Projekte, die unter Heranziehung von Auslandskapital realisiert werden sollen.

Probleme und Lösungen

Mit der Erweiterung der Produktion nehmen in der Provinz Schwierigkeiten mit Brenn- und Treibstoffen zu. Wie hiesige Wirtschaftsexperten sagen, sind viele Fabriken und Betriebe aus diesem Grund schon jetzt nicht voll ausgelastet. Das wirkt sich negativ auf die Löhne und Gehälter aus. In der Stadt Nantong z. B. braucht die Industrie, um normal funktionieren zu können, doppelt soviel Elektroenergie wie jetzt. Aus diesem Grund versuchen die städtischen Behörden es mit Nachtschichten in einem Teil der Betriebe, aber daraus ergeben sich zusätzliche Probleme für Verkehr und

Dienstleistungsbereich. Der Verbrauch von Brennstoffen und Strom ist in der Provinz auch deshalb merklich zugenommen, weil in den Ortschaften Tausende Kleinbetriebe entstanden sind. Der relativ geringe Nutzeffekt ihrer Produktion bewirkt einen unverfügbaren Energieverbrauch.

Des weiteren mangelt es am ingenieurtechnischen Personal, was die Entwicklung der Wirtschaft in Jiangsu bremst. In der Stadt Changzhou, die dem Umfang des Industrieausstosses nach zu den größten 20 Städten des Landes gehört, machen Ingenieure und Techniker nur ca. 8 Prozent aller in der Produktion Beschäftigten aus. Einen erheblichen Teil davon bilden "ausgebildete Arbeiter", die als Ingenieure und Techniker eingesetzt sind.

Betriebsleiter in Jiangsu, mit denen ich mich unterhielt, sagten, daß die Betriebe durch die Reform zwar eine größere Selbständigkeit erhalten haben, daß die Frage nach dem Recht des Betriebsleiters, selbständig die Stärke des Personals sowie die Preise der Erzeugnisse festzulegen, noch immer offen ist. Ein Betrieb müsse zwar staatliches Eigentum bleiben, aber finanziell und verwaltungstechnisch selbständig sein.

In den letzten Jahren hat der Staat die Besteuerung großer Betriebe und ihre Abführungen beträchtlich herabgesetzt. Das wirkte sich positiv aus, löst jedoch, wie die "Renmin ribao" schrieb, nicht alle Fragen.

Die Reform trieb einen ökonomisch ungünstigen Investbau in die Höhe. Das führte zur Verzettelung von Mitteln, Roh- und Baustoffen. Gegenwärtig trifft man in der Provinz Maßnahmen zur Verringerung von Investitionen und unproduktiven Ausgaben: Im vorigen Jahr wurden die Investitionen in Jiangsu um 107 Mio Yuan gekürzt.

Das Hauptproblem in Jiangsu, betonten meine Gesprächspartner, bestehe darin, die Arbeit staatlicher Großbetriebe anzukurbeln.

Wie die Vorsitzende der Volksregierung von Jiangsu, Gu Sulian, Journalisten gegenüber betonte, habe das Land früher zu viel Zeit für falsche Kampagnen vergeudet. Jetzt gelte es, alle Kraft für die Produktion einzusetzen.

Peking

Das Frühjahr 1967 war im Nahen Osten ganz besonders alarmierend. In den an Israel grenzenden arabischen Gebieten dröhnten fast täglich Artillerie- und peitschten MPI-Salven. Flugzeuge Israels drangen wiederholt in den Luftraum der dortigen Länder ein, durchbrachen über Städten und Dörfern die Schallgrenze und manifestierten damit ihre Bereitschaft, den labilen Frieden umzustößen.

Die UNO-Grenzbeobachter nannten das Zwischenfälle.

Einen solchen provozierten die Israelis am 7. April morgens auf den syrischen Golan-Höhen. Sie schickten mehrere von Panzern begleitet Traktoren in die Gegend nördlich des Tiberiassees, wo sie in der "entmilitarisierten Zone" pflügen sollten. Es kam zu einer Schießerei. Sie artete bald in ein regelrechtes Gefecht mit Geschützen und Panzern aus. Israelische Flugzeuge griffen die syrischen Stellungen auf den Golan-Höhen an. Später entspann sich über Damaskus ein Luftkampf. Damals wurde einer Gruppe in Syrien akkreditierter Reporter, zu der auch ich gehörte, eine Fahrt in den Raum der Golan-Höhen gestattet.

Am Fuße eines grünen Hügels rauschte ein Wasserfall. Der Banjas hatte die Überreste altrömischer Säulen in Jahrhunderten unterpült, so daß sie das Steilufer hinabgestürzt waren. Der Hügel bot einen schönen Ausblick auf die biblischen Gefilde am Galiläischen Meer, die einst der Inbegriff von Ruhe und Frieden waren. Man konnte es kaum glauben, daß sie ein Schauplatz von Kämpfen wurden. Ein Offizier der UNO-Beobachter schloß sich uns an. Als hätte er unsere Gedanken gelesen, zeigte er uns eine grüne Anhöhe, wo sich zwei Tage vorher wieder ein Zwischenfall zugetragen hatte.

"Sind hier die Zusammenstöße häufig?" fragte jemand.

"Sie wiederholen sich mehrmals in der Woche. Gegen den Waffenstillstand ist schon mindestens 6900 mal verstoßen worden."

Der Offizier bemerkte unsere Verwunderung und präzierte seine Antwort:

"Auf diese Zahl kommen Sie selbst, wenn Sie von der Ausrufung des Staates Israel am 14. Mai 1948 an rechnen, aber natürlich nur, wenn Sie einen Zwischenfall pro Tag annehmen. Es waren viel mehr."

Das Weitere nötigte uns, diese Rechenweise aufzugeben. Am 5. Juni 1967 brach der dritte "arabisch-israelische Krieg" aus. Er dauerte nicht sechs Tage, wie Israel und der Westen gewöhnlich behaupten. Das ist pure Heuchelei. Heute weiß man, daß es nur der Beginn der bereits 20jährigen

"NEUE ZEIT" 24.87

Liebe Leser!

Abonnieren Sie unsere Zeitschrift rechtzeitig! Bestellungen nehmen alle Firmen entgegen, die im geschäftlichen Kontakt mit „Meshdunarodnaja kniga“ stehen.

Die Redaktion

Sechs Tage und zwanzig tragische Jahre

Leonid MEDWEDKO

Aggression Israels gegen arabische Länder war.

In meinen damaligen Notizblöcken finden sich Aufzeichnungen über den siebenten, den achten und weitere Tage der Aggression, denn nach den sechs Tagen hatte man weder in Syrien noch im Libanon (der allerdings nicht gegen Israel gekämpft hatte) noch in Ägypten das Gefühl, daß der Krieg zu Ende war. Erst recht nicht in Jordanien.

Damals sah ich, wie ein endloser Flüchtlingsstreck neben der zerstörten alten Jordanbrücke über eine hölzerne Notbrücke ans östliche Jordanufer zog. Viele Flüchtlinge hatten weinende Kinder auf dem Arm. Seitdem kennen diese damaligen Kinder kein Vaterhaus. Sie leben in zahlreichen Flüchtlingslagern. In diesen sind seitdem zwei Generationen von Palästinensern groß geworden.

Durch Vertreibung der Palästinenser wollten die Zionisten "einen im Sechstagekrieg begangenen Fehler korrigieren", der ihnen zwar "einen territorialen, aber keinen demographischen Sieg gebracht hatte". Viele Araber aber blieben in ihrer von Israel besetzten Heimat. In den 20 Jahren haben die Besatzer den "Fehler" einigermaßen "korrigieren" können.

Doch mehr als die Hälfte des palästinensischen Volkes lebt in der Fremde. Tel Aviv hat seinen Willen nicht restlos durchsetzen können.

Der Krieg vom Juni 1967, dem einige Jahre später die offizielle Besetzung Ost-Jerusalems und der Golan-Höhen sowie die zügige "Erschließung" der besetzten arabischen Gebiete am westlichen Jordanufer und im Gazastreifen folgten, nimmt deshalb in der Entwicklung der nahöstlichen Situation und des Palästinenserproblems einen besonderen Platz ein. Nach dem Krieg trat in der arabischen einschließlich der palästinensischen Befreiungsbewegung nicht nur eine quantitative (demographische), sondern auch eine grundsätzlich neue qualitative Phase ein. Die Zionisten hatten aus den Palästinensern ein Volk von Vertriebenen machen wollen, haben jedoch ein Volk von Kämpfern aus ihnen gemacht. Die palästinensische Widerstandsbewegung konsolidierte sich immer mehr.

Die wichtigsten offenen wie geheimen Absichten, die Israel mit der Aggression von 1967 verfolgte, hat es nicht wahrnehmen können. In Tel Aviv hatte man behauptet, jenen Krieg vorbeugend, um dereigenen Sicherheit willen führen zu müssen. Washington hatte, angeblich auch um der Sicherheit und eines festen Friedens im Nahen Osten willen, seinen Segen dazu erteilt. Dadurch hat sich aber niemand täuschen lassen. Die Gewalt

stieß auf Widerstand. Im "Blitzkrieg" trug Israel einen Pyrrhussieg davon. Er kostete Tel Aviv über 7000 Tote und Verwundete. Noch weit größer waren aber Israels moralische und politische Einbußen.

Israel stand vor der Welt als Aggressor da. In Amerika, Westeuropa und Afrika wandten sich viele, die mit Israel sympathisierten, ab. Zudem haben die besetzten arabischen Gebiete und die "weitergesteckten Grenzen" Israel weder Frieden noch Sicherheit gebracht. Diese "Grenzen" sind nicht einmal eine Waffenstillstandslinie, sondern eine Linie fast pausenloser Kämpfe. Die Aggression hat vielfach entgegengesetzte Resultate gezeitigt, als ihre Anstifter und Vollstrecker beabsichtigt hatten.

Im Nahen Osten hat das Ansehen der UdSSR bedeutend zugenommen. Sie hat sich entschieden auf die Seite der Araber gestellt und unterstützt sie in ihrem gerechten Kampf. Dagegen ist die Stellung der imperialistischen Staaten, namentlich der USA, in der arabischen Welt erschüttert. Die diametral entgegengesetzte Einstellung zur Nahostregelung ist sowohl während des Kriegs von 1967 als auch danach in Erscheinung getreten.

Nicht allein fortschrittliche arabische Persönlichkeiten, auch Spitzenpolitiker prowestlicher Nahoststaaten haben wiederholt die Bedeutung des sowjetischen Beistands im Kampf gegen die Folgen der Aggression Israels anerkannt. Westliche Historiker geben in ihren Büchern zu, daß die Streitkräfte Ägyptens und Syriens fast ausschließlich mit sowjetischer, der israelischen quantitativ und qualitativ überlegenen Kriegstechnik ausgerüstet waren. Wenn sich die Araber im Juni 1967 außerstande zeigten, aus diesen Waffen alles herauszuholen, so wurden ihre höhere Qualität und die Kampffähigkeit der arabischen Armeen im nächsten Krieg (Oktober 1973) eindeutig unter Beweis gestellt.

Israel, im Juni 1967 seinen blitzartigen Sieg feiernd, mußte die Siegerlorbeeren schon im Oktober 1973 ablegen. Danach war klar, daß "Blitzkriege" unwiderruflich der Vergangenheit angehören.

Jetzt, nach 20 Jahren, prahlt der israelische Ministerpräsident Itzhak Shamir, Israel sei heute ein ebenso wichtiger Alliierter der USA, wenn nicht noch wichtiger als andere NATO-Mitglieder. Das garantiert Israel aber weder eine sichere Zukunft noch wahre Unabhängigkeit. Beides ist ausgeschlossen, solange Israel die Unabhängigkeit und Sicherheit seiner Nachbarn und deren Nachbarn bedroht.

1967. Ruinen in der ägyptischen Stadt Ismailia.



Alle 360 Meridiane

ÜBER DEN POLARFORSCHER ARTUR TSCHILINGAROW UND ANDERE

Um 15.59 Uhr des 25. Mai erreichte der Atomisbrecher "Sibir", dessen beispiellose Fahrt die ganze UdSSR mit angehaltenem Atem verfolgt, den geographischen Nordpol. Die unsichtbare Erdachse ging durch das Schiff hindurch, alle 360 Meridiane verknüpfen sich unter ihm. Eines der zahlreichen Ziele der komplexen Forschungs Expedition in den hohen Norden, die in der Geschichte der Erschließung der Arktis nicht ihresgleichen kennt, wurde erreicht. Zur Feier des Tages warf zusammen mit allen - mit Hydrologen, Ozeanologen, Geophysikern, Fliegern und Seeleuten - ein hoher bärtiger Mann seine Mütze in den fahlen Himmel, lachte und absolvierte die rituelle "Reise um die Welt", in diesem Fall um den Flaggenmast. Das war der Expeditionsleiter Artur Tschilingarow. Heute wollen wir über ihn erzählen.

Wenn man von der UdSSR sagt, daß sie ein Sechstel der Erdoberfläche ausmacht, denke ich: Wie ist jene Kälte des Erdballs zu ermaßen und zu errechnen, die uns zuteil wurde? Jener Anteil an Eis und Schnee, Sturmwind und jungfräulichen Weiten, der uns zufiel? Der sowjetische Charakter ist undenkbar ohne die Fähigkeit, der rauen Natur die Stirn zu bieten, sie zu bezwingen. Ich glaube, das wird für immer in die Geschichte eingehen: ein Abglanz des Polarlichts am brünierten Stahlrumpf eines Geländewagens, mit Rauhref überzogene Bärte auf jungen Gesichtern, das Ende des Weißen Schweigens: eine Offensive der Sowjetbürger auf den Norden.

Offensive auf den Norden. Erschließung des Nordens. Das ist leicht hingesprochen. Dabei mißt allein die sowjetische Nordpolarmeerküste Tausende Kilometer. Die unübersehbaren Regionen jenseits des Polarkreises, in denen ganz Europa Platz finden könnte, die vom ewigen Frost gefesselte Tundra sind ebenfalls der Norden. Wie auch ihre unermeßlichen Bodenschätze, die Reichtümer ihrer Flüsse und ihres Schelfs. Zum Norden gehören aber auch grimmige Kälte und eine Nacht von sechs Monaten.

Und die Antarktis ist letztendlich auch Norden.

Im Sommer, kurz vor Neujahr, bewegten sich eine Kette von Menschen, ein sumpfgängiges Fahrzeug und mehrere Großlaster in Richtung des Amery-Gletschers. Den Anfang bildeten das Fahrzeug, ein mächtig bereifter Laster und ein hoher Mann in Pelzjacke und

Pelzstiefeln, der hinter dem Laster ausschrift. Der Rauhref hatte den Bart des Leiters der sowjetischen antarktischen Expedition versilbert, und er wirkte viel älter als seine 30.

Seiner Meinung nach war das Wetter schlimm: Die Sonne schien grell, das Thermometer zeigte etwa 15 Grad Kälte, das Eis unter den Füßen war brüchig und uneben. Auf ihrem Weg entstanden zahlreiche gewundene Spalten, das Eis knackte, die scharfen Ränder glitzerten in der Sonne. Ein grausames Wetter.

Die Karawane bewegte sich nur langsam voran, einige Meter weit direkt im Schnecken tempo, die Eisspalten mahnten zur Vorsicht. Zudem trugen die Menschen schwere Materialien und



Ausrüstungen für ein 5 km von der Küste entferntes Lager. Sie mußten auch eine Menge von Brettern und Baumstämmen mit sich schleppen, um Brücken schlagen zu können.

Die Polarforscher hatten eine Tradition: Zum Pol werden nur erfahrene, mehrfach erprobte und bewährte Leute geschickt. Die aus Nansens Zeiten stammende Tradition galt auch noch zu Papanins Zeiten.

Aber im Jahre 1959 starteten sowjetische Flugzeuge zum Pol, an deren Bord junge Burschen, Studenten von gestern, waren. Die erste Jugend-Driftstation Nordpol-8 entstand. Sie harter auf ihrem arktischen Posten mutig aus und bestätigte mit jedem Funkspruch und jedem zurückgelegten Kilometer: Auch junge

Sowjetbürger sind dem Norden gewachsen. Als Leningrader Komsomolzen 10 Jahre später vorschlugen, zur 100. Wiederkehr von Lenins Geburtstag eine junge Besatzung zur Driftstation am Nordpol zu entsenden, herrschte kein Mangel an Bewerbern. Schwieriger war es mit dem Leiter.

Zu ihm wurde Artur Tschilingarow, ein Mann, der bis dahin nie auf einer Driftstation gewesen war.

Sein Vater hatte gelegentlich gesagt, ein Mensch habe nicht fünf Sinne, sondern auch noch einen sechsten, eine Art Kompaß, der irgendwo hier (der Vater deutete auf seine Brust) verborgen liege. Bei den einen weise der Kompaß einen möglichst sicheren Pfad, bei anderen zeige die Nadel immer nach Norden, führe in unwegsames Neuland.

Nach der Schule drängte es Artur nicht zum Studium, er kam bei der Großwerft "Baltische Werke Leningrad" unter: Das Meer lag in greifbarer Nähe. Nur nachdem er guter Montagearbeiter und Schlosser geworden war, ging er an die Hochschule für Schiffbau. Nach dem Studium bat er,

Artur Nikolajewitsch Tschilingarow

Foto: A. Kotschetkow

ihn nach Tiksi, dem nördlichsten Hafen der UdSSR, zu entsenden. Dort war er in einer Sternwarte beschäftigt. Zu seinen Pflichten gehörten die Erkundung der Eis- und Wetterbedingungen sowie das Funklotsen von Transportschiffen.

Eine kleine Jägersiedlung an der fernen Küste des Nordpolarmeers. Ein Schiff mit Nahrungsmitteln muß hin. Es gilt, dieses Schiff so zu geleiten, daß es den Eispanzer dort durchbrechen kann, wohin es der Hydrologe lenkt. Hier darf es kein Ungeläch, keine Unachtsamkeit geben, denn der Einsatz heißt das Leben der Menschen an der Küste.

In Tiksi erkannte Tschilingarow den wahren Wert der Routinebegriffe: die Wetterlage klären, die Vorbereitungsarbeiten leisten, die Situation studieren. Dazu gehören mehrtägige Flüge über Eisschollen, geschmolzener Schnee in einem Aluminiumbecher statt eines Frühstücks, gleich nach einem ersten Marsch über Eisbrocken zerfetzte Stiefel.

Er wurde zum Leiter von Nordpol-19 ernannt. Ob es aber nur eine Ernennung war? Die Idee, eine Jugend-Driftstation zu organisieren, stammte vom Komsomolkomitee des Instituts für Arktis und Antarktis; der Sekretär des Komitees war (nach seiner Rückkehr von Tiksi) Tschilingarow. Damals, Ende der 60er Jahre, zeichneten sich schon die Konturen seiner heutigen Tätigkeit im sowjetischen Norden ab, wuchsen Tausende Menschen heran, die sich heute dem Norden verschrieben haben: Geologen, Erbauer von Atomkraftwerken, Hydrologen, Überwinterer, Wissenschaftler und Piloten.

Alexander Treschnikow, damals Direktor des Instituts für Arktis und Antarktis: "Wir, die Leitung des Instituts, wollten unsere jungen Fachkräfte schonen und wählten eine 'leichtere' Station. Das war im Grunde ein flacher Eisberg, 30 m dick. Die Driftschollen, aus denen die meisten unserer Polstationen bestanden, waren sonst nur 3-4 m dick. Wie wir glaubten, würde sich diese Eisinsel ein gutes Fundament für die Station abgeben und nicht bersten."

Am 7. November 1969 trat auf einem großen, zuverlässigen, flachen Eisberg die nördlichste Grundorganisation des Komsomol in Aktion.

Wenn Flugzeuge mit Post kamen, wunderten sich die Piloten über das Klima auf Nordpol-19. Jeden Abend Konzerte in der Roten Ecke, manchmal auch selbsterfundene Spiele, z. B. die scherzhafte Verteidigung einer "Dissertation" durch den Mechaniker Anatoli Bykow zum Thema "Mechanischer und Beheizungskomplex auf dem Drifteis der nördlichen Hemisphäre und sein Einfluß auf die globalen Prozesse im Weltmeer und in der Atmosphäre".

"Spinner, die", lachten die Flieger.

Aber die "Spinner" übergaben ihnen dicke Mappen mit Berichten über ihre Beobachtungen und Experimente. Die heitere Atmosphäre auf der Driftstation, die Witzeleien der von Tschilingarow ausgewählten jungen Leute waren nur der Rahmen für eine gut organisierte wissenschaftliche Tätigkeit.

Umsichtige namhafte Wissenschaftler hatten zwar einen sicheren Eisberg für ihre jungen Schützlinge ausgewählt, aber die Arktis war schlauer. Mitten in der Polarnacht brach die Katastrophe über sie herein. Die Eisinsel stieß auf Unterwasserklippen und begann zu bersten. Das Eis unter den Zelten und Häusern bebte, ein Stück des Eisbergs, das die Station beherbergte, brach ab. Im unsicheren Licht der Stablampen sahen die jungen Leute, wie ein weiteres Stück schwer umkippte und das Zelt mit Apparaturen in

den Wasserstrudel hineinzog. Am Horizont tauchte eine Kette von Preßehügeln auf, die sich auf sie bewegte und alles auf ihrem Weg niederwalzte.

Die Polarforscher standen eng beieinander auf dem schaukelnden Stück Eis und blickten auf Tschilingarow. Er war gerade dabei, sich umständlich eine Zigarette anzuzünden. Im Wind ging das nicht, und sichtlich verärgert warf er sie weg. Erst dann bat er den Funker, den Kontinent in Kenntnis zu setzen. Im Funkspruch war nicht von einer Katastrophe, sondern von einem Eisbruch die Rede. Danach hieß er den Arzt Medikamente und Lebensmittel verpacken, griff nach einem geriffelten Behälter in der Nähe und schleppte ihn möglichst weit von der Spalte weg. Zu Eduard Saruchian sagte er:

"Hilf mal. Siehst wohl!", er lachte kurz auf, "die Kiste hat Gewicht."

Inzwischen hoben auf dem fernen Kontinent bereits Rettungsflugzeuge ab. Noch schneller aber näherte sich die Preßebank den Überresten des Lagers. Sie konnte die soliden Standardhäuser der Polarforscher ohne weiteres zerquetschen. Bei diesem Anblick bemerkte jemand von den Überwinterern:

"Druck erzeugt schließlich Gegendruck!"

Artur wurde es leichter ums Herz: Die Jungen steckten nicht auf!

"Rettungstornister mit warmen Sachen bereithalten", sagte er. "Rettungsringe an."

Die Eisbank machte drei Meter vor den Menschen halt.

Am Tag darauf wurde die Station evakuiert. Aber nicht zum Kontinent. Gemeinsam mit den anderen Expeditionsmitgliedern bestand Artur darauf, auf das erhaltengebliebene Stück Eisberg überzusiedeln. Die Drift ging weiter.

Vielleicht hieß es gerade damals, vor beinahe 18 Jahren, zum erstenmal, Tschilingarow sei für extreme Situationen wie geboren. (Das bewahrheitete sich, man denke an die von ihm geleitete Expedition zur Rettung der "Somow", die in der antarktischen Nacht vom Eis eingeschlossen worden war.) Artur selbst teilte diese Meinung nicht, daran erinnere ich mich gut.

Damals lernte ich ihn kennen. Ich schrieb über ihn für die Zeitung und ahnte natürlich nicht, daß ich über einen künftigen Helden der Sowjetunion, einen der größten Polarforscher unserer Tage, einen bedeutenden Organisator der Ökologie und Expeditionsleiter berichtete, dessen Handeln in diesem Sommer mit begreiflicher Aufregung von der gesamten zivilisierten Welt verfolgt wurde.

Artur war eben erst aus der Antarktis zurück und antwortete auf meine Routinefrage nach seinen weiteren Plänen, er sei nun genug gedriftet, immerhin schon über 30, der Bart gehöre wegrasiert, von nun an sei Artur nur noch Wissenschaftler. Er habe da vielleicht ein paar Gedanken.

Zum Abschied schüttelte er meine Hand kräftig, und schon löste sich seine helle

Jacke rasch im Leningrader Nieselregen auf. Ich stand noch immer am Fenster und dachte über Tschilingarow nach. Stimmt das: nur mehr ein Stubengelehrter, nur noch ein beschauliches, wohltemperiertes Leben? Ich wußte natürlich nicht, wie sich Arturs Schicksal weiter gestalten würde, fest stand für mich auf jeden Fall: Die "paar Gedanken", von denen er gesprochen hatte, waren sicherlich ein neues Ziel. Studierstube war nichts für Artur. Das würde sein "innerer Kompaß" nicht erlauben, dessen unnachgiebige Nadel immerzu nach Norden zeigt.

Mit der "Sibir" gab es keine Direktverbindung, man konnte sich mit ihr nur telegraphisch über Murmansk verständigen. Auf meine Bitte bat Wassili Tschertkow, "Prawda"-Sonderkorrespondent an Bord des Atomeisbrechers, Artur Tschilingarow, stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Komitees der UdSSR für Hydrologie, Meteorologie und Umweltkontrolle, über die ersten Ergebnisse zu erzählen.

"Kurz vor dem 50jährigen Jubiläum der heroischen Drift von Iwan Papanins Nordpol-1 nahmen wir das Kollektiv von Nordpol-27 an Bord. Nicht ohne unser Dazutun begann ihre Nachfolgerin, die Station Nordpol-28, ihre Tätigkeit. Das einzigartige Kollektiv des Atomeisbrechers geht in der Forschungsarbeit auf. Zum Kollektiv gehören Wissenschaftler mehrerer Institute der Akademie der Wissenschaften, Experten des Staatlichen Komitees für Hydrologie, des Ministeriums für Hochseeschifffahrt und des Ministeriums für Energiewirtschaft der UdSSR, ferner der Hauptverwaltung für Geodätik und Kartographie beim Ministerrat der UdSSR. Die komplexe Erforschung der Umwelt in der polnahen Region umfaßt alles, von der Eisoberfläche bis zur Ionosphäre, wir sondieren den Meeresgrund, entnehmen Bodenproben und stellen eine neue Landkarte des Franz-Joseph-Landes. Es gibt also viel zu tun. Ich möchte darauf hinweisen, daß die UdSSR die Arktis schon seit 50 Jahren planmäßig erforscht. Früher überwogen allerdings passive Methoden, mit Hilfe der Nordpol-Driftstationen. Übrigens ist auch hier ein Fortschritt festzustellen: Auf Nordpol-28, deren Besatzung aus Komsomolzen besteht, wird erstmalig ein automatisches Datenerfassungssystem eingesetzt. Die Fahrt der 'Sibir' ist eine qualitativ neue Etappe bei der Erforschung und Erschließung der Zentralarktis. Heute handelt es sich bei der Arbeit hier nicht um eine Auseinandersetzung zwischen mutigen Individuen und dem Norden. Die wissenschaftlich-operative Sicherstellung unserer Fahrt zeigt: Wir sind imstande, zu jeder Jahreszeit jeden Punkt im Nordpolarmeer zu erreichen."

Vor wenigen Tagen empfing der Bordfunker ein Regierungstelegramm. Michail Gorbatschow gratulierte den Expeditionsteilnehmern herzlich zu ihrer Tat.

J. SCHEWTSCHENKO

Die lange Rückkehr des Henkers

In einer Einzelzelle eines Gefängnisses von Tallinn sitzt ein Mann ein, der gemeint hatte, er würde nie wieder an die Stätte seiner Verbrechen zurückkehren — der Nazikriegsverbrecher Karl Linnas.

1961 verlangte die Sowjetunion von den USA die Auslieferung des Verbrechers Karl Linnas, der in Estland Massenmorde begangen hatte. Ohne Erfolg. 1962 wurde Linnas in Tartu für die von ihm begangenen schworsten Verbrechen gegen die Menschheit in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Washington weigerte sich erneut, den Massenmörder auszuliefern. Erst 1969–1981 besuchten Juristen aus den USA Estland und beteiligten sich an dem Verhör von Zeugen. Vor einem amerikanischen Gericht begann ein Prozeß, bei dem es um die Deportierung von Linnas ging. Im Juli 1981 wurde ihm die Staatsbürgerschaft der USA aberkannt, und dann begann ein schier endloser Marsch durch die Instanzen — mehr als 10mal wurden Anhörungen durchgeführt, wurde der Prozeß wieder neu aufgerollt. Unterdes suchte das US-Justizministerium in aller Ruhe nach einem Land, das sich bereit erklären würde, den Kriegsverbrecher aufzunehmen und ihm Asyl zu gewähren. 30 Regierungen verzichteten auf diese "Ehre". Und erst danach wurde im April dieses Jahres Linnas letztendlich unter Bewachung in den Internationalen John-F.-Kennedy-Flughafen abtransportiert...

Über die Vergangenheit des faschistischen Mörders berichtet der estnische Journalist Mark LEVIN.

... Das Lager in Tartu wurde im August 1941 gebaut. Man umgab das Gelände, das noch vor kurzem für Ausstellungen gedient hatte, mit Stacheldraht und postierte Wachen.

Hitlers Statthalter wurden schnell auf Karl Linnas aufmerksam. Er beherrschte ausgezeichnet die Sprache des Reichs, seine militärische Haltung war glänzend (bereits im bürgerlichen Estland hatte er eine Unteroffiziersschule absolviert und war Fähnrich geworden), zum Dienst im Lager meldete er sich freiwillig, er war ein hervorragender Schütze — und er haßte die Sowjetmacht.

Sein Eifer wurde mit Dank belohnt: Der Lagerkommandant Feldwebel Fritz Hissen nahm ihn mit in die Kleiderkammer. Dort holten sie sich zu zweit, was ihnen an besserer Kleidung und an Sachen der Häftlinge ins Auge stach. Linnas erhielt eine weitere Auszeichnung — er wurde befördert. Der ehemalige Fähnrich paradierte jetzt in einer Leutnantsuniform.

Von der Reitgerle, seinem Lieblingsspielzeug, seit er dem Reitsport frönte, trennte sich der Kommandant des

Lagers Tartu nie. Doch jetzt trieb er nicht sein Pferd an — er ließ die Gerte über die Rücken, über die Gesichter von Menschen niedergehen. Manchmal allerdings wurde er seiner Reitgerle untreu, nahm statt dessen seine Schnürpeitsche. Und nie tauchte er auf dem Lagergelände ohne die Parabolpumpe auf. Er schoß gern auf lebende Ziele. Dabei vergaß er seine Buchhaltung des Todes nicht, vergaß nicht, wie viele Menschen er erschießen ließ, wie viele er selbst ermordete, wie vielen er nur den "Gnadenschuß" versetzte. Die Ermordeten fielen in den Panzergraben: Männer und Frauen, Kinder und Greise. Jene aber, die immer noch Lebenszeichen von sich gaben, übernahm der Leutnant. Und bei jedem Schuß, erinnern sich die Augenzugen, nickte Linnas zustimmend. Offenbar erleichterte ihm das das Zählen...

Aus dem Sitzungsprotokoll der Strafkammer des Obersten Gerichts der Estnischen SSR. 1962.

Staatsanwalt:

"Waren Sie persönlich Zeuge solcher Massenmorde an sowjetischen Menschen?"

Zeuge Olav Karlkosk:

"Linnas befahl mir eines Tages, mit ihm im Wagen zu fahren. Ich weigerte mich, doch Linnas ließ sich von seiner Anordnung nicht abbringen. Es wäre unmöglich gewesen, seine Anweisungen nicht zu befolgen. Und so mußte ich sehen, wie eine Gruppe jüdischer Frauen

gewaltsam in einen Bus getrieben und ihnen die Kleidung heruntergerissen wurde. Unter ihnen waren auch Ältere, auch kleine Kinder waren mit dabei. Alle wurden mit einem Strick gefesselt. Unser Auto, in dem ich neben Linnas und Hissen saß, folgte dem Bus. Sobald sie an den Graben kamen, wurden die zum Tode Verdamnten aus dem Bus gezerrt. Einige waren ganz nackt. Das betrunkene Wachpersonal hatte sie im Bus ausgezogen. Ich kannte den Bruder einer der Frauen... Udo Kupper hatte eine Frau im Autobus vor aller Augen vergewaltigt."

Staatsanwalt:

"Seit der Zeit, als Linnas Kommandant des Todeslagers Tartu war, sind 45 Jahre vergangen. Würden Sie ihn heute wiedererkennen?"

Karlkosk:

"Linnas war für uns der Tod selbst. Ihn kann man nie vergessen. Ich würde ihn sofort wiedererkennen."

Im Lager Tartu war auch ein Klassenkamerad von Linnas, Arnold Jaska. Einst waren sie Nachbarn gewesen, hatten zusammen die Schule besucht, dann gelangten beide an die Universität. Doch jetzt diente Leutnant K. Linnas in einem Nazi-KZ, der Kriegsgefangene Arnold Jaska aber war Häftling Nr. 380...

Im Winter 1944 begannen die Faschisten, Häftlinge beim Bau eines großen Ofens unweit des Dorfes Lemmatsi einzusetzen. Der Schornstein war nicht hoch, und dichter schwarzer Rauch breitete sich ringsum aus. Der Wind trug den Brandgeruch auch in die Stadt und auch dorthin, hinter den Stacheldraht, wo die Häftlinge litten. Die Hitlerfaschisten verbrannten hier die Leichen der von

K. Linnas im J.-F.-Kennedy-Flughafen vor der Überführung nach Tallinn

Foto aus: „Newsweek“ (USA)



ihnen ermordeten sowjetischen Menschen, versuchten, die Spuren zu verwischen... 12 000 Menschen, fast jeder Zehnte derjenigen, die von den Hitlerfaschisten und ihren Helfershelfern in Estland ermordet wurden, fanden ihren Tod im Lager Tartu. Nicht weniger als 2000 wurden von Karl Linna selbst in den Tod geschickt oder eigenhändig ermordet.

Im August 1944 floh Arnold Jaska aus dem KZ. Es waren elf Wagemutige. Doch wie? In ihrer Häftlingskleidung würden sie nicht weit kommen. Arnold ließ seine Gefährten antreten, er übernahm das Kommando und befahl auf deutsch:

"Ab in die Stadt zur Arbeit!"

Und sie marschierten los.

Zu eben jener Zeit flüchtete auch SS-Offizier Karl Linna aus der Hitler-Wehrmacht. Elf Häftlinge marschierten der Freiheit entgegen.

Über sechs Jahre ging es ihm nicht schlecht in Westdeutschland. Bundesdeutsche Antifaschisten setzten jedoch seine Ausweisung durch.

Linna setzte sich in die USA ab. Dem Immigration Office erklärte er bei der Einreise in die USA 1951, er sei in den Jahren des zweiten Weltkrieges ein Student gewesen und habe nicht an Kampfhandlungen teilgenommen. Er erhielt das beantragte Visum und 1959 auch die US-Staatsbürgerschaft. Er fand Arbeit als Landmesser.

Mit der Zeit begann Linna sogar vor Bekannten mit seinen „Heldentaten“ in Tartu zu prahlen...

Arnold Jaska konnte ebenfalls den Panzergraben mit den in ihm begrabenen Häftlingen nicht vergessen und auch nicht das stacheldrahtumgebene Lager. Er erinnerte sich an alles und trat deshalb als Zeuge bei dem Prozeß auf, in dem Linna im Namen der Republik, die er verraten hatte, und im Namen des Volkes, das er vernichten wollte, abgeurteilt wurde.

Unser Korrespondent traf in Moskau in der Staatsanwaltschaft der UdSSR mit Justizoberrat, Genossin N. Kolesnikowa, zusammen.

"Vor allem möchte ich sagen, daß die strafrechtliche Verfolgung von Personen, die an Massenmorden beteiligt waren und schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt haben, nicht nur die moralische, sondern auch die juristische Pflicht der Staaten ist. Es gibt eine ganze Reihe entsprechender völkerrechtlicher Dokumente: Das wichtigste ist die von den Teilnehmern der Antihitlerkoalition unterzeichnete Moskauer Erklärung vom 30. Oktober 1943. Sie verpflichtet die Staaten, Nazi-Verbrecher an jene Länder auszuliefern, an deren Bevölkerung sie ihre Untaten verübten. So verfuhr sie auch mit Linna. Allerdings wurde seine Auslieferung um ganze 26 Jahre hinausgezögert..."

"Der ehemalige Pressesekretär des
"NEUE ZEIT" 24.87

Von seltener Brutalität

Nach einem Gespräch mit dem Häftling Linna antwortet der Staatsanwalt der Estnischen SSR, Karl Kimmel, auf Fragen der NZ.

"Im Prozeß von 1962, als das Todesurteil gegen Linna gefällt wurde, unterstützten Sie die staatliche Anklage. Ein Vierteljahrhundert ist seitdem vergangen. Woran mußten Sie vor allem denken, als bekannt wurde, daß Linna aus den USA deportiert wird?"

"Ich werde die entsetzlichen Tatsachen, die bei der Vorbereitung und dem Prozeß selbst zutage traten, nie vergessen. Eine derartige Brutalität, wie sie Linna und seine Helfershelfer an den Tag legten, habe ich noch nie gesehen. Sie ermordeten Säuglinge, stachen einer schwangeren Frau mit dem Messer in den Bauch..."

"Sie waren bei ihm in der Zelle, sprachen mit ihm. Darf man erfahren, wovon die Rede war?"

"In dienstlichem Auftrag

besuchte ich die für Untersuchungshäftlinge bestimmte Isolierzelle und bei der Gelegenheit auch Linna. Es war zu klären, ob sich nicht irgendwelche neuen Umstände aufgetan haben, die dem Gericht bei der Verkündung des Urteils unbekannt waren. Außerdem wollte ich erfahren, wie Linna selbst seine Tätigkeit im KZ Tartu sieht. Doch Linna gab nur zu verstehen, er fühle sich völlig unschuldig..."

"Auch die amerikanischen Juristen, die 1980 und 1981 zu uns kamen und an wiederholten Verhören der Zeugen teilnahmen, zweifelten nicht an der Schuld des Henkers von Tartu..."

"Mehr noch, ein amerikanischer Rechtsanwalt zeichnete 1981 alle Zeugen aus Aussagen auf Videorecor-

der auf. Dann wurden die gesammelten Aussagen einem amerikanischen Gericht vorgelegt, und das erkannte die Dokumente für echt an. Ich brachte das Linna in Erinnerung, er aber wandte ein: 'Diese Juristen aus den USA haben sich vom estnischen Staatsanwalt beeinflussen lassen.'"

"Eine schmeichelhafte Annahme..."

"Ich bin da nicht so naiv. Linna kann eben nichts zu seiner Entlastung vorbringen. Ich sagte ihm da noch einmal: Ja, Sie haben keine Urteile gefällt, damit befaßte sich eine Sonderabteilung. Doch gerade Sie haben die Massenmorde organisiert, haben selbst gemordet und vergewaltigt. Das ist bewiesen."

"Hat er darauf etwas geantwortet?"

"Er hat nur gegrint. Dann aber sagte er, er möchte alle Waffen dieser Welt vernichtet sehen. Ein solcher Pazifist also will er heute sein."

45 Jahre konnte sich Linna der gerechten Strafe entziehen. Heute sitzt er in einer Einzelzelle eines Tallinner Gefängnisses ein. Er wartet darauf, daß über sein eigenes Schicksal entschieden wird. Er geht in seiner Zelle auf und ab, setzt sich auf seine Liege und wartet...

ungehindert in den USA. Einige versuchten nicht einmal sich zu verborgen! Man möchte hoffen, daß die amerikanischen Gerichte künftig Anträge auf die Ausbürgerung von Kriegsverbrechern und auf deren Ausweisung bedeutend schneller behandeln werden."

"In der westlichen Presse tauchen jetzt Erklärungen auf wie: Linna könne in der UdSSR nicht auf eine gerechte Behandlung seines Falls hoffen, und deshalb sei seine Abschiebung in unser Land 'moralisch unhaltbar'..."

"Die Verfassung der UdSSR garantiert die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz. Das Gesetz gibt Linna das Recht, gegen das Gerichtsurteil Berufung einzulegen und ein Begnadigungsgesuch einzureichen. Von diesem Recht eben machte er Gebrauch. Linna wurde ein Rechtsanwalt gestellt. All seine Bitten werden auf das sorgfältigste geprüft. Die endgültige Entscheidung wird dann der Oberste Gerichtshof der Estnischen SSR treffen. Linna muß die verdiente Strafe erhalten. Die Gerechtigkeit muß triumphieren — das ist das Prinzip von Nürnberg. Dieses Prinzip muß auch heute beachtet werden! Ob es um Linna, den Henker von Tartu, oder um den Schlächter von Lyon, Klaus Barbie, geht, bei dem die ganze Welt ein fürwahr gerechtes Urteil erwartet..."

Weißes Haus, Buchanan, behauptete, die estnischen Zeugen seien nicht echt, und außerdem hätten die Hitlerfaschisten überhaupt nicht 12 000 Menschen in Tartu ermordet. Das Nachrichtenmagazin "Newsweek" berichtet in einer seiner letzten Nummern: Selbst Justizminister Meese verzögerte die Deportierung von Linna und versuchte beinahe selbst z. B. mit der Regierung Panamas zu vereinbaren, daß sie den Henker von Tartu aufnimmt. Nur, um ihn nicht in die UdSSR auszuweisen... Bekanntlich wurde die Deportation von Linna auch durch juristische Hindernisse und endlose Gesuche an diverse Instanzen aufgehalten. Ist das gerecht?"

"Viele Verbrecher, die sich diese Verzögerungstaktik zunutze machten, lebten im Grunde bis zum Ende ihrer Tage

Wenn der Dolch zur Zierde wird

Dmitri SGERSKI, Samandar KALANDAROW

Der Aufstieg auf den Palast des ehemaligen Imams von Jemen war nicht ganz leicht. Zuerst ging es einen steinigen Pfad entlang auf einen hohen Felsen, dann auf Stufen weiter und immer höher. Der Palast war als uneinnehmbare Festung angelegt: eine steinerne Bastion auf einem einzeln emporragenden Fels. Im Innern Vorratsräume, um bei Belagerungen mit allem versorgt zu sein. Die eigentliche Überraschung war ein ertesischer Brunnen im Palastinnern. Er soll 500 Meter tief sein.

Blick vom Imampalast

Von der oberen Terrasse aus überblickt man das großartige Panorama des grünen Tals von Dhahr, malerische Dörfer bis zum Horizont und ferne Bergketten. Dieses Stück Erde gehört dem Stamm der Hammad.

Unser Begleiter Abdul Rahman Shabibi, Mitarbeiter des Außenministeriums der Jemenitischen Arabischen Republik, macht uns auf etwas aufmerksam: "Sehen Sie dort unten die Sommerresidenz des ehemaligen Imams? Auf der Veranda sind ein Springbrunnen und ein Fischbassin. Auf dieser Veranda hat sich vor längerer Zeit ein Drama abgespielt.

Ein Imam litt unter einer unheilbaren Krankheit. An einem regnerischen Tag hatte er wieder einen Anfall. Er gewährte gerade einem seiner untergebenen Sheikhs Audienz, winkte ihm ab und bedeutete ihm, daß er sich nicht wohl fühle. Dabei streifte er den Gast so unglücklich mit der Hand, daß der ausrutschte und vor aller Augen zu Boden fiel. Es sah so aus, als hätte der Imam seinen Gast niedergeschlagen. Eine schwere Beleidigung. Der Sheikh verließ sofort die Residenz, versammelte seine bewaffneten Stammesbrüder um sich, kehrte zum Palast zurück, wo er den Imam enthauptete und den Kopf vom Felsen warf. In ihrem unendlichen Leid holte die Frau des Ermordeten sofort Männer aus den umliegenden Ortschaften zusammen, um den Gatten zu rächen. Ihr Trupp fiel über das Dorf des Sheikhs her und erschlug alle erwachsenen Männer. Die Ermordeten vergruben sie im Ackerboden und eggten das Feld anschließend mit Wasserbüffeln. Seitdem halten die Hammad in diesem Dorf keine Wasserbüffel mehr. So können Traditionen entstehen."

Bemerkenswert an dieser Geschichte

ist, daß der Kampf in ein und demselben Stamm stattfand. Wieviele Zusammenstöße zwischen verschiedenen Stämmen hat es darüber hinaus in der Geschichte des Jemen gegeben!

Nach der Revolution hat sich daran leider nichts geändert. Auch nach der antimonarchistischen Revolution von 1962 gab es keinen Frieden in der JAR. Einige Stämme unterstützten die Republikaner, andere waren weiterhin auf der Seite des gestürzten Monarchen, des Imam el-Badr. Auch innerhalb der beiden Lager kam es zu Zusammenstößen. Der Umsturz von 1974 brachte auch keine Befriedung. Vor dem Hintergrund von Aufständen und Stammesfehden wurde



1978 der 36jährige Oberst Ali Abdullah Saleh zum Präsidenten der Republik gewählt. 1983 wurde er wiedergewählt und bekleidet bis heute das Präsidentenamt.

Der Präsident stand an der Spitze eines Landes, in dem sich mindestens 80 Prozent der Bevölkerung weniger als Bürger einer Republik, denn als Angehörige ihres Stammes empfanden.

Eine weitere Tradition

Anfangs ist man leicht schockiert, dann hat man sich daran gewöhnt. Auf den Straßen der Hauptstadt Sana sind die Passanten bewaffnet. In einem breiten bestickten Gürtel steckt der "Jambia", ein breiter Krummdolch. Der typische Jemenite ist wie folgt gekleidet: auf dem Kopf ein weißes kariertes Tuch, Hemd, Jacke,

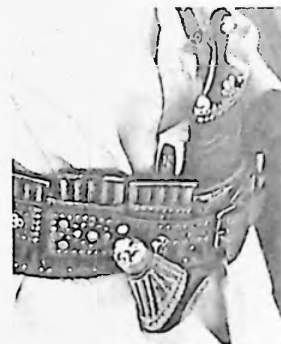
kariertes Lendentuch, manchmal weiß und knöchellang, breiter Gürtel und Dolch. So ziehen sich auch reiche Leute an. Im Jemen ist es übrigens nicht üblich, mit seinem Reichtum zu prahlen.

Im Verlagshaus "Saba" sahen wir einen Redakteur am Bildschirmgerät arbeiten, in der traditionellen Kleidung und mit umgebundenem Dolch. Am Bildschirm neben ihm arbeitet eine junge Frau im Schleier.

Bis vor einiger Zeit spazierten in Sana Männer herum, die außer mit Dolchen noch mit Pistolen, Karabinern oder Maschinenpistolen bewaffnet waren. Jetzt muß man, bevor man die Hauptstadt betritt, seine Waffen bei einer Art Gepäckaufbewahrung abgeben. Wenn man die Stadt verläßt, erhält man sie zurück.

Im Gebiet Mareb hielten wir an einer Tankstelle. Ein Tankwart in Nationaltracht füllte das Benzin nach. Er hatte zwei gekreuzte Patronengurte umgehängt, eine Pistole an der Hüfte, vorn den Dolch und die MPi über der Schulter. Sein jüngerer Partner trug offenbar keine Waffen.

„Warum sind Sie bewaffnet und Ihr Kollege nicht?“ wollten wir wissen.



Die Altstadt von Sana, ein nationales Architekturdenkmal.

So tragen die Jemeniten ihren Jambia.

Foto aus: „National Geographic“ (USA)

Der Tankwart lachte: "Weil ich aus den Bergen komme, und er wohnt im Tal. Für die Talbewohner ist das Angeberei, wenn man Waffen trägt."

"Wir tragen die Waffen jetzt als Schmuck", erklärt uns Abdul Rahman Shabibi.

Wir erinnerten uns an seine Erzählung und wie Traditionen entstehen. Die traurige Tradition mit den Wasserbüffeln zum Beispiel. Hier hatten wir eine andere Tradition: Waffen tragen.

Zuerst Frieden

Unsere kleine Delegation des Sowjetischen Komitees für Solidarität mit den

Ländern Asiens und Afrikas besuchte die Jemenitische Arabische Republik auf Einladung des jemenitischen Rats für Frieden und Solidarität.

Ahmed el-Asbahi, Exekutivsekretär des Ständigen Komitees des Allgemeinen Volkskongresses, sagt: "Unsere Hauptaufgabe war, für Frieden und Stabilität zu sorgen. Anders hätten wir unsere Entwicklung nicht in den Griff bekommen. 1982 wurde der Allgemeine Volkskongreß aus 1000 Personen gebildet und die Nationale Charta verabschiedet. Dem gingen Jahre der Beratungen und Referenden voraus. Der Allgemeine Volkskongreß mußte auf 24 000 Mitglieder erweitert werden. Das ist unser Volksparlament. Hier sind alle Stämme vertreten."

In Taiz, der zweitgrößten Stadt des Jemen, sagte uns Provinzgouverneur Mokhsen el-Yusufi, daß neben dem Parlament auch Sicherheitsorgane und Armee für Stabilität sorgen. El-Yusufi selbst ist wie die meisten Provinzgouverneure Militärangehöriger.

Abends, wenn das Leben in den Städten zur Ruhe kommt, patrouillieren Soldaten an Straßenkreuzungen und an den Schlagbäumen der Fernstraßen, halten die wenigen Fahrzeuge an, überprüfen die Papiere und machen Stichproben.

Profis am Werk

Ein ungewöhnlicher Anblick bietet sich dem Betrachter des Nachts von der Veranda des Hotels "Mareb" in Taiz. Flammenden Flüssen gleich ziehen sich die Straßen hin, viele Autos, Schaufenster und Reklamen. In Nächten ohne Mondschein sind die Bergriesen rings um die Stadt nicht zu sehen, die Häuser jedoch ziehen sich die Hänge entlang nach oben. Der bergige Stadtteil liegt fast zwei Kilometer höher als das Stadtzentrum. Um dorthin zu kommen, muß man 18 km fahren. Die Lichter klettern immer weiter nach oben und gehen unmerklich in den Sternenhimmel über. Ein faszinierendes Schauspiel.

"Kommen viel Touristen?" fragen wir den Gouverneur. Wir waren abends auf einer Spazierfahrt in die Oberstadt unterwegs. Touristen erwähnt Mokhsen el-Yusufi eher beiläufig:

"Natürlich, Gäste kommen aus der ganzen Welt zu uns. Hotels haben wir, bauen aber noch neue. Hier geht es schließlich nicht nur exotisch zu. Das Klima ist einzigartig: Sommer und Winter praktisch durchgehend um die 20 Grad Wärme. Wo auf der Welt gibt's das noch? Aber, ehrlich gesagt, Touristen interessieren uns nicht besonders, wir wollen, daß es zunächst einmal den Bewohnern der Stadt gut geht. Sie haben ja gesehen, wieviel wir bauen, und überall ist die kommunale Infrastruktur gewährleistet. Sehen Sie die Häuser da auf dem Berg? Die haben auch alle Wasser, Abwasser, Strom, Fernsehen. Wir haben noch mehrere Parks und Grünanlagen geplant,

und wollen mehr Sportplätze und Schwimmbäder anlegen."

"Hier gibt's doch nirgendwo Wasser. Sie leben in einem Land ohne Flüsse."

"Das ganze Wasser kommt aus artesischen Brunnen. Wir haben also genug. Außerdem regnet es hin und wieder."

"Und der Strom?"

"Wir haben ein eigenes Kraftwerk, es ist jedoch abgeschaltet, weil wir es für Notfälle bereithalten wollen. Den Strom beziehen wir aus Hodeidah. Dort ist ein großes Wärmekraftwerk in Betrieb."

Menschen wie Mokhsen el-Yusufi begegneten wir überall, z. B. in der aussichtsreichsten und sich rapide entwickelnden Provinz Mareb. Hier trafen wir Dirhem Nuaman, Absolvent einer sowjetischen Hochschule.

Die Wüste weicht

Die Provinz Mareb ist ein erstaunliches Stück Erde. Mitten in der flachen Wüste entstand eine petrochemische Fabrik. Jetzt kommt die zukünftige Stadt hinzu. Einige typisch jemenitische Häuser stehen bereits und erhalten Mosaiken im Stil venezianischer Bogenfenster, aber die meisten werden noch gebaut, beziehungsweise werden erst die Fundamente gelegt.

Arbeiter legen die erste Ziegelschicht für den ersten Stock, und schon wird im Erdgeschoß mit allem gehandelt, was die Hauptstadt zu bieten hat: Vom Fladenbrot bis zu Videorecordern. Die Händler hatten offenbar den richtigen Spürsinn. Das Hotel für Neuankömmlinge ist schon fertig.

Gouverneur Dirhem Nuaman in Turban und bis zu den Knöcheln herabreichendem Lendentuch empfängt uns mit Revolver und Dolch bewaffnet im Foyer des Hotels.

Er spricht russisch: "Seien Sie willkommen! Wollen Sie duschen und sich ein wenig frischmachen? Ihre Zimmer sind vorbereitet. In einer halben Stunde erwarte ich Sie zum Essen."

Beim Essen sagt er begeistert:

"Sehen Sie, Towaritschi, was wir hier auf die Beine gestellt haben! Die Stadt ist noch gar nicht ganz da, und schon wollen sich jede Menge Bürger hier ansiedeln. Wir haben uns einen guten Platz ausgesucht. Hier ist zwar überall Wüste, aber wir sind umgeben von Sehenswürdigkeiten. Sie haben den alten Mareb-Damm gesehen und hier unseren neuen. Flüsse haben wir keine, dafür ist das Meer nicht weit. Wir bepflanzen jetzt die Wüste. Das wird hier noch eine Kornkammer! Ganz in der Nähe liegt eine antike Stadt, Tronsitz der legendären Königin von Saba. Archäologen haben Tempel freigelegt, die vom Sand zugeweht waren. Jetzt kommen scharenweise Touristen angereist. Kommen Sie in zwei Jahren noch mal, dann erkennen Sie die Wüste nicht wieder..."

Baustellen prägen das Gesicht des Nordjemen.

Die Hafenstadt Hodeidah, vor kurzem noch ein bescheidenes Dörfchen, wuchert mit neuen Ausfallstraßen, Bank- und Hoteltürmen in die Breite und die Höhe.

In Sana kam man erstmals mit dem Problem des Stadtbilds in Berührung. Eine gewisse Luftfahrtgesellschaft hatte einen stählernen Wolkenkratzer hingestellt, dann aber entdeckte man, daß er das Weichbild der Hauptstadt verunzierte. Der Minister für Stadtplanung und Wohnungsbau Ahmad Luqman und der Vizegouverneur von Sana, Hamdi el-Suneidar, erzählten uns, wie sorgfältig die Behörden sich jetzt mit Neubauten befassen. Neue Projekte werden Künstlern und Architekten zur Begutachtung vorgelegt. Alle Neubauten in Sana müssen ab jetzt im jemenitischen Stil errichtet werden.

Probleme und Perspektiven

In allen Nachschlagewerken der letzten Jahre wird die Jemenitische Arabische Republik zu den 25 wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Ländern gezählt. Das durchschnittliche Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung schwankt zwischen 430 und 470 Dollar. Die Industrie ist zur Zeit nicht sehr entwickelt und der bewirtschaftete Boden macht 1,5 Mio ha aus, davon sind 80% in Privatbesitz. Teilpacht ist weit verbreitet. Der Pächter zahlt mit Ernteanteilen. Ober die Hälfte aller Bauern haben weniger als 1 ha Land.

Landreform im Nordjemen mit seiner patriarchalischen Stammesstruktur läßt sich recht schwierig an. Die Regierung fördert allerdings die Einrichtung von Kooperativen.

Der Anbau des berühmten jemenitischen Mokkas geht zurück. Seltsamerweise machen sich die Jemeniten nichts daraus. Das übliche Getränk ist ein leichter Aufguß aus den Schalen der Kaffeebohnen. Die Kaffeepflanzungen weichen Kat-Büschen. Die Jemeniten kauen die Blätter. Die Restaurants von Sana haben eigene Räumlichkeiten, in denen man diese leicht bitteren Blätter, die an Tee erinnern, kauen kann. Kat wird manchmal fast als Rauschgift bezeichnet, aber das ist eindeutig übertrieben. Die Wirkung ist nicht anders, als nach starkem Tee. Ohne Kat fahren Fernfahrer nicht los. Sie würden sonst auf den Serpentinaen einschlafen.

Wenn man natürlich von den Deviseneinnahmen ausgeht, ist Kaffee für den Staat weitaus vorteilhafter. So jedoch werden gewaltige Mittel der Bevölkerung umverteilt zugunsten des Privathandels mit Kat.

Stunde des Glücks für den Nordjemen: 1984 stieß man in der Provinz Mareb auf Erdöl. Der Industrievorrat wird jetzt auf eine Milliarde Tonnen geschätzt. Die Regierung hat vor, auch die sich rasch entwickelnde Landwirtschaft zu einer lukrativen Einnahmequelle zu machen. Der in diesem Jahr abgeschlossene Bau

des Damms von Mareb ermöglicht 10 000 ha unter den Pflug zu nehmen und damit die Wüste in Felder und Gärten zu verwandeln. Ahmed el-Asbahi hatte uns gesagt, daß die Republik sich zu 40% selbst mit Agrarprodukten eindeckt und mittelfristig zur Selbstversorgung überzugehen gedenkt.

Das Straßennetz war sehr wichtig für die Entwicklung des Landes. Straßen werden nach wie vor gebaut. Mit der Abgeschiedenheit isoliert voneinander lebender Stämme ist praktisch Schluß. Der Handel wurde belebt. Die meisten Siedlungen sind inzwischen auch ans Telefonnetz angeschlossen.

Gespräch mit dem Premierminister

Vor unserer Abreise aus Sana empfing uns der Premierminister der JAR, Ali Abdel-Aziz Abdel-Ghani.

"Wir wissen die Freundschaft zur Sowjetunion zu schätzen", sagte er. "Das Volk von Jemen erinnert sich gut an die Hilfe, die die sowjetischen Menschen uns bei der Entwicklung unserer Republik erwiesen haben und erweisen. Ich denke dabei nur an das Zementwerk bei Bajil, den Hafen von Hodeidah, die Fernstraße Taiz--Hodeidah, das Agrarobjekt 'Sardud', an Schulen, Krankenhäuser und andere mit Unterstützung der Sowjetunion erbaute Objekte. Viele unserer Facharbeiter auf den verschiedensten Gebieten werden mit sowjetischer Hilfe qualifiziert.

Ich möchte festhalten, daß wir bei internationalen Fragen oftmals übereinstimmen", sagte Abdel-Aziz Abdel-Ghani. "Wir unterstützen zum Beispiel die Position der Sowjetunion für eine Nahostregelung voll und ganz. Dasselbe könnte man auch von unserer Haltung zum iranisch-irakischen Konflikt sagen. Unser Land unterstützt die sowjetischen Friedensinitiativen, Ihre Vorschläge zur Abrüstung und Einstellung aller Nukleartests. Wir Jemeniten wissen genau, welche Gefahr Atomwaffen für die ganze Menschheit darstellen."

In unserem Gespräch kam auch das Verhältnis zum Südjemen zur Sprache, und der Premierminister bemerkte, daß nach den Januar-Ereignissen des Vorjahres viele Flüchtlinge aus dem Süden in die JAR gekommen seien. Das brachte natürlich Probleme mit sich, Versorgung und Arbeitsbeschaffung betreffend.

"In anderen Fragen", sagte Abdel-Aziz Abdel-Ghani, "haben wir mit unseren Brüdern aus der VDRJ keine Probleme. Wir bemühen uns, alle Ursachen für mögliche Meinungsverschiedenheiten oder Konflikte aus dem Weg zu räumen." Als positiven und normalisierenden Faktor nannte der Premierminister die Tatsache, daß die Sowjetunion zu beiden jemenitischen Staaten freundschaftliche Beziehungen unterhält.

Sana-Taiz-Hodeidah-Mareb

Urheberrecht in der UdSSR

Nikolai TSCHEWTERIKOW, Präsident der Agentur der UdSSR für Urheberrecht, hat unseren Korrespondenten folgendes Interview gegeben:

- Vor 14 Jahren trat die UdSSR der (Genfer) Weltkonvention für Urheberrecht bei. Danach wurde die einschlägige sowjetische Agentur, die WAAP, ins Leben gerufen. Manche fragten, wozu? Bisher hätten wir Werke ausländischer Autoren nach Belieben übersetzt und herausgegeben, ohne zahlen zu müssen - ob wir jetzt, um Devisen zu sparen, nicht weniger herausbringen werden.

- Erstens verausgaben wir nicht nur Devisen, sondern nehmen auch solche ein, und zwar für im Ausland erscheinende Werke sowjetischer Autoren. Zweitens gehört die Verpflichtung, das Einverständnis der Autoren einzuholen und ihnen Honorare zu zahlen, zur internationalen Zusammenarbeit. Die WAAP hat die Aufgabe, die Zusammenarbeit in Kultur und Wissenschaft nach Kräften zu fördern und die Völker anderer Länder mit den besten Werken der sowjetischen Literatur, Wissenschaft und Kunst bekannt zu machen.

- Die Skeptiker hatten befürchtet, die Pflicht der Honorarzahlgung werde Werke der Literatur und Kunst weiten Kreisen weniger zugänglich machen. Wie steht es damit?

- Genau umgekehrt. Das garantierte Urheberrecht fördert die Verbreitung geistiger Werte, trägt also zur geistigen Bereicherung der menschlichen Gesellschaft bei.

Gerade jetzt wird es in unserem Land perfektioniert. Dabei geht es erstens um die Verwendung solcher Werke in Funk und Fernsehen. Das Recht hat mit der Entwicklung der Technik nicht Schritt gehalten. Funk und Fernsehen können früher benutzte oder erschienene Werke

in ihr Programm einbauen, ohne um die Zustimmung der Verfasser zu bitten und ihnen Honorar zu zahlen. Das ist doch ungerecht, nicht wahr?

- Es kommt aber vor, daß sich sowjetische und andere Autoren über die bei uns üblichen Honorare beschweren...

- Die WAAP, die Künstlerverbände und die einschlägigen Ämter formulieren zur Zeit Vorschläge zur Änderung der Autorenhonorare für die Herausgabe, Aufführung, Video- und Tonaufnahme sowie Funk- und Fernsehsendung. In ihrer jetzigen Höhe wurden die Honorare vor 40 Jahren festgesetzt. Inzwischen haben sich Löhne, Gehälter und Preise wesentlich geändert. Und noch eins: Das Honorar hängt bisher vom Umfang des betreffenden Werks und nicht davon ab, ob es gefragt ist.

- Kann man also sagen, daß die neuen Vorschläge der Gleichmacherei und der Flut höchst mittelmäßiger Ausgaben unserer Literatur ein Ende machen sollen?

- Gewiß. Sie sollen, wenn man das auch von Literatur und Kunst sagen kann, die Qualität heben. Darum glaube ich, daß die Zweifler an der Notwendigkeit des geschützten Urheberrechts keinen Grund zur Skepsis haben.

Für Leser, denen die Statistik über alles geht, möchte ich hinzufügen: Seit 10-11 Jahren sind in der UdSSR 20 000 schöngestaltete Werke aus 150 Ländern in die Sprachen der Völker unseres Landes übersetzt und herausgegeben worden.

Wir befassen uns aber nicht nur mit literarischen Werken. Die WAAP schützt das Urheberrecht auf geistige Werte jeder Art, ob in Literatur, Musik, bildender Kunst, Photographie, Journa-

listik, Architektur usw. Zur Zeit steht das Urheberrecht für Bühnenregisseure und -darsteller zur Debatte.

Es kommen aber auch Differenzen vor. In solchen Fällen finden jährlich etwa 700 Autoren mit Hilfe unserer Anwälte ihr Recht.

Wir beteiligen uns an Round-table-Gesprächen, an informativen Repräsentationen sowjetischer Neuerscheinungen, Musik- und Kunstfestspielen, Buchmessen und Kunstausstellungen.

Die WAAP verhandelt fast täglich mit ausländischen Partnern, von denen wir in 70 Ländern über 1000 haben. Dazu laden wir Repräsentanten der sowjetischen Künstlerverbände sowie Vertreter von Verlagshäusern und Redaktionen ein.

- Die sowjetischen Verleger entschei-

sowjetischen Autoren Bücher, die auf die Leserschaft ihrer Länder zugeschnitten sind.

- Welche unserer Autoren kommen in solchen WAAP-Vorträgen am häufigsten vor? In letzter Zeit sind bedeutende Prosaisker wie Scholochow, Simonow, Trifonow, Abramow, Tendrakow und Katajew gestorben. Hat sich das auf das Interesse ausländischer Verleger an moderner sowjetischer Literatur ausgewirkt?

- Eine Aufzählung der im Ausland besonders geschätzten sowjetischen Wissenschaftler, Prosaisker, Publizisten, Dramatiker, Komponisten und bildenden Künstler würde hier zu weit führen. Es sind im Grunde genommen dieselben, die bei uns geschätzt werden. Ich kann

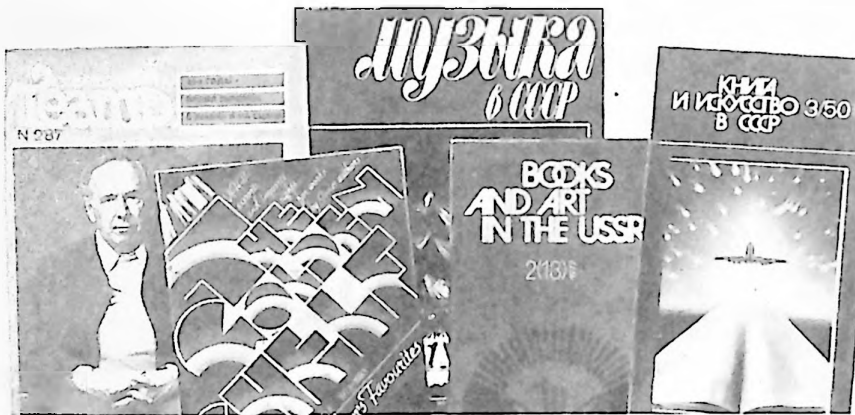
feindlicher Lügen gegen den "dritten Korb" der KSZE-Verpflichtungen von Helsinki. Man setzt die Herausgeber und den Vertrieb kultureller Werte unter Druck, um zu erreichen, daß sie ihr Zusammenwirken mit den sozialistischen Ländern einstellen.

Im Widerspruch zu den KSZE-Vereinbarungen über die Ausweitung des freien Verkehrs und der persönlichen Kontakte verweigert man WAAP-Vertretern die Einreise in manche kapitalistischen Länder, wo sie an internationalen Veranstaltungen teilnehmen sollen.

- Wie sieht die Bücherreklame im Ausland aus? Wozu schlechte Bücher propagieren und wozu übrigens auch gute, die ja keiner Reklame bedürfen?

- Im Westen klingt das Wort Propaganda genau so abwertend wie bei uns noch unlängst das Wort Reklame. Im Buchhandel aber bedeuten sie im Grunde genommen ein und dasselbe. Propaganda bedeutet Verbreitung von Ideen, auch in Kunstwerken ausgedrückt, und Reklame für Werke der Literatur und Kunst ist nichts anderes als ihre Popularisierung. Für ein schlechtes Buch sollte man weder Reklame noch Propaganda machen, ja man sollte es erst gar nicht herausgeben. Aber auch das beste Buch bedarf, wie jedes wertvolle Werk der Wissenschaft, Literatur und Kunst, der Reklame. Soweit das die WAAP betrifft, muß sie ihre Partner im Ausland beizeiten und eingehend über beachtliche sowjetische Neuerscheinungen informieren. Einige unserer Leser meinen, daß nicht jedes in der UdSSR erschienene Buch auch im Ausland verkauft werden sollte. Das betrifft auch Bücher über die tragischen Seiten unserer Geschichte. Wie stehen Sie dazu?

- Die Literatur ist die Quintessenz der historischen Erfahrungen eines Volkes. An der Geschichte aber darf man nicht deuteln, man darf sie nicht schönfärben. Sonst hört sie auf, Geschichte zu sein. Bis vor kurzem meinte man bei uns, wenn man etwas verschweigt, dann sei es nicht gewesen. Die Kommunistische Partei ist von der unverbrüchlichen Einheit unseres Volkes, von seiner ethischen Gesundheit und Stärke überzeugt und scheut sich nicht, ihm die Wahrheit zu sagen. Aber eine "Wahrheit für den inneren Gebrauch" und eine andere „für den Export“ gibt es nicht. Je mehr man im Ausland von unserem Leben und unserer Geschichte weiß, desto schwerer fällt es dem Westen, das Denken der Menschen zu manipulieren und ihnen tendenziöse Informationen über die UdSSR und ihre Politik aufzuzuktroieren. Glasnost - Offenheit ist eine unübertreffliche Waffe gegen Unterstellungen, Gerüchte und Verleumdungen, dieses Rüstzeug im Ideenkrieg, den die Reaktion gegen unser Land führt.



den doch selbst, welche Bücher ausländischer Verfasser zu übersetzen sind. Welche Rolle spielt die WAAP dabei?

- Sie macht ihnen Empfehlungen. Wir finden aber, daß unsere Verleger und Redaktionen von unseren Informationen zu wenig Gebrauch machen. Dabei bekommen wir sie aus erster Hand, von in Moskau eintreffenden Vertretern ausländischer Firmen und Körperschaften und von unseren Vertretern im Ausland.

- Nach ausländischen Veröffentlichungen zu urteilen, interessiert man sich dort lebhaft für die Umstellung bei uns und für die damit zusammenhängende Stimmung unseres Volkes. Der 70. Jahrestag der Oktoberrevolution naht. Eigentlich ist die WAAP ein Barometer, von dem man das Interesse für unser Leben, unsere Literatur und Kunst ablesen kann. Was zeigt Ihr Barometer an?

- Es zeigt das ständig wachsende Interesse zu unserem Land. Deshalb erscheinen Sammelbände mit Reden und Aufsätzen Michail Gorbatschows in mehreren Ländern. Besonderes Interesse zeigen die ausländischen Herausgeber für das Thema der Umstellung. Mit unserer Vermittlung bestellen sie bei

aber nicht verschweigen, daß manche bürgerlichen Verlagshäuser trotz der regen Nachfrage die Herausgabe schöngestiger Werke aus der UdSSR einschränken. Sie tun es unter dem Einfluß von Faktoren, die mit dem Kulturaustausch und geistigen Verkehr nicht das geringste zu tun haben.

- Haben Sie nicht den Eindruck, daß die sowjetische Literatur auf dem westlichen Büchermarkt bewußt diskriminiert wird, daß es gewissen Kreisen wünschenswert ist, daß ihre Völker über die sowjetische Literatur und Kunst möglichst in Unwissenheit gelassen werden?

- Darauf mag die Tatsache hindeuten, daß 1985 und 1986 in den USA auf Verträge mit der WAAP viel weniger Bücher wie US-amerikanische in der UdSSR erschienen sind. In den letzten drei Jahren sind bei uns Bühnenstücke von 31 US-amerikanischen Dramatikern 154mal inszeniert worden, in den USA dagegen seit 12 Jahren aufgrund von WAAP-Verträgen nur 20 sowjetische Stücke. Der Kulturaustausch mit Großbritannien, der BRD und anderen NATO-Ländern weist eine ebensolche Diskrepanz auf.

Nach unserer festen Überzeugung verstößt die intensive Verbreitung sowjet-

Kabuki in Moskau

Zum dritten Mal kommt das Kabuki-Theater zu einem Gastspiel nach Moskau. 1928 konnten sich die Moskauer erstmals mit seiner Kunst vertraut machen. Im Sommer 1961 erlebte ich, damals angehender Diplomat, die stürmische Resonanz der Moskauer auf die Kabuki-Vorstellung im Wachtangow-Theater. Im überfüllten Saal spürte man, wie begeistert die Zuschauer das Spiel der Mimen aufnahmen und die Vorgänge auf der Bühne nachvollzogen. Zwischen zwei Völkern war ein Funke übergesprungen.

Diesmal hat die Kabuki-Tournee (Das Ensemble tritt außerdem noch in Leningrad und Tbilissi auf) etwas Symbolisches: Es ist die erste größere Veranstaltung, die die japanische Seite nach der Unterzeichnung des Vertrages über Kulturaustausch vor einem Jahr in Tokio organisiert hat. Ich hoffe, daß die Tourneen der Festigung des gegenseitigen Verständnisses dienen und unseren Völkern helfen, einander besser zu verstehen.

In der Sowjetunion sind einige Bücher über Kabuki herausgekommen. Für diejenigen, die sie noch nicht gelesen haben, möchte ich hier ein wenig über das Theater, seine Ästhetik, seine Schauspieler und die Bedeutung des Kabuki im Leben der Japaner erzählen.

Kabuki kennen wir seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Heute hat es klassisch vollendetes Niveau erreicht. Obwohl seine Blüte bereits hinter uns liegt, lieben die Japaner ihr Theater noch immer. Das zeigen die hohen Zuschauerzahlen.

Außer im Kabuki haben die Japaner noch nie eine solch schöne, farbige, erregende und ungewöhnliche Augenweide gesehen. In der Vergangenheit war Theater vorwiegend etwas für Kaulleute. Die Angehörigen dieser Schicht erlangten zwar materiellen Wohlstand, blieben aber auf der unteren sozialen Stufenleiter, weil sie nicht zur Kriegerkaste gehörten.



Hauptthema der Kabuki-Stücke war deshalb auch der Konflikt zwischen Individuum und Feudalsystem. Ihrem humanistischen Inhalt verdankt diese Kunstform auch ihre Langlebigkeit.

Für das Kabuki ist bezeichnend, daß alle Frauenrollen von Männern gespielt werden. Sie heißen Onnagata. Früher waren die Schauspieler überwiegend Frauen. Unter Kabuki-Kennern wurden viele Schauspielerinnen bald außergewöhnlich beliebt. Weil das zu allgemeinem moralischem Verfall führen könnte, entschied die Regierung, wurde 1629 Frauen der Auftritt im Theater untersagt. Dieses Verdict blieb 250 Jahre in Kraft. Währenddessen führte das Kabuki die Kunst der Onnagata zur Vollendung. Als das Verbot dann aufgehoben wurde, fand sich bereits keine Verwendung mehr für Frauen im Theater... Das Können der Onnagata war zu jener Zeit schon zu einem unverzichtbaren Element der Kabuki-Ästhetik geworden, so daß ein Verzicht darauf zu einem unersetzbaren Verlust an Individualität geführt hätte.

Das Kabuki hat alle Frühformen des japanischen Theaters in sich aufgenommen. Es hat Aufführungstechniken und Repertoire des No und Kyogen, sowie einzelne Elemente des Puppentheaters Bunraku übernommen. Im Kabuki dominiert der Darsteller, die Meisterschaft des Mimen, und weniger die literarischen Qualitäten des Stücks. Zu Beginn des

17. Jh. verließen dann auch mehrere große Schriftsteller, wie etwa Monzaemon Chikamatsu, den man auch den japanischen Shakespeare nennt, das Kabuki und gingen zum Puppentheater, wo sie mehr Freiraum für ihren Schöpferdrang fanden. Das Ende vom Lied war, daß Puppen Schauspieler an die Wand spielten. Um der Konkurrenz standzuhalten, nahm das Kabuki fast alle Stücke des Puppentheaters in sein Repertoire auf.

Ein ästhetisches Prinzip, auf dem die Kunst des Kabuki beruht, ist die formale Schönheit des Stils. Dieser Stil, wenn auch anfangs auf realistische Verkörperung orientiert, nahm eine ganz eigene symbolische Form an. Normale Gesten und Bewegungen sehen hier aus, wie getanzt. Jede Geste wird praktisch musikalisch unterlegt. Der Symbolismus wird bis zur Abstraktion getrieben: Die traditionelle Spielform entspricht schon nicht mehr der rationalen Interpretation einer Rolle, sondern steht in direktem Widerspruch dazu.

Auch im realistischen Genrestück geht es dem Schauspieler nicht so sehr um das Wirkliche, wie um seine rhetorische Meisterschaft: Er monologisiert in einem bezaubernden Singsang. Dialog und Monolog werden häufig musikalisch begleitet.

Theaterkenner sagen übereinstimmend, daß Dekoration, Kostüm und Maske des Kabuki an exotischer Farbigkeit einzig dastehen in der Welt. Die

Beliebtheit dieses Schauspiels heute ist vielleicht zu einem Gutteil auf seine in ihrer Farbgebung atemberaubenden Impressionen zurückzuführen.

Im Historien- oder Genrestück hebt sich der Vorhang und mit der Musik erwacht die bis dahin reglose Bühne zum Leben. Hauptinstrument ist die shamisen (mit einer Balalaika vergleichbar). Die für den Zuschauer unsichtbaren Musiker befinden sich links hinter der Bühne.

Die meisten klassischen Kabuki-Stücke wurden von Dramaturgen geschrieben, die ausschließlich für dieses Theater arbeiteten. Die Autoren kannten die starken und schwachen Seiten jedes Schauspielers genau, wußten, zu welchen Rollen sie besonders tendierten und schrieben den Darstellern die Stücke auf den Leib, um sie ihr Talent ganz auspielen zu lassen.

Die schauspielerische Technik beruhte auf Erfahrungen, die über Generationen weitergegeben wurden. Es gibt Familien, aus denen seit sieben Generationen Kabuki-Schauspieler hervorgehen. In der Feudalära war es ein ungeschriebenes Gesetz, die Familientradition zu ehren, außerdem erfordert die Kunst des Kabuki lange Vorbereitung und einen reichen Erfahrungshintergrund, und um das zu entwickeln, war die Familie das ideale Medium.

Es gab Zeiten, da spielte ein Schauspieler nur die Rolle, die er vollendet beherrschte. Eine derart enge Spezialisierung ist heute seltener geworden.

Die Geschichte des internationalen Theaters zeigt, daß, wenn eine dramatische Kunstform vollendetes Niveau erreicht hat, sie den Testlauf der Zeit leicht besteht, auch wenn sie ihrem literarischen Gehalt nach nicht mehr hart an der Gegenwart liegt. Das gilt auch für das Kabuki. Natürlich wird nicht modernes japanisches Leben, das inzwischen einem Prozeß intensiver Vereuropäisierung unterworfen ist, abgebildet, dessen ungeachtet bleibt aber Kabuki der Stolz Japans und genießt die Liebe seines Volkes.

Takehiro TOGO, Geschäftsträger der Botschaft Japans in der UdSSR

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" • Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache • Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"



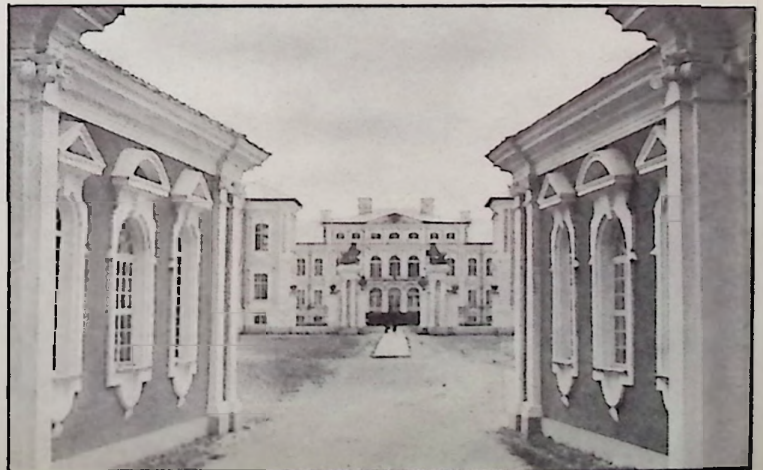
Vor dem Hintergrund der alten asketischen Gotik ist der Rundal-Palast im Herzen Lettlands steingewordene Musik. Er wurde von Rastrelli, dem großen Architekten im Rußland des 18. Jh., projektiert und gebaut. Rundal gehört zu den frühen Meisterwerken Rastrellis.

Kriege und der Zahn der Zeit hinterließen ihre Spuren im Palast. Seit 1972 wird er sorgsam restauriert. Das Interieur wird überholt, die alten Möbel, Bilder und Skulpturen stammen aus Museen und privaten Sammlungen. Den lettischen Restauratoren helfen Fachleute aus Moskau, Leningrad und anderen Unionsrepubliken.

Fotos: Konstantin Kokoschkin



Sie bauen den Rundal-Palast wieder auf. Die Haupttreppe. Das Gitter mit der Krone der kurländischen Herzoge. Blick auf das Hauptgebäude des Palastes.



14159 24
NVA 32667 VM 136 304 550
2110 9005 0144
PF



Vier Reiter [O], 200 - 200, 1985; Moskau]

INTERNATIONALER WETTBEWERB



„MENSCH, MENSCHLICHKEIT, MENSCHHEIT“

Wladislaw Prowotorow (UdSSR)

Индекс 70624 на немецком языке